



universität  
wien

# MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**Bewertung der Einkommensungleichheit im Kontext von  
intergenerationalen Mobilitätsprozessen in ausgewählten  
europäischen Wohlfahrtsstaaten.**

Eine multivariate Sekundärdatenanalyse anhand der Daten des International Social Survey  
Program (ISSP) von 2009.

verfasst von

**Markus Picek, BA**

angestrebter akademischer Grad

**Master of Arts (MA)**

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Soziologie

Betreut von:

Ao. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Hildegard Weiss



## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht verwendet, die verwendeten Quellen kenntlich gemacht, sowie diese Arbeit nicht anderwärtig eingereicht habe.

Wien, 17. Dezember 2013

.....

Unterschrift



## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich all jenen Menschen danken, die mich in den letzten Jahren durch dieses Studium begleitet und unterstützt haben.

Mein größter Dank gilt meiner Familie, welche mich in allen Belangen bedingungslos unterstützt hat.

Ebenso möchte ich meinen FreundInnen für ihr Verständnis und ihren Zuspruch in etwas stressigen sowie herausfordernden Zeiten danken.

Vor allem möchte ich meiner Betreuerin, Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Hildegard Weiss, danken, dass sie mich auf meinen Weg bei der Erstellung dieser Arbeit fachlich unterstützt hat und mir die Freiheit gewährt hat, meine Ideen umzusetzen.

Ich widme diese Masterarbeit meiner Familie.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Eidesstattliche Erklärung</b> .....	3
<b>Danksagung</b> .....	5
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	9
<b>Tabellenverzeichnis</b> .....	9
<b>1 Einleitung</b> .....	13
<b>2 Gerechtigkeitsforschung im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Arrangements</b> .....	15
2.1 Grundlagen zu sozialer Gerechtigkeitsforschung .....	15
2.1.1 Analytisch-normative Ansätze .....	16
2.1.1.1 Die libertäre Position: Friedrich August von Hayek, Robert Nozick und Wolfgang Kersting .....	17
2.1.1.2 Die kommunitaristische Position: Michael Walzer und MacIntyre .....	20
2.1.1.3 Die marxistische Position.....	22
2.1.1.4 Die sozialliberale Position: John Rawls und Amartya Sen .....	23
2.1.2 Empirische Ansätze.....	25
2.1.2.1 Dominant Ideology Thesis .....	27
2.1.2.2 Split-consciousness Thesis .....	28
2.1.2.3 These der primären und sekundären Ideologien .....	28
2.1.3 Denkstile der Prinzipiengerechtigkeit .....	30
2.2 Grundlagen der wohlfahrtsstaatlichen Forschung.....	32
2.2.1 Einteilung der Wohlfahrtsstaaten nach dem regimetheoretischen Ansatz .....	34
2.2.2 Strukturen der sozialen Ungleichheit im ausgewählten Ländervergleich.....	40
2.3 Empirische Erkenntnisse aus Gerechtigkeits- und wohlfahrtsstaatlicher Akzeptanzforschung.....	44
2.3.1 Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Akzeptanzforschung .....	52
<b>3 Soziale Mobilitätsforschung</b> .....	55
3.1 Theoretische und methodische Grundlagen der sozialen Mobilitätsforschung .....	55
3.2 Empirische Ergebnisse zu Folgen bedingt durch Mobilitätserfahrungen .....	58
3.2.1 Grundlegendes zum Effekt soziale Mobilität auf politische Präferenz.....	59
3.2.2 Einfluss der soziale Mobilität auf die Bewertung von Einkommensumverteilung. ....	64
<b>4 Theoretisches Modell – Zusammenführung und Hypothesen</b> .....	67

<b>5 Daten und Methode</b> .....	71
5.1 Datenbasis – ISSP 2009 .....	71
5.2 Operationalisierung der aufgestellten Hypothesen .....	72
5.2.1 Abhängige Variablen.....	72
5.2.2 Unabhängige Variablen.....	73
5.3 Methodische Vorgehensweise.....	75
<b>6 Auswertung</b> .....	79
6.1 Deskriptive Darstellung der herangezogenen Variablen.....	79
6.1.1 Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen .....	79
6.1.2 Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variablen .....	81
6.2 Multivariate Analyse .....	86
6.2.1 Konservatives Regime (Österreich) .....	86
6.2.2 Postkommunistisches Regime (Tschechische Republik).....	89
6.2.3 Mediterranes Regime (Italien) .....	92
6.2.4 Sozialdemokratisches Regime (Schweden) .....	94
6.2.5 Liberales Regime (Großbritannien) .....	97
<b>7 Interpretation der Ergebnisse</b> .....	101
<b>8 Conclusio</b> .....	108
<b>Literatur</b> .....	113
<b>Kurzzusammenfassung</b> .....	123
<b>Abstract</b> .....	124
<b>Syntax</b> .....	125
<b>Vollständige Tabellen der logistischen Regression („Variablen in der Gleichung“)</b> .....	141
<b>Lebenslauf</b> .....	145

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Überblick über Ansätze der normativen Gerechtigkeitsforschung .....	17
Abbildung 2: Wechselwirkung zwischen Struktur und Handeln .....	34
Abbildung 3: Einkommensquintilverhältnis .....	40
Abbildung 4: Anteil der Sozialleistungen am Medianeinkommen (Angaben in Prozent).....	41
Abbildung 5: Zusammenfassung der erwähnten Werte Einkommensungleichheitsquintil (Ratio S80/S20) und Anteil der Sozialleistungen (in Prozent) .....	42
Abbildung 6: Untersuchungsrahmen in schematischer Darstellung .....	67
Abbildung 7: Deskriptive Darstellung der abhängigen dichotomisierten Variable „Einkommensungleichheit zu hoch bzw. Bekämpfung im Verantwortungsbereich der Regierung“ in Prozent .....	80
Abbildung 8: Nettoeinkommen pro Monat in EUR (Österreich) – Angaben in Prozent (N = 829).....	83
Abbildung 9: Nettoeinkommen pro Monat in CZK (Tschechien) – Angaben in Prozent (N = 960).....	84
Abbildung 10: Nettoeinkommen pro Monat in EUR (Italien) – Angaben in Prozent (N = 950) .....	84
Abbildung 11: Nettoeinkommen pro Monat in SEK (Schweden) – Angaben in Prozent (N = 1013).....	85
Abbildung 12: Nettoeinkommen pro Jahr in GBP (Großbritannien) – Angaben in Prozent (N = 916) .....	85
Abbildung 13: Zustimmung zum Index „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft (mittlere Ränge mittels Kruskal-Wallis Test) ....	101
Abbildung 14: Zustimmung zum Index „Wichtigkeit der eigenen Leistung für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft“ (mittlere Ränge mittels Kruskal-Wallis Test)...	103
Abbildung 15: Index „Bewertung der Einkommensungleichheit“; Starke Zustimmung (1) – Keine Zustimmung (5) (mittlere Ränge mittels Kruskal-Wallis Test).....	105

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Typologie der Ansätze zur empirischen Gerechtigkeitsforschung .....	26
Tabelle 2: Klassifizierung der Wohlfahrtsregime .....	36

Tabelle 3: Ranking sozialer Gerechtigkeit .....	43
Tabelle 4: Darstellung des Bruttoinlandsproduktes .....	43
Tabelle 5: Zusammenspiel über Wohlfahrtsregime und der Mobilitätserfahrung .....	70
Tabelle 6: Ausgewählte Länder samt Fallzahlen .....	71
Tabelle 7: Darstellung der Indizes – abhängige Variablen .....	73
Tabelle 8: Dichotomisierung der abhängigen Variable.....	73
Tabelle 9: Übersicht über die Ausprägungen der unabhängigen Variable „subjektive soziale Mobilität“ .....	74
Tabelle 10: Übersicht über die der unabhängigen Variablen (Kontrollvariablen).....	74
Tabelle 11: Cronbach Alpha der einzelnen Indizes .....	75
Tabelle 12: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen Index „Bewertung Einkommensungleichheit (2-10)“ .....	79
Tabelle 13: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variable Index „Wichtigkeit des sozialen Hintergrundes (2-10)“ .....	79
Tabelle 14: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variable Index „Wichtigkeit eigene Leistung (3-15)“ .....	80
Tabelle 15: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Subjektive soziale Mobilität (1-5) in Prozent.....	81
Tabelle 16: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Geschlecht“ in Prozent ....	81
Tabelle 17: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Alter“ in Prozent .....	82
Tabelle 18: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Höchste abgeschlossene Ausbildungsstufe“ in Prozent.....	82
Tabelle 19: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Stellung am Arbeitsmarkt“ in Prozent.....	83
Tabelle 20: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft“ in Prozent.....	86
Tabelle 21: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable "Politische Verortung" in Prozent.....	86
Tabelle 22: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittel Kruskal-Wallis-Test.....	87
Tabelle 23: Post-hoc Test mittels Mann-Whitney-U-Test .....	87
Tabelle 24: Kritik an Einkommensungleichheit in Österreich (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten) .....	88
Tabelle 25: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test .....	89
Tabelle 26: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test .....	90

Tabelle 27: Kritik an Einkommensungleichheit in Tschechien (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten) .....	91
Tabelle 28: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test .....	92
Tabelle 29: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test .....	92
Tabelle 30: Kritik an Einkommensungleichheit in Italien (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten) .....	93
Tabelle 31: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test .....	95
Tabelle 32: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test .....	95
Tabelle 33: Kritik an Einkommensungleichheit in Schweden (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten) .....	96
Tabelle 34: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test .....	97
Tabelle 35: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test .....	98
Tabelle 36: Kritik an Einkommensungleichheit in Großbritannien (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten).....	99
Tabelle 37: Überblick der signifikanten Ergebnisse zu Index "familiärer Hintergrund" .....	102
Tabelle 38: Überblick über signifikante Ergebnisse zu Index „eigene Leistung“ .....	104
Tabelle 39: Anteil der erklärten Varianz (Kritik an Einkommensungleichheit) in Prozent...	105
Tabelle 40: Ergebnisüberblick - logistische Regression; x-facher Wert der Referenzkategorie .....	106



## 1 Einleitung

Die vorliegende Arbeit zielt auf die Analyse des Einflusses der sozialen Mobilität auf die Bewertung der jeweiligen Einkommensungleichheit ab.

Die Frage nach der sozialen Mobilität von Personen – also die Erfassung von Bewegungen zwischen sozialen Positionen – wird durch jene Erwartung geleitet, welche davon ausgeht, „Einstellungen, Verhalten und Handel sozialer Gruppierungen erklären zu können“ (Stein 2006: 9). Im deutschsprachigen Raum ist die Erforschung des Einflusses der sozialen Mobilität auf Werthaltungen und Handlungsorientierungen wenig ausgeprägt (vgl. ebd.). Im Jahr 2006 gab es durch Petra Steins Untersuchung des Effektes der sozialen Mobilität auf Lebensstile erstmals eine solche größer angelegte Herangehensweise: Die Untersuchung von Lebensstilen im Kontext von Mobilitätsprozessen.

Hingegen gibt es in der internationalen Diskussion verschiedene Untersuchungen, welche zum Beispiel den Einfluss der sozialen Mobilität auf politische Präferenzen untersuchen (unter anderem Clark/D’Angelo 2009, Paterson 2008, De Graaf 1990 und 1995).

Ein Paper, welches den Rahmen für diese Arbeit wesentlich beeinflusst, ist jenes von Alexander Schmidt (2009), in welchem der Frage nach dem Zusammenhang von etwaigen sozialen Mobilitätsprozessen und der Einstellung zur Einkommensungleichheit nachgegangen wird.

Die Frage nach der Bewertung der Einkommensungleichheit ist eines jener Forschungsfelder, welches eng mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Der Bezug zu (vor allem) empirischer Gerechtigkeitsforschung legt nahe, dass die vorherrschenden Gerechtigkeitsideologien und –überzeugungen analog auch die Bewertung und Beurteilung von Einkommensungleichheit im eigenen Land beeinflussen. Dabei verfolgt diese Arbeit das Ziel, die Frage nach der jeweiligen Bewertung der Einkommensungleichheit auch im Kontext der jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung zu erfassen. Wie in Kapitel 2 gezeigt wird, ist davon auszugehen, dass die jeweilige wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung einen Einfluss darauf hat, wie die Personen in diesen Ländern über bestimmte Verteilungsmechanismen denken. Ebenso haben auch die Personen einen Einfluss auf die Struktur im jeweiligen Land (vgl. hierzu Abbildung 2).

Auf Grundlage dieser kurzen Ausführungen lassen sich zwei Forschungsfragen wie folgt ableiten:

1. Welche Erklärungskraft hat der jeweilige Grad der sozialen Mobilität in Bezug auf die Bewertung der Einkommensungleichheit?
2. Welche Aussagen können in Bezug auf die in Frage 1 gestellten Unterschiede bei dem Vergleich der Länder Großbritannien (liberales Wohlfahrtsregime), Italien (mediterranes Wohlfahrtsregime), Österreich (konservatives Wohlfahrtsregime), Tschechien (postsozialistisches Wohlfahrtsregime) und Schweden (skandinavisches Wohlfahrtsregime) angestellt werden?

Dabei wird in dieser Arbeit ein quantitatives Design gewählt, welches anhand der Daten des ISSP aus dem Jahr 2009 multivariate Analysen anstellt. Der Aufbau der vorliegenden Arbeit mit Hinblick auf die Beantwortung der soeben aufgestellten Forschungsfragen ist wie folgt:

In *Kapitel 2* werden die theoretischen Annahmen und Grundlagen zu sozialer und theoretischer Gerechtigkeitsforschung präsentiert – dies geschieht im Kontext der für diese Arbeit ausgewählten Länder. Darauf folgt eine Darstellung der Annahmen zum Konzept der wohlfahrtsstaatlichen Regime.

*Kapitel 3* beschäftigt sich mit dem Thema der sozialen Mobilität im Allgemeinen, sowie auch einer Ausführung zu getätigten Studien, welche sich mit der Thematik des Einflusses der sozialen Mobilität auf verschiedene Einstellungen und Werthaltungen beschäftigt haben.

*Kapitel 4* nimmt daraufhin jene Annahmen aus dem vorangegangenen Kapitel auf, um ein hypothetisches Modell aufzustellen. Dieses Modell verbindet die vorgestellten Annahmen und Ausführungen aus Kapitel 2 und Kapitel 3 in einem zusammenhängenden Verhältnis. Diese Hypothesen werden für die Überprüfung in den Folgekapiteln herangezogen und bearbeitet.

*Kapitel 5* widmet sich dem Forschungsdesign beginnt mit den Eckdaten der verwendete Daten (ISSP von 2009) und erläutert in weiterer Folge die methodische Herangehensweise, sowie die Operationalisierung der verwendeten Variablen aus dem beschriebenen Datensatz.

*Kapitel 6* beginnt mit der Analyse der verwendeten Daten auf deskriptiver Ebene. Daraufhin werden multivariaten Analyse die Ergebnisse der logistischen Regressionen sowie der Gruppenvergleiche zwischen den einzelnen Mobilitätsgruppen präsentiert.

In *Kapitel 7* werden die in Kapitel 6 präsentierten Kennzahlen in weitere Folge interpretiert und in Bezug auf die in Kapitel 4 aufgestellten Hypothesen überprüft.

Im letzten Kapitel (*Kapitel 8*) werden die zentralen Ergebnisse nochmals verdichtet und ein abschließendes Fazit aus dieser Forschungsarbeit präsentiert.

## 2 Gerechtigkeitsforschung im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Arrangements

In diesem Kapitel soll der Frage nach den unterschiedlichen theoretischen Grundlagen zu Gerechtigkeitsforschung nachgegangen werden. Dabei wird auf verschiedene Definitionen und Fassungen des Begriffes der Gerechtigkeit eingegangen.

Darauf folgt eine kurze Darstellung der Einteilung der wohlfahrtsstaatlichen Regime – dabei wird vor allem der Bereich der jeweiligen Sozial- und Ungleichheitsstruktur Bezug genommen, sowie auch auf Forschungsergebnisse zur wohlfahrtsstaatlichen Akzeptanzforschung.

### 2.1 Grundlagen zu sozialer Gerechtigkeitsforschung

Nach Wegener (1995, S. 195) ergeben sich bei der Erforschung von sozialer Gerechtigkeit zwei Fragen, die sich entweder danach richten, wie die Welt beschaffen sein *soll*, oder wie die Welt *tatsächlich* ist bzw. wie diese wahrgenommen wird. Für die soziale Gerechtigkeitsforschung allerdings ist vor allem (mit Hinblick auf die Frage nach einer „gerechten“ Verteilung) folgende Fragestellung ausschlaggebend:

„Wie soll die Gesellschaft eingerichtet werden, damit die Verteilung von Gütern und Lasten gerecht ist? Und: Welche Zustände und welche institutionellen Verteilungsmechanismen halten die Menschen tatsächlich für gerecht?“ (ebd.)

Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit – oder auch *justitia distributiva*<sup>1</sup> – meint hierbei die Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich Gütern und Pflichten“ (Merkel 2007b, S. 1)

Wegener führt die oben gestellte Fragestellung weiter aus und beschreibt diese als zweigeteilt: So gäbe es eine normative und eine deskriptive Seite. So gesehen stehen sich die GerechtigkeitstheoretikerInnen (normatives Lager) und die empirischen SozialforscherInnen (deskriptives Lager) gegenübergestellt.

Jedoch sieht Wegener diese beiden Lager im Begriff allmählich zusammenzuwachsen – vor allem durch die in den 80er Jahren beginnende, von Rawls selbst vorgenommene, „Umwertung“ seiner Theorie der sozialen Gerechtigkeit (vgl. Wegener 1995b, S. 195f). Unter anderem sieht auch Lippl (2003) in seiner vergleichend-angelegten Dissertation zu sozialem Wandel, wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen diese Trennung in

---

<sup>1</sup> Der Begriff „*justitia distributiva*“ geht auf Aristoteles zurück (vgl. Merkel 2007b, S. 1).

normatives und deskriptives Lager als sich langsam annähernd – ebenso wie Wegener führt er dafür die Schriften von Rawls (1971, 1992) als auch von Walzer (1983) an (vgl. ebd.: S. 47). Als einen möglichen Grund für eine solche „empirische Wende“ (ebd.) sieht Lippl – unter Bezugnahme auf Wegener (2001, S. 881-883) – einen möglichen Umdenkprozess, bei welchem die Relevanz von normativ-theoretischen Grundsätzen dem Realitätsbezug untergeordnet scheinen. Somit rückt vermehrt die Frage ins Zentrum, wie die *Personen* (Un-)Gerechtigkeit wahrnehmen bzw. bewerten und weniger jene Frage, wie dieses Problem philosophisch erfasst werden könne (vgl. Lippl 2003, S. 47).

Wegener (2000) geht in einem seiner Aufsätze auf das Verhältnis zwischen normativer und empirischer Gerechtigkeitstheorie ein und kommt am Ende seiner Ausführungen zu dem Schluss, „dass die Trennung von normativer und empirischer Gerechtigkeitsforschung nicht mehr sinnvoll ist, weil das theoretische Forschungsprogramm des Gerechtigkeitssinns sowohl normativ als auch empirisch ist“ (ebd., S. 23). Dabei handle es sich eher um einen Rückkopplungsprozess zwischen „normativen Bestimmungen und empirischen Erklärungsansprüchen, [...] weil das theoretische Forschungsprogramm des Gerechtigkeitssinns sowohl normativ als auch empirisch ist“ (ebd., S. 24). Dies zeigt die Wichtigkeit von beiden Bereichen – deshalb soll in dieser Arbeit auch auf beide Bereiche eingegangen werden.

In weiterer Folge sollen wesentliche Punkte dieser beiden Stränge vorgestellt werden, welche für diese Arbeit als relevant erscheinen – hierbei wird zuerst (analog zu Lippl 1997) auf analytische Ansätze eingegangen; darauffolgend auf empirische Ansätze zum Thema der „sozialen Gerechtigkeit“.

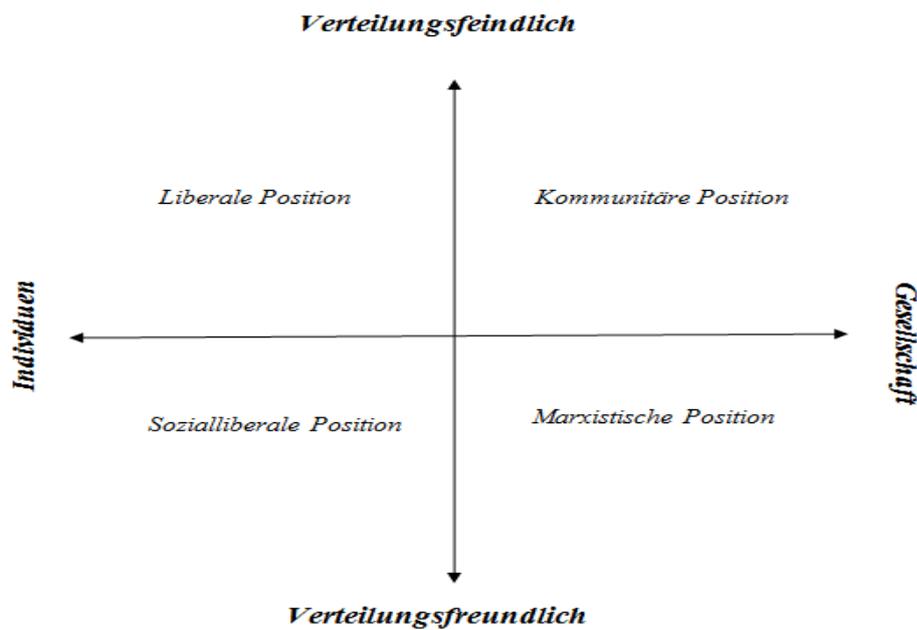
### **2.1.1 Analytisch-normative Ansätze**

Einige der wichtigsten Ansätze aus dem Bereich der normativen Gerechtigkeitstheorie werden im Folgenden präsentiert und gegenübergestellt. Darunter fallen unter anderem jene Ansätze von Friedrich August von Hayek, John Rawls, Michael Walzer und Amartya Sen.

Merkel kategorisiert diese Ansätze entlang der Kontinuen zweier Dimensionen: verteilungsfreundlich/verteilungsfeindlich sowie Individuen/Gesellschaft.

Folgende Grafik verdeutlicht die Verortung der einzelnen, in dieser Arbeit verwendeten, analytischen Ansätze:

Abbildung 1: Überblick über Ansätze der normativen Gerechtigkeitsforschung



Quelle: Eigene, überarbeitete Grafik nach Merkel 2007b, S. 4

In den nachfolgenden Unterkapiteln werden nun auf die einzelnen Felder dieses Rasters eingegangen.

### 2.1.1.1 Die libertäre Position: Friedrich August von Hayek, Robert Nozick und Wolfgang Kersting

Das erste Viertel in der oben dargestellten Grafik umfasst all jene Theorien, welche der jeweiligen Autonomie der Individuen jene Position zusprechen, welche der „öffentlichen Arena [und einer] Begrenzung etwa durch sozialstaatliche Einmischungen“ (Merkel 2007b, S. 4) vorgelagert sind. Hierbei soll zuerst auf Hayek aus dem Bereich der libertären Gerechtigkeits-theorien eingegangen werden. *Friedrich August von Hayek* gilt als einer der vehementesten KritikerInnen in Bezug auf die ökonomischen Theorien von John Maynard Keynes. Laut Hayek ist lediglich eine Marktorientierung ohne Eingriffe durch den Staat jene, welche als erfolgsversprechend angesehen werden könne. Diese Überzeugung teilte er in den 1970er Jahren mit, in welchen der traditionelle Wirtschaftsliberalismus erneut auf dem Vormarsch war (vgl. Ebert 2010, S. 246). Ebert fasst Hayeks Gerechtigkeits-theorien folgendermaßen zusammen (vgl. ebd., S. 247): Zum einen sei soziale Gerechtigkeit kein „legitimes politisches Ziel“, da der Staat als Institution nicht das Recht besäße, in bestimmten Sphären (wie z. B. jener der sozialen Gerechtigkeit) tätig zu werden. Zum anderen stoße sich Hayek an dem Be-

griff der „sozialen Gerechtigkeit“, da „gerecht/ungerecht“ keine gesellschaftlichen Zustände beschreiben könne, da diese nicht intendiert seien.

Schmid (1995), welcher in seinem Aufsatz über das Verhältnis von Hayeks Ansatz zu sozialer Ordnung und distributiver Verteilung schreibt, zeigt, dass nach Hayek jeweilige Gerechtigkeitsvorstellungen nur dann erklärt werden können, wenn diese als ein Ergebnis von komplexen gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen betrachtet werden können, welche aus einem Abstimmungsprozess von Verhaltensweisen heraus resultieren (vgl. ebd., S. 81). Für das spezifische Hayeksche Gerechtigkeitsbild bedeutet dies folgendes:

1. Als „gerecht“ werden bei Hayek jene Handlungen gewertet, welche zu einer „[reibungsfreien] Koordination der Handlungen vieler verschiedener Individuen [führe]“ (Hayek 1969, S. 85 zit. nach Schmid 1995, S. 85). Somit sei ein zwanghaft-herbeigeführtes Handeln nicht „gerecht“. Schmid sieht in dieser Aussage eine doppelte Funktion: Zum einen zeichnet sie sich dadurch aus, dass Personen ein Anrecht darauf haben, ihre Freiheiten nicht beschneiden lassen zu müssen. Zum anderen zeigt sich damit, dass Personen nicht zur Rechenschaft gezwungen werden sollen – etwa im Rahmen von Verteilungsmechanismen für unbekannte Personen (vgl. Schmid 1995, S.85f).
2. Nach Hayek sind Tauschbeziehungen auf den Märkten dadurch gekennzeichnet, dass Personen bei Markteintritt sich einzig und alleine danach richten können, wie andere Personen den Wert einer Leistung beurteilen und nachfragen; dabei spielen auch noch andere Faktoren eine Rolle (wie z. B. das jeweilige Budget und etwaige Konkurrenzangebote). Dies hieße, dass die bloße Bedürftigkeit einer Person kein Argument dafür sein soll, Einfluss auf den Markt (wie z. B. die Bestimmung des Marktpreises, etc.) nehmen zu können (vgl. ebd., S. 86).
3. Die Folgerung aus diesen beiden soeben gezeigten Punkten führt Schmid somit zu folgendem Fazit: „Hayek hält es für unvertretbar, den Gerechtigkeitsbegriff für die Beurteilung der Eigentums- oder Einkommensverteilung zu reservieren, die durch Märkte generiert wird“ (ebd.). Der durch den Vorgang der Beeinflussung der Märkte einhergehende Vereinheitlichungsprozess müsse demnach individuelle Freiheiten beeinträchtigen. In diesem Zusammenhang seien für Hayek jene Vorhaben als ungerecht zu werten, da diese willkürlichen und unkontrollierbaren Momente durch Regierungen und Verwaltungen oder mächtige Interessensgruppen beinhalten (vgl. ebd., S. 87f).

Fasst man nun diese Argumente Hayeks zusammen, kommt man zu dem Schluss, dass er jene klare Position einnimmt, welche gegen staatliche Korrekturen steht. Merkel führt hier weiter aus, und zeigt, dass Hayek der Überzeugung war, dass der Staat lediglich „ein einheitliches Minimum für all jene vorsehen [soll], „die sich selbst nicht erhalten können““ (Hayek 1971, S. 382 zit. nach Merkel 2001: 137). So zeigt sich, dass ein einheitlicher Verteilungsmechanismus nach Hayek nicht den Interessen aller Personen entsprechen kann und dies der spezifischen Marktlogik widersprechen würde.

Auch *Robert Nozick* vertritt jene These, welche den „Minimalstaat“ in besonderer Weise betont: „Der Minimalstaat ist der weitestgehende Staat, der gerechtfertigt werden kann“ (Nozick 2006, S. 201 zit. nach Ebert 2012, S. 253). Der radikal-individualistische Ansatz stellt sich in dieselbe Tradition wie jener von Hayek und hebt vor allem das Grundrecht auf Eigentum enorm hervor. Ebenso sei die Verteilung von Gütern, Einkommen und der gleichen nicht vor dem Hintergrund einer normativen Verteilungsgerechtigkeit anzusehen, sondern nur vor einem Verteilungsmechanismus, welcher auf gerechte Weise geschehen ist; der rechtmäßige „Erwerb“ eines Gutes sei ausschlaggebend (vgl. Ebert 2012, S. 253f). Ebert führt Nozicks Annahmen weiter aus und zeigt, dass das Eigentumsprinzip (also der „gerechte“ Erwerb von Eigentum) anderen Prinzipien (wie zum Beispiel dem Bedürftigkeitsprinzip) überlegen sei und somit Verteilungsgerechtigkeit mit Eingriffen in die Eigentumsrechte nicht gerecht sein können (vgl. ebd., S. 254).

Aus dem Bereich der deutschen Gerechtigkeitsphilosophie kann *Wolfgang Kersting* genannt werden, welcher sich intensiv mit Rawls auseinandergesetzt hat. Kersting stellt sich in die Tradition der Liberalen und gegen die Prinzipien von staatlichen Eingriffen und Verteilungsgerechtigkeit. Dabei stützt sich Kersting vor allem auf zwei Punkte, welche für diese Annahmen von großer Wichtigkeit sind:

1. Er stellt sich gegen den egalitären Liberalismus, da seiner Meinung nach jede Person ihre eigenen Vorteile (Begabungen und Fähigkeiten) nutzen aber auch ihre eigenen Nachteile gegenüber anderen zu akzeptieren habe (vgl. ebd., S. 258). Güter, Einkommen und der gleichen, welche durch die eigenen Vorteile erlangt wurden, haben somit nach Kersting jene Legitimation erlangt, welche er als die einzig wahren anerkennt.
2. Sozialstaat wird bei Kersting nicht als jenes Konstrukt gesehen, dass der Gerechtigkeit wegen existieren soll, sondern aus dem Verständnis „politischer Solidarität“ (vgl. ebd., S. 261). Ebert übersetzt diese „Solidarität“ aber eher mit „Fürsorge“, da dieses Konzept auf Freiwilligkeit basiere und es keine Rechte der „Unterversorgten“ sowie auch

keine Pflichten der Helfenden gäbe. Generell sieht der Sozialstaat bei Kersting sehr schlank aus und zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass in Bezug auf Einkommensungleichheit und „Fürsorge“ private Sphären stark benutzt werden sollen; so zum Beispiel durch das Heranziehen von Angehörigen oder auch das Auflösen von Vermögen (vgl. ebd., S. 262).

Zusammenfassend lässt sich über die liberalen Positionen sagen, dass hier ein deutliches Abwenden gegenüber staatlichen Maßnahmen zeigt und die Personen innerhalb einer Gesellschaft deutlich mehr Verantwortung für ihr eigenes Wohlergehen übertragen bekommen sollen. Jedoch wird vielfach nicht von einem durchgängigen Abschaffen sozialstaatlicher Institutionen gesprochen – aber von einer deutlichen Reduzierung. Die Sphäre der Verantwortlichkeit wird klar von der öffentlichen auf die private Ebene verschoben.

### **2.1.1.2 Die kommunitaristische Position: Michael Walzer und MacIntyre**

Der Kommunitarismus kennzeichnet sich dadurch aus, dass diese Richtung an sich keine philosophische Schule ist, sondern viele verschiedene Theorien und Ansätze zusammenfasst. Das Gemeinsame an diesen Theorien ist, dass hierbei eine gemeinsame Wertüberzeugung vorzufinden ist, welche die „Gemeinschaft“ besonders betont (vgl. Ebert 2010, S. 277). Hierbei wird vor allem betont, dass die Personen innerhalb einer Gesellschaft nicht in einer Zweckgemeinschaft miteinander leben, sondern zentral ist hierbei die Zusammengehörigkeit:

„Die Zusammengehörigkeit in einer Gemeinschaft ist für die Kommunitaristen von zentraler Bedeutung. In der Gemeinschaft wurzeln für sie alle sozialen Normen, so auch die soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist nichts anderes als das Ergebnis und die Ausdrucksform des gemeinschaftlichen Zusammenhalts“ (ebd.).

Dieser gemeinschaftliche Zusammenhalt wird so unter anderem bei Alasdair MacIntyre als zentral für das Bestehen einer Gesellschaft gesehen: So sieht MacIntyre in konkurrierenden Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb von Gesellschaften auch die Gefahr, dass dadurch Gesellschaften nicht mehr lebensfähig wären (vgl. ebd., S. 280). Soziale Gerechtigkeit werde demnach bei MacIntyre auch als etwas Fragwürdiges erachtet, da durch die steigende Pluralisierung der Gesellschaften auch keine einheitliche Gerechtigkeitsvorstellung möglich sei - demzufolge wäre soziale Gerechtigkeit nur etwas für homogene Gesellschaften, aber nichts für pluralistische (vgl. ebd., S. 285).

Ein anderer Autor im Bereich des Kommunitarismus ist *Michael Walzer*. Walzer versteht sich selbst als Egalitarist und versucht mit seiner Arbeit „Sphären der Gerechtigkeit“ (1983) aufzuzeigen, dass nur eine „gemäßigte Variante des Egalitarismus“, welche sich bewusst gegen jegliche „Gleichmacherei“ stellt, zielführend sein kann. Ebert (2010, S. 286) geht darauf ein: Zwar scheint Gleichheit auf den ersten Blick dadurch wieder Ungleichheiten zu erzeugen, da diese Gleichheit nur mit einer Vereinheitlichung einhergehen könne; jedoch sei dies nach Walzers Auffassung nicht jene Gleichheit, die er vor Augen führt. Gleichheit bedeutet demnach nicht, jegliche Unterschiede zu beseitigen:

„[Gleichheit bedeutet] nicht [...] [die] Auslöschung jeglicher Unterschiede zwischen den Menschen; wir müssen nicht alle gleich sein oder die gleiche Menge der gleichen Dinge besitzen. Die Menschen sind einander (in allen wichtigen moralischen und politischen Belangen) dann gleich, wenn es niemanden gibt, der Mittel in seinem Besitz hält, oder kontrolliert, die es ihm erlauben, über andere zu herrschen“ (Walzer 1998, S. 18f zit. nach Ebert 2010, 286).

Ebert führt weiter aus und zeigt, dass es Walzer nicht darum gehe, Gleichheit auf allen Ebenen herzustellen, sondern nur darum, dass Herrschaft einer Person über eine andere ausgeschlossen werden könne (vgl. 2010, S. 287). Ebenso sei charakteristisch, dass Walzer seine Ausführungen nur für jene Gesellschaft anzuwenden versucht, in welche er selbst lebt (in seinem Fall die US-amerikanische). Er stellt sich somit gegen die Auffassung, dass Regeln in Bezug auf Verteilung den Status von Allgemeingültigkeit besitzen können – lediglich abstrakte philosophische Konzepte könne man hier anwenden (vgl. ebd., S. 288). Ebenso zentral sei die Annahme, dass Walzer nicht von einer isolierten Betrachtung einer Ungleichheitsdimension ausgeht: So müsse man das gesamte Zusammenspiel von verschiedenen sozialen Gütern<sup>2</sup> untersuchen, da eine negative Ungleichheit in der einen Dimension durch eine positive Ungleichheit in einer anderen Dimension kompensiert werden könne (vgl. ebd.).

Müller (1995) geht in seinem Aufsatz auf die Herangehensweise von Walzer ein und beschreibt dies unter anderem anhand der sozialen Gütern Mitgliedschaft, Sicherheit und Wohlfahrt sowie auch Geld. Vor allem Mitgliedschaft wird bei Walzer als ein dominantes Gut beschrieben (vgl. Müller 1995, S. 149), da Mitgliedschaft erst alle anderen Sphären öffnen könne. Ohne Mitgliedschaft zu einem politischen Gemeinwesen wäre man gezwungenermaßen auch von anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen (wie zum Beispiel

---

<sup>2</sup> Soziale Güter sind bei Walzer relativ weit gefächert: So fasst Ebert unter anderem folgende Güter unter der Kategorie „soziale Güter“ zusammen, welche bei Walzer darunter subsumiert werden: Mitgliedschaft und Zugehörigkeit, Sicherheit und Wohlfahrt, Geld und Waren, harte Arbeit (in Sinne eines negativen Gutes dadurch, dass es eine Last für Personen sein kann), aber auch wesentlich abstraktere Güter wie zum Beispiel göttliche Gnade oder auch Verwandtschaft und Liebe (vgl. Ebert 2010, S. 287).

von bestimmten Verteilungsmechanismen). Daneben räumt Walzer dem Wohlfahrtsstaat eine wichtige Rolle in, indem er davon ausgeht, dass je stärker der Wohlfahrtsstaat organisiert und ausgebaut ist, desto stärker schlussendlich sei auch das politische Gemeinwesen (vgl. ebd., S. 150). In Bezug auf Geld als die „Ware aller Waren“ (vgl. ebd.) geht Walzer davon aus, dass der Verteilungsmechanismus von der jeweiligen Marktlogik ausgehe. Um diese „Hegemonie“ dieses Marktimperalismus zu vermeiden, solle nach Walzer das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik neu bestimmt werden: Umverteilung von Marktmacht und Stärkung der Gewerkschaften; Fokussierung auf ein umverteilendes Steuersystem, sowie eine kooperative Kontrolle der Produktionsmittel (vgl. ebd.).

Dabei ist hierbei auch immer zu beachten, dass Walzers Annahme daraus resultiert, dass dies immer vor dem Hintergrund einer sozialen Differenzierung passieren sollte:

„The theory of justice is alert to differences, sensitive to boundaries. It doesn't follow from the theory, however, that societies are more just if they are more differentiated. Justice simply has more scope in such societies, because there are more distinct good, more distributive principles, more agents, more procedures. And the more scope justice has, the more certain it is that complex equality will be the form justice takes” (Walzer 1983, S. 315 zit. nach Müller 1995, S. 151).

Hierbei zeigt sich der wesentliche Unterschied zwischen MacIntyre und Walzer: Während MacIntyre soziale Gerechtigkeit lediglich in einer homogenen Gesellschaft für möglich hält, sieht Walzer die Chance auf steigende soziale Gerechtigkeit in steigender sozialer Differenzierung, auch wenn Müller (1995, S. 152) darauf aufmerksam macht, dass gerade soziale Differenzierung und Pluralisierung soziale Ungleichheit und „versteckte Ungerechtigkeit“ durchaus verstecken kann.

Wichtig für den Kommunitarismus ist, dass dieser nicht von universellen Prinzipien ausgeht, sondern auf die jeweilige Gesellschaft hin spezielle Werte annehme, welche innerhalb dieser Gesellschaft vorherrschen. Ebenso charakteristisch ist die Auffassung, dass das gemeinwohl-orientierte Gerechtigkeitsverständnis darauf hin ausgerichtet sei, dass all jenes als sozial gerecht gesehen wird, was schlussendlich auch den Zusammenhalt des Gemeinwesens fördere (vgl. Ebert 2010, S. 301).

### **2.1.1.3 Die marxistische Position**

Auffallend für die marxistische Betrachtungsweise auf soziale Gerechtigkeit ist, dass bei Marx ein Paradoxon in Bezug auf dieses Thema feststellbar ist: Einerseits tritt Marx gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit ein – andererseits wird auf den Begriff der Gerechtigkeit bei

Marx so gut wie nicht eingegangen (vgl. Ebert 2010, S. 161f). Diesen Umstand erklärt Ebert damit, dass bei Marx die Frage nach Gerechtigkeit und Kommunismus nicht als ethische Forderung, sondern als eine vorhersehbare gesellschaftliche Entwicklung angesehen werde (vgl. ebd., S. 162). Dabei würde primär nicht die Forderung laut werden, Einkommen gerecht zu verteilen, sondern die eigentliche Forderung wäre, das kapitalistische System abzuschaffen, da erst nach Abschaffung des Kapitalismus eine gerechte Einkommensverteilung möglich wäre. Ausschlaggebend für diese Annahme war, dass sich Marx – als Vertreter des Historizismus – davon ausging, dass auf Grundlage historischer Ereignisse bestimmte Gesetzmäßigkeiten abgeleitet werden können, die zu solch einer Auffassung führen (vgl. ebd.).

Konzeptionell lässt sich Marx' Gerechtigkeitslehre folgendermaßen charakterisieren (vgl. ebd., S. 172):

1. **Arbeitszentriertheit:** Marx geht davon aus, dass die „Würde“ eines Menschen durch jene Selbstverwirklichung geschehe, welche in der Arbeit gefunden werden könne. Dabei scheint dies augenscheinliche spezifische Arbeitsethik Parallelen zu den liberalen Ansätzen zu zeigen (durch den Bezug auf Leistungsgerechtigkeit); dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass Marx hierbei in Bezug auf Verdienst nicht von einem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ausgeht, sondern von der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.
2. **Klassenzentriertheit:** Marx geht es in erster Linie nicht um die „Gerechtigkeit“ für Individuen, sondern um die „Gerechtigkeit“ für die jeweiligen unterdrückten Klassen. Dieser Unterschied zeigt wiederum auch den Unterschied zu den liberalen Ansätzen, da diese eher auf der individuellen als auf der gesellschaftlichen Ebene angesiedelt sind.

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass sich der marxistische Ansatz stark als gesellschaftlich- und weniger individuell-orientiert präsentiert, welcher als primäres Ziel die „Zerschlagung“ des kapitalistischen Systems vor Augen hatte. Erst durch diese „Zerschlagung“ des Systems sei eine gerechte Verteilung von Gütern möglich, welche durch das System erschwert bzw. unmöglich gemacht wird.

### **2.1.1.4 Die sozialliberale Position: John Rawls und Amartya Sen**

Wichtig bei John Rawls ist die Idee der fairen Kooperation – soziale Gerechtigkeit als Gegenseitigkeit (vgl. Ebert 2010, S. 223). Bei Rawls wird der Markt als Hauptakteur als nicht ge-

eigneter Schiedsrichter gesehen, das auf die ungleichen Zugangsbedingungen der einzelnen Personen zum Markt zurückgeführt werden kann. Vielmehr sei es wichtig, dass alle Personen prinzipiell gleichermaßen mit Grundgütern ausgestattet seien, um so gleiche Voraussetzungen schaffen zu können (vgl. Merkel 2007b, S. 5). Dabei geht Rawls von zwei Gerechtigkeitsgrundsätzen aus: Zum einen formuliert das „Freiheitsprinzip“, dass es eine gleiche Verteilung von Grundfreiheiten von politischen Rechten geben muss – darunter fallen zum Beispiel klassische Persönlichkeitsrechte<sup>3</sup> (vgl. Ebert 2010, S. 224). Zum anderen formuliert das „Differenzprinzip“ den „Grundsatz der sozioökonomischen Gerechtigkeit“: Demzufolge können soziale Ungleichheiten nur dann zugelassen werden, wenn sich diese Ungleichheiten für die Benachteiligten als vorteilhaft erweisen würden (vgl. Merkel 2007b, S. 6). Dabei geht es um sogenannte Grundgüter: „Dinge, von denen man annimmt, dass sie ein vernünftiger Mensch haben möchte, was auch immer er sonst noch haben möchte“ (Rawls 1979, S. 112 zit. nach Ebert 2010, S. 224). Dabei sind einerseits abstraktere Güter gemeint (wie zum Beispiel Rechte und Freiheiten) aber auch konkretere wie zum Beispiel Einkommen und Vermögen. Charakteristisch hierbei ist, dass diese Güter vor allem dadurch von den Menschen gewollt werden, da sie neben der Nutzenfunktion auch die Funktion einer Ressource darstellen, welche von den Personen für ihre eigenen Belange verwendet werden können.

Hierbei kann auch das vorrangige Ziel Rawls erkannt werden, welches Merkel (2007b, S. 6) als „die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft, des Geschlechts und der natürlichen Begabung“ beschreibt. Dadurch soll die Gleichheit nicht als Selbstzweck missverstanden werden, sondern hierbei soll die Gleichheit dazu führen, dass gleiche Bedingungen vorherrschen und somit eine reale Chancengleichheit vorzufinden ist (vgl. Ebert 2010, S. 245).

Ebenso im Bereich der sozialliberalen Ansätze findet sich *Amartya Sen*. Für Sen ist für die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit vor allem „individuelles, selbstbestimmtes Handeln das zentrale Mittel zur Beseitigung von persönlichem Elend“ (Merkel 2007b, S. 7). Zentral in Sens Ausarbeitung ist, dass der Autor hierbei auf die Handlungsfähigkeit der Menschen abzielt, und weniger auf die Verteilung von bestimmten Ressourcen. Dabei wird diese Handlungsfähigkeit allerdings von verschiedenen Restriktionen eingeschränkt (soziale, politische

---

<sup>3</sup> Hierbei zählt Ebert (2010, S. 224) eine Reihe von Persönlichkeitsrechten auf: „Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Religionsfreiheit, Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit, Eigentum, Freizügigkeit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, Berufsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Schutz der Privatsphäre“.

und wirtschaftliche). Deshalb steht Sen auch dafür ein, diese Restriktionen abzuschaffen und den Menschen so die Möglichkeit zu bieten, ihre Lebenschancen wahrzunehmen (vgl. ebd.). So zeigt Sen, dass nur durch die Möglichkeit, sich als Person jeweilige Verwirklichungs- und Lebenschancen anzunehmen, auch die Möglichkeit bestehe, nicht unter Einkommensarmut zu leiden. So kann durch die Inanspruchnahme der Lebenschancen nicht nur der Einkommensarmut entronnen werden, sondern auch all anderen Bereichen, die dadurch berührt werden würden, wie zum Beispiel Ausbildung und Gesundheit (vgl. Sen 1999, S. 114 – Armut als Mangel an Verwirklichungschancen)

Merkel leitet aus den Ausführungen von Rawls und Sen folgende politische Handlungspräferenzen ab (vgl. Merkel 2007b, S. 9):

1. Vermeidung von Armut
2. Gleiche Bildungschancen
3. Inklusion am Arbeitsmarkt
4. Soziale Sicherungsnetze jenseits der Arbeit
5. Vermeidung extremer Einkommensungleichheit

Vor allem die Vermeidung der Armut stellt nach Merkel das oberste Ziel dar. Darauf folgen die übrigen vier Kategorien, wobei „Vermeidung extremer Einkommensungleichheit“ gegenüber den anderen vier Kategorien als jene bezeichnet wird, die den „geringsten Wichtigkeitsgrad“ besäße, da bei Erfüllen der übrigen vier Kategorien, die Vermeidung von extremer Einkommensungleichheit ihren „gerechtigkeitstheoretischen Geltungsgrund“ verliere. Andererseits sei darauf verwiesen, dass eine extreme Einkommensungleichheit auch die Wahrscheinlichkeit verkleinert, dass die übrigen vier Gerechtigkeitsziele erfüllt werden (vgl. ebd., S. 11). So gesehen kann man hier ebenso von einem Kreislauf sprechen, welcher nur in seiner Gesamtheit verstanden und durchbrochen werden kann – denn sowohl Bildungschancen als auch die Integration am Arbeitsmarkt sowie Beseitigung der extremen Einkommensungleichheit können jeweils dazu führen, Lebens- und Verwirklichungschancen zu erreichen oder – bei Nichtvorhandensein – nicht zu erreichen.

### **2.1.2 Empirische Ansätze**

Die Ansätze der empirischen Gerechtigkeitsforschung werden bei verschiedenen Autoren nach makro- und mikrosoziologischen Ansätzen unterschieden. Ausgangspunkt für diese Un-

terscheidung ist unter anderem Bernd Wegener (1992) mit seiner Arbeit zu „Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen“. Während die makrosoziologischen Ansätze Gerechtigkeitsideologien innerhalb einer Gesellschaft untersuchen und dabei der Frage nachgehen, welchen Stellenwert strukturelle Gegebenheiten spielen, beschäftigen sich mikrosoziologische Ansätze mit der Frage nach dem individuellen Urteils- und Bewertungsverhalten.

Nach Wegener können diese Ansätze noch weiter differenziert werden – nämlich der Frage nach, ob die verschiedenen Ansätze, neben der makro- bzw. mikrosoziologischen Ausrichtung, als selbst- oder ordnungsbezogen verstanden werden – die nachfolgende Tabelle zeigt die gängigen Theorien, welche von Wegener (1992) eingeteilt wurden; diese Einteilung wurde später von Lippl (2003) ergänzt:

**Tabelle 1: Typologie der Ansätze zur empirischen Gerechtigkeitsforschung**

	<b>Mikrosoziologische Ansätze</b>	<b>Makrosoziologische Ansätze</b>
<b>Selbstbezogen (Belohnungsgerechtigkeit)</b>	Theorie der relativen Deprivation Equity Theory Status Value Theory Justice Function Theorien	Erweiterungen im Rahmen der Justice Function Theory
<b>Ordnungsbezogen (Prinzipiengerechtigkeit)</b>	Mehrprinzipien-Ansatz Theorien der Verfahrensgerechtigkeit Local Justice Forschung Altruismusforschung	<b>Dominant Ideology Thesis</b> <b>Split-Consciousness-Ansatz</b> <b>Primäre und sekundäre Ideologien</b>

Quelle: Lippl (2003, S. 52) nach Wegener 1992, S. 271

Die Frage danach, ob es sich in der weiteren Unterscheidung um selbst- oder ordnungsbezogene<sup>4</sup> Thesen und auch Theorien handelt, hängt davon ab, ob es hierbei um die Frage nach der Bewertung der eigenen „Belohnung“ geht, oder um die Bewertung von Ideologien und Kriterien innerhalb einer ganzen Gesellschaft (vgl. Lippl, S. 52).

Mit Hinblick auf diese Arbeit spielen vor allem ordnungsbezogene makrosoziologische Ansätze eine wichtige Rolle. Diese Ansätze erforschen – wie oben bereits erwähnt – die in einer Gesellschaft vorfindbaren Gerechtigkeitswahrnehmungen und –bewertungen, welche in größeren makrosozialen Gebilden vorzufinden sind. Der „Makro-Zugang“ (wie ihn Lippl nennt) interessiert sich also für strukturelle, aber auch kulturelle Dimensionen dieser Wahrnehmungen und Bewertungen – dies sei nach Lippl auch jener Grund, welcher die komparative Analyse hierbei ins Zentrum rückt (vgl. 2003, S. 51).

<sup>4</sup> Selbstbezogene Thesen und Theorien werden in der Gerechtigkeitsliteratur auch Mikrogerechtigkeit genannt, während ein Ordnungsbezug für Makrogerechtigkeit steht (vgl. Brickman et al. 1981 nach Wegener 1992, S. 271).

Wie Wegener (1992) erwähnt, sind die makrosoziologischen Betrachtungsweisen weniger stark ausgeprägt im Vergleich zu den mikrosoziologischen. Dennoch lassen sich wichtige Annahmen aus jenen Ansätzen herausziehen, welche für diese Arbeit wichtig sind.

### 2.1.2.1 Dominant Ideology Thesis

Im Bereich der national typischen Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen lassen sich nach Mau (1997) zwei Linien unterscheiden. Hierbei wird einerseits die Struktur- und Institutionenhypothese angesprochen, welche von „der normenbildenden Funktion von Institutionen und Allokationsprinzipien [ausgehen]“ (ebd., S. 43). Dabei werden die zwischen den Nationen vorfindbaren Bewertungsdifferenzen in Bezug auf Ungleichheit auf die jeweilige Ungleichheitsstruktur und Allokationsprinzipien zurückgeführt. Dabei bezieht sich Mau auf Philips (1983, S. 318):

„[W]hat most people find fair, just, equitable, or legitime in regard to distribution is generally consistent with the actual distribution of rewards or outcomes. This findings is very much in line with Romans' observation 'what is, is always turning into what is 'right'“ (ebd. zit. nach Mau 1997, S. 43f).

Die zweite Linie dieser Annahme kommt aus dem Bereich der Kulturosoziologie: Diese Kulturthese „geht von einer relativen Homogenität der Werte innerhalb der und von einer Differenzierung zwischen den Gesellschaften aus“ (Mau 1997, S. 44).

Diese beiden Stränge – also die Überzeugung, dass es entweder Struktur- oder Kulturmerkmale gibt, welche zu national typischen Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen führen – werden bei Wegener (1992) als dominante Ideologien beschrieben, welche eine Gesellschaft charakterisieren können. Dabei führt Wegener aus, dass im Vordergrund dieser Tradition die Frage im Vordergrund steht,

„[o]b sich Gesellschaften in ihren ‚dominanten‘ Ideologien – also in Hinsicht auf die vorherrschende Einstellungen über das gewünschte Funktionieren von sozialen Mechanismen zur Verteilung von Gütern – unterscheiden“ (ebd., S. 272).

Und hierbei werden für die jeweilige Ausrichtung der Gesellschaften kulturelle oder strukturelle Konstanten genannt, welche für eine jeweilige Ideologie verantwortlich gemacht werden können.

Kritik an diesem Ansatz kommt von Nicholas Abercrombie und Bryan Turner (1980). Die Autoren gehen davon aus, dass es eine solche Annahme einer dominanten allübergreifende Ideologie nicht geben könne, da das Ausmaß der dieser Ideologien der „herrschenden Klas-

sen“ überschätzt werden würde. So kommt Wegener zu dem Schluss, dass eine solche Überbauideologie, wie sie in der dominant ideology thesis angenommen werde, nicht stichhaltig sein könne (vgl. ebd. 1992, S. 273; 1998, S. 14). Ebenso wird, neben der theoretisch und historisch fehlenden Stichhaltigkeit, auch jener Umstand kritisiert, welcher in der split-consciousness thesis behandelt wird: Der Umstand, dass es innerhalb eines Personenkreises neben den „gängigen Ideologien“ auch gegenteilige Auffassungen geben kann (vgl. ebd.).

### **2.1.2.2 Split-consciousness Thesis**

Die These der split-consciousness (nach Kluegel 1989) kritisiert die Annahme, dass es eine Ideologie innerhalb einer Personengruppe gibt, die von allen Mitgliedern geteilt würde. Sie geht – nach Mau – der Frage nach, warum die Auffassungen von Personen nicht nur nicht-konsistent sondern auch widersprüchlich sein können. Hierbei können ordnungsbezogene und selbstbezogenen Urteile unterschieden werden, welche zwar widersprüchlich seien, jedoch keine „Reibung“ auf Grund der Inkonsistenz erzeugen. So beziehen sich ordnungsbezogene Urteile auf die Sphäre der gesamten Gesellschaft, während selbstbezogene Urteile die eigenen Ansprüche im Visier haben (vgl. ebd. 1997, S. 45). Dieser Umstand der gespaltenen Überzeugungen führt Wegener dazu, die Überzeugung von dominanten und nicht-dominanten Ideologien zu überdenken und stattdessen von primären und sekundären Ideologien zu sprechen.

### **2.1.2.3 These der primären und sekundären Ideologien**

Dieser Ansatz geht davon aus, dass es innerhalb einer Gesellschaft verschieden stark ausgeprägte Ideologien gibt. Primäre Ideologien sind nach Wegener (1995) jene Ideologien, welche von einer größeren Allgemeinheit innerhalb einer Gesellschaft geteilt werden und auf einem allgemeinen Konsens beruhen. Dagegen sind sekundäre Ideologien jene Gerechtigkeitsideologien, welche nur für eine spezifische Teilgruppe gelten und welche aus rationalen Interessen heraus resultieren (vgl. ebd., S. 204).

Die Frage nach dem Konsens (primäre Ideologie innerhalb einer Gesellschaft) wird im Rahmen der funktionalistischen Konsenstheorien diskutiert. Hierbei lautet die Annahme, dass „für das Funktionieren einer Gesellschaft ein erhebliches Ausmaß an Integration der Werte und Normen notwendig ist“ (Haller/Mach/Zwicky 1995, S. 222). Hierbei kann auch Reinhard Kreckel angeführt werden, der Prestige als eine Art „soziale >>lingua franca<< [beschreibt]“ (ebd., 1997, S. 88). In weiterer Folge bezieht sich Kreckel auf Frank Parkin (1971): Parkin schreibt Prestige eine „ideologische Funktion“ zu, da diese als „Tatsache der privilegierte Nutzung von Ressourcen in unserer Gesellschaft eine nicht hinterfragte und weitver-

breitete Geltung [hat]“ (Kreckel 1997, S. 88). Dennoch kann nach Kreckel nicht davon ausgegangen werden, dass dieser Konsens ganz ohne jeglichen Zwang geschieht: „Offensichtliche“ Quellen der sozialen Ungleichheit (wie zum Beispiel materieller Reichtum) und auch subtilere, ideologische Quellen der sozialen Ungleichheit (wie zum Beispiel die Prestigeordnung einer Gesellschaft) erlangen auch dadurch ihre Kraft, dass jene Personen, welche sich diesen Geltungsansprüchen nicht fügen, mit Sanktionen rechnen müssen. Dieser Zwang ist laut Kreckel in den fortgeschrittenen Gesellschaften ein institutioneller bzw. verrechtlichter in Form des Staates. Dabei wird auf die Rolle des Wohlfahrtsstaates hingewiesen, welche eine Art Balancefunktion zugesprochen wird: Einerseits ist der Wohlfahrtsstaat jener, der den Fortbestand der sozialen Ungleichheiten ermöglicht, aber andererseits auch durch seine gesetzlichen Verankerungen (durch zum Beispiel Umverteilung) eine Art Gegengewicht darstellt (vgl. ebd., S. 90f).

Kritisiert wird diese Annahme der „KonsenstheoretikerInnen“ von KonflikttheoretikerInnen, welche davon ausgehen, dass dieser Konsens lediglich aus einem falschen Bewusstsein der benachteiligten Gruppen heraus resultiere. Im Bereich der Konflikttheorien wird davon ausgegangen, dass Gerechtigkeitsvorstellungen aus dem Zusammenspiel der politischen und ökonomischen Bereiche heraus geschehen und die daraus hervortretenden Interessen jene der „herrschenden Klasse“ repräsentieren (vgl. Striedinger 2012, S. 8) Diese beiden Positionen stellen jedoch lediglich zwei Extreme dar, welche durch andere AutorInnen vielfach relativiert wurden. So könne der Konsens nach neueren KonsenstheoretikerInnen innerhalb einer Gesellschaft nicht einfach als ein „Alles-oder-Nichts-Phänomen“ beschrieben werden, sondern als ein abstufbares Phänomen. Neuere KonflikttheoretikerInnen argumentieren hingegen, dass der Grad des Konsens nach der jeweiligen Klassenlage der Personen abhängen könne (vgl. Haller/Mach/Zwicky 1995, S. 222).

Lippl führt aus, dass primäre Ideologien aus historischen oder kulturellen Tradierungsprozessen, wohingegen sekundäre Ideologien aus individuellen Gewöhnungsprozessen heraus resultieren. Entscheidend für gruppenspezifische Ideologien sind demnach jene, welche der jeweiligen Gruppe den größten Vorteil versprechen. Wegener definiert diese beiden Ideologien folgendermaßen:

„Primäre Gerechtigkeitsideologien wären also kulturell bedingt, indem man sie z.B. auf religiöse Doktrinen oder auf ein tradiertes gesellschaftstypisches Staatsverständnis zurückführen könnte – Sozialisationsbedingungen also, die für alle Mitglieder einer Gesellschaft gelten. Sekundäre Gerechtigkeitsideologien hingegen sind strukturell bedingt und von den sozialen Lagen der Betroffenen abhängig. D.h. sie werden nur von bestimmten Bevölkerungsgruppen geteilt und spiegeln die besonderen Interessenlagen dieser Gruppen wieder“ (Wegener 1998, S. 14f).

Nach Lippl ist dieser Ansatz auch deswegen zielführender für die heutige Gesellschaft, weil dieser neben den langen traditionsreichen Ideologien auch die Betrachtung von „kurzfristige[n] eher interessensgeleitende[n] Werthaltungen“ ermögliche (vgl. ebd., S. 58).

### 2.1.3 Denkstile der Prinzipiengerechtigkeit

Wie bereits vorhin erwähnt, sind für diese Arbeit vor allem jene Ansätze relevant, welche sich dem makrosoziologisch-ordnungsbezogenen Bereich zurechnen. Wie in der oben angeführten Grafik (vgl. Grafik mit Theorienüberblick), ist die Unterscheidung nicht nur zwischen makro- und mikrosoziologischen Ansätzen möglich, sondern auch danach, ob es sich um Belohnungs- oder Prinzipiengerechtigkeit handelt. Während die Belohnungsgerechtigkeit konkrete Verteilungsmechanismen innerhalb einer Gesellschaft zum Gegenstand haben, drehen sich die Fragen im Bereich der Prinzipiengerechtigkeit um normative, prinzipielle oder ideologische Haltungen innerhalb einer Gesellschaft, welche sich auf die normative Ordnung dieser beziehen. So gesehen fallen auch jene Fragen hier herunter, welche sich um Bewertung der Mechanismen drehen – also jene Fragen danach, welche Kriterien zu einer „gerechten Verteilung“ führen und welche nicht (vgl. Lippl 2003, S. 59).

Wegener fragt nun in einem seiner Aufsätze (1998), was nun diese „Gerechtigkeitsprinzipien“ eigentlich sind und wie wir darüber urteilen (vgl. ebd., S. 12). Dabei steht eine Frage im Zentrum seiner Überlegungen: „Was empfinden Individuen oder Gruppen als gerechte Belohnungen und wovon ist diese Empfindung abhängig?“ (ebd., S. 13).

Diese Frage nach dem „wovon“ hängt die Beurteilung nach Gerechtigkeit auf der Makroebene ab ist jedoch nicht so einfach zu klären – auf diesen Umstand macht Wegener mit folgendem Zitat aufmerksam:

„Wir wissen häufig gar nicht, was eine gerechte Belohnung ist, – entweder weil wir uns nicht der Mühe des Urteils unterziehen wollen oder weil nicht feststeht, wer der konkrete Empfänger einer Belohnung ist. Auch das Abwägen von ‚Wichtigkeiten‘ zur Bestimmung der relativen ‚normativen Salienz‘ für die Belohnungszuweisung ist kein alltägliches Verhalten. Das ändert aber nichts daran, daß wir dennoch in den meisten Situationen tief davon überzeugt sind, daß es bestimmte gerechte Verteilungsregeln gibt und daß für uns außer Frage steht, welche Regeln das sind. Wir sagen z.B.: ‚In unserer Gesellschaft sollte Einkommen nach Leistung verteilt werden‘ oder ‚Älteren Menschen steht mehr zu‘. Diese Überzeugungen sind aber nicht so beschaffen, daß wir genau anzugeben wüßten, wieviel ‚Leistungseinheiten‘ welcher konkreten Belohnung entsprechen sollten oder wieviel mehr ein Älterer als ein Jüngerer bekommen soll. Wir haben jeweils nur Präferenzen für Verteilungsprinzipien oder, wie wir auch sagen, für bestimmte Gerechtigkeits*ideologien*“ (ebd.).

Neben dem Problem, dass Personen gar nicht wissen, wie eine gerechte Belohnung nun tatsächlich auszusehen hat, kommt hierbei noch hinzu, dass ledigliche Aussagen über Gerechtigkeitsvorstellungen nicht quantifizierbar sind, da sie meist keine konkreten Elemente benennt. Jedoch – so führt Wegener weiter aus – könne man die normative Unterstützung der Personen versuchen zu messen; also ihre Aussagen über Prinzipiengerechtigkeit mit Hilfe der Einstellungsforschung zu erfassen (vgl. ebd., S. 13f).

In diesem Kontext verweist Wegener des Weiteren auf primäre und sekundäre Ideologien<sup>5</sup>: Wie bereits weiter oben erwähnt, stellt sich Wegener (mit Bezug auf Abercrombie/Hill/Turner 1980; Kluegel 1989) gegen die Annahme, dass es innerhalb einer Gesellschaft eine dominante vorherrschende Ideologie gibt, welche von allen Personen geteilt wird. Im Gegenteil: Innerhalb einer Gesellschaft gibt es viele verschiedene – auch gegenläufige – Ideologien welche vorgefunden werden können (vgl. ebd. 1992, S. 273; 1998, S. 14). Nach Wegener ist es das Ziel einer solchen Untersuchung – welche nur komparativ angelegt werden kann –, die primären und sekundären Vorstellungen innerhalb einer Gesellschaft offenzulegen.

Um die Denkstile der Gerechtigkeit aufzuzeigen und das Einwirken von Strukturen auf Gerechtigkeitsurteile zu erfassen, bedient sich Wegener bei der Anthropologin Mary Douglas (1982, 1996). Douglas geht davon aus, dass Bewertungsmuster und Überzeugungen eine Art Reaktion auf die sozialen Bedingungen seien, in welchen die Personen leben. Und diese Muster – oder auch „cultural biases“ genannt – seien implizite Wegweiser durch die Gesellschaft, welche in den Personen eingelegt seien. Hierbei werde die auf die Rolle der sozialen Kontrolle hingedeutet, welche den Personen sowohl im gesamtgesellschaftlichen Hierarchiegefüge als auch in abgrenzbaren sozialen Einheiten prägen<sup>6</sup> (vgl. Wegener 1998, S. 15).

Bei der Frage nach der Ausbildung der jeweiligen Gerechtigkeitsmentalität hebt Wegener vor allem die jeweilige Klassenzugehörigkeit hervor – und diese sei vor allem dann bestimmend, wenn es sich bei dieser Klasse um jene handle, welche durch eine starke Geschlossenheit charakterisiert sei. Hierbei führt Wegener das Beispiel der Dienstklasse an (nach Goldthorpe 1987), welche ein starkes Bewusstsein in der gesamtgesellschaftlichen Hierarchie besitze, als auch durch ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl geprägt sei (vgl. Wegener 1998, S. 17).

Neben der Klassenzugehörigkeit – und vor allem für diese Arbeit von hohem Interesse – spielt auch die soziale Mobilität eine Rolle; dabei wird allerdings nur auf intragenerationale

---

<sup>5</sup> Zu primären und sekundären Ideologien: vgl. Kapitel 2.1.2.3

<sup>6</sup> Bekannt ist in diesem Zusammenhang auch das Grid-Group-Paradigma, welches die beiden Dimensionen (gesamtgesellschaftliche Hierarchie und abgrenzbare soziale Einheit) miteinander verknüpft (vgl. Douglas 1982, 1996).

Mobilität eingegangen. Dennoch wird hierbei ersichtlich, dass auch Erfahrungen eine wichtige Rolle in der Bildung von Gerechtigkeitspräferenzen ausüben (vgl. ebd., S. 18).

## 2.2 Grundlagen der wohlfahrtsstaatlichen Forschung

Ziel dieser Arbeit ist es, die Bewertung der Einkommensungleichheit im Kontext von intergenerationalen Mobilitätsprozessen zu untersuchen. Dabei wird bei der Auswahl der Länder auf die regimetheoretische Einteilung (vor allem durch Esping-Andersen 1990, 1999) eingegangen. Hierbei wird – wie auch Mau (1997) in seiner Arbeit argumentiert hat – nach der Strategie der „most-similar-cases“ vorgegangen (nach Svallfors 1993, S. 88), nach welcher die Länder zwar ähnliche Institutionen besitzen, diese aber unterschiedlich stark ausgeprägt sind. In weiterer Folge sollen der Begriff des Wohlfahrtsstaates genauer analysiert und darauffolgend jene Länder beschrieben werden, welche für diese Arbeit im Zentrum stehen.

Der Begriff des Wohlfahrtsstaates beschreibt jene Art und Weise eines Landes, wie dieses die Wohlfahrtsproduktion zwischen Staat, Markt und Familie organisiert (vgl. Esping-Andersen 1999 nach Blome/Keck/Alber 2008, S. 67). Josef Schmid versucht mit Hilfe seiner eigenen Definition eine Operationalisierung vorzunehmen:

„Im Wohlfahrtsstaat – so abschließend mein Definitionsvorschlag – besteht eine staatliche, über private Vorsorge und gemeinschaftliche Fürsorge hinausgehende Verpflichtung zur sozialen Sicherung und Förderung aller Bürger. Um dies zu gewährleisten, muss der Wohlfahrtsstaat umfangreiche Ressourcen an sich ziehen, die er wiederum in Form von monetären Transfers, sozialen Diensten und Infrastruktur zur Verfügung stellt. Auf diese Weise kommt es zu einer gesellschaftlichen Entwicklung, die als ‚sozialer Fortschritt‘ bezeichnet wird und in deren Rahmen in den vergangenen 110 Jahren die Werte Sicherheit, Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit in hohem Maße realisiert werden konnte. Dies ist auch ein Element des ‚Europäischen Modells und ein Spezifikum im Vergleich zu anderen Regionen der Welt‘ (2010, S. 45).

In diesem Zitat werden verschiedenen relevante Dimensionen angesprochen: So zeigt dieses die Verpflichtung des Wohlfahrtsstaates in Bezug auf soziale Sicherung und Förderung aller BürgerInnen durch das Anziehen von verschiedenen Ressourcen, um damit diverse Leistungen anbieten zu können, um so seinen Pflichten nachkommen zu können. Dabei soll diese Leistung nicht durch ihren Selbstzweck charakterisiert werden, sondern auch durch die daraus

resultierende Leistung – nämlich das Vorantreiben der Gesellschaft im Hinblick auf sozialen Fortschritt mit gleichzeitigem Fokus auf Grundprämissen wie Freiheit und Gerechtigkeit.

Dass diese Grundsätze in den jeweiligen Ländern (und wohlfahrtsstaatlichen Regimen) jeweils in spezifischer Form umgesetzt werden, zeigt sich beim Vergleich der einzelnen Länder. Dieses Unterkapitel soll nun die Spezifika der einzelnen Länder und wohlfahrtsstaatlichen Regime beleuchten und die Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten benennen. Dabei stellt sich immer jene Frage, die sich um die Beschaffenheit der jeweiligen Regime und Länder drehen:

- Wie werden die einzelnen wohlfahrtsstaatlichen Regime definiert?
- Welche Länder passen zu den jeweiligen Typen

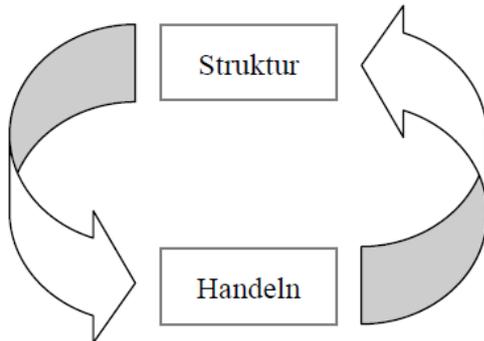
Dabei nimmt vor allem Esping-Andersen eine wichtige Rolle bei der Einordnung und Typologisierung der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements ein. Diese Einteilung fußt auf der Unterscheidung wohlfahrtsstaatlicher Politiken von Richard M. Titmuss (1958; 1974), welcher drei Modelle, je nach Reichweite der sozialen Sicherung und Stellung von Kerninstitutionen, unterscheidet: residual (Markt und Familie), industriell-leistungsorientiert (Erwerbssystem) und institutionell (soziale Bedürftigkeit und egalitäre Prinzipien)<sup>7</sup>. Bei Esping-Andersen wird zwar die Titmuss'sche Typologisierung als Anfangspunkt herangezogen, allerdings geht Esping-Andersen weiter davon aus, dass es unterschiedlich staatliche Institutionen gäbe, die eine Einteilung in besagte prominenten *wohlfahrtsstaatlichen Regime* ermögliche (vgl. Mau/Verwiebe 2009, S. 55). Ebenso zentral ist die Annahme, dass von einer Verkopplung zwischen institutioneller Arrangements, sozialer Organisation und Sozialstruktur ausgegangen wird – ebenso wie von einer Wechselwirkung von institutionellen und sozialen Strukturen (vgl. ebd.)

Auf diese Wechselwirkung geht auch Lippl in seiner Arbeit ein: Lippl definiert – mit Rückbezug auf Rothstein (1998) – wohlfahrtsstaatliche Arrangements als ein „Bündel verschiedener institutioneller Strukturen, die als Kulturleistung langfristig gewachsen sind und auf menschliches Handeln und Denken zurückwirken“ (Lippl 2003, S. 83).

---

<sup>7</sup> Eine weitere Unterscheidung in Bezug auf soziale Sicherung ist das Beveridge- und Bismarck-Modell, welches eine Alternative zum Konzept von Titmuss darstellt (Bonoli 1997; Ferrera 1993 zit. nach Mau/Verwiebe 2009, S. 54). Demzufolge sieht das Beveridge-Modell keine größere staatliche Fürsorge vor und macht somit private Vorsorge zu einem zentralen Punkt in Bezug auf soziale Sicherung. Das Bismarck-Modell hingegen verspricht Personen, welche bereits einen hohen Status auf dem Markt haben, auch mittels staatlicher Sicherung entgegen zu kommen (vgl. Mau/Verwiebe 2009, S. 54f).

**Abbildung 2: Wechselwirkung zwischen Struktur und Handeln**



**Quelle: Lippl 2003, S. 85 nach Treibel 1993, S. 243f**

Wie die oben abgebildete Grafik zeigt, wird hierbei angenommen, dass sich bestimmte Präferenzen und Gerechtigkeitsäußerungen nicht unabhängig von den jeweiligen Strukturen bilden und somit dem wohlfahrtsstaatlichen Regime eine wichtige Position zugesprochen wird. Andererseits verdeutlicht diese Grafik auch, dass ebenso die sozialen Institutionen und Strukturen nicht unabhängig von den individuellen Meinungen und Präferenzen der Personen existieren (vgl. Lippl 2003, S. 86).

Im nachfolgenden Kapitel sollen nun die jeweiligen Wohlfahrtsstaaten nach dem regimetheoretischen Ansatz vorgestellt und charakterisiert werden.

### **2.2.1 Einteilung der Wohlfahrtsstaaten nach dem regimetheoretischen Ansatz**

Bei Esping-Andersen wird das Konzept der Wohlfahrtsstaaten durch „eine Aufteilung der Verantwortlichkeit zwischen Staat, kollektiver nichtstaatlicher Sicherung (zum Beispiel durch Betriebe) und durch privater Vorsorge“ (Mau/Verwiebe 2009, S. 55) thematisiert. Esping-Andersen geht von einer Dreiteilung aus, welche liberale, sozialdemokratische und konservative Staaten typologisiert. Dabei stellt die Dekommodifizierung ein zentrales Konzept dar, um zu erfassen,

„inwieweit durch staatliche Leistungen der Lebensunterhalt unabhängig vom (Arbeits-)Markt gesichert werden kann, und wird über die Regeln des Zugangs zu Leistungen, die Höhe des Einkommensersatzes und die Reichweite von sozialen Rechten operationalisiert“ (ebd., S. 56).

Ein zweites zentrales Konzept bei der Einteilung der Staaten zu den jeweiligen Typen stellt die Frage nach der Stratifizierung dar. Dabei geht es um die Strukturierung von Ungleichheit, welche anhand der Ausgestaltung der Einkommensverteilung gemessen werden. Auch die Rolle von staatlich-finanzierten Transfers wird dabei miterfasst.

Das dritte zentrale Konzept befasst sich mit der Frage nach der jeweiligen politisch-ideologischen Tradition und der damit einhergehenden Stellung von Staat, Markt und Familie sowie mit der jeweiligen Zuständigkeit und Verantwortung für die Wohlfahrt der jeweiligen BürgerInnen (vgl. ebd.)

Dennoch wurde das Konzept von Esping-Andersen nicht unhinterfragt hingenommen. Eine Reihe von AutorInnen hat sich mit seinem Konzept auseinandergesetzt und hat dahingehend einzelne Elemente kritisch betrachtet und Weiterentwicklungen angeboten.

Einerseits wurde dieses Konzept kritisiert, da nach Kohls Auffassung die einzelnen Länder nicht eindeutig zu den jeweiligen Regimen zugeordnet werden können (vgl. Kohl 1993, S. 75). So wurde unter anderem die Dreiteilung kritisiert, da südeuropäische Länder durch diese nicht erfasst werden können, wie zum Beispiel Italien oder Spanien, in welchen das familiäre Vorsorgesystem stärker ausgeprägt sei als in Ländern des konservativen Regimes (vgl. Ferrera 1998, Leibfried 1992, Lessenich 1994). Ebenso wurden die ehemals kommunistischen Länder bei einigen Autoren als ein eigenes Regime aufgrund des radikalen Systemwechsels und der einzelnen Fragmente aus konservativen und liberalen Elementen verstanden (vgl. Lippl 2003, S. 78; Mau/Verwiebe 2009, S. 59).

Andererseits wurde auch die Frage nach dem Stellenwert der einzelnen Dimensionen gestellt, wonach nach dem Stellenwert der einzelnen Dimensionen gefragt wird oder auch, ob diese Dimensionen für die einzelnen Länder auch die gleiche Bedeutung besitzen (vgl. Offe 1993, S. 83).

Dennoch sei, analog zu Lippl (1997, S. 54), darauf zu verwiesen, dass sich diese Kritiken auf den jeweiligen empirischen „Wahrheitsgehalt“ der Einteilung beziehen, und dementsprechend nicht den Status von Realtypen anstreben. Es handelt sich in seinen Ausführungen um idealtypische Fassungen der einzelnen Regime.

Nachfolgend zeigt die Tabelle (Tabelle 2) eine Zusammenfassung der wichtigsten Charakteristika der einzelnen Regime. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich hierbei lediglich um Typisierungen handelt, die tendenziell die Ausrichtung der einzelnen Staaten zeigen.

**Tabelle 2: Klassifizierung der Wohlfahrtsregime**

	<b>Liberal</b>	<b>Sozial-demokratisch</b>	<b>Konservativ</b>	<b>Mediterran<sup>8</sup></b>	<b>Post-Sozialistisch</b>
<b>Land</b>	Großbritannien	Schweden	Österreich	Italien	Tschechien
<b>Sicherungstyp</b>	Residual, Eigenvorsorge	Universalistische Bürgervorsorge	Status- und Beitragsorientierung	Status- und Beitragsorientierung	Status- und Beitragsorientierung
<b>Primäre Form des Anrechtserwerbs</b>	Bedürftigkeit	Bürgerstatus	Erwerbstätigkeit	Erwerbstätigkeit	Erwerbstätigkeit und Bedürftigkeit
<b>Zielrichtung</b>	Armutsbekämpfung	Gleichheitspolitik	Statuserhalt	Statuserhalt	Rudimentäre Absicherung
<b>De-kommodifizierung</b>	Schwach	Stark	Mittel	Mittel	Schwach
<b>Zentral für Wohlfahrt</b>	Markt	Staat	Familie	Familie <sup>9</sup>	Familie
<b>Soziale Strukturierung</b>	Hoch	Niedrig	Mittel	Mittel	Sehr hoch
<b>Umverteilungskapazität</b>	Schwach	Stark	Schwach	Schwach	Schwach

**Quelle: Esping-Andersen 1990, 1999, Kohl 1993, Lessenich/Ostner 1998, Offe/Fuchs 2007; Umverteilungskapazität: Steuerprogression, Gleichheit der Sozialleistungen nach Mau/Verwiebe 2009, S. 57ff**

In weiterer Folge wird auf die Regime im Einzelnen eingegangen und die Tabelle 2 ausführlicher erklärt.

### *Liberale Wohlfahrtsstaaten*

In dieses Modell fallen zum Beispiel Großbritannien und Irland. Charakteristisch für Länder, welche bei Esping-Andersen dem liberalen Regimetyp zugeordnet werden, ist die Stellung des Marktes als Akteur, welcher ausschlaggebend für die Verteilung innerhalb eines Staates ist.

“[L]iberalism’s ideal of stratification is obviously the competitive individualism that the market supposedly cultivates. [...] Bargaining or contracted private welfare will logically replicate market inequalities, but is also guaranteed to prevail mainly among the more privileged strata in the labor force; it will certainly not address the welfare needs of the most precariously-placed workers. In turn, the liberal social-insurance scheme will, of it sticks to principles, also reproduce the profile of stratification of the market, and it will promote private protection for the more fortune” (Esping-Andersen 1990, S. 64).

Besonders hervorzuheben sei die Ausrichtung auf die Eigenverantwortung der BürgerInnen und die starke Betonung der meritokratischen Überzeugungen (vgl. Alber 2006, S. 7f) Die Freiheit wird in diesem Kontext auch als Wertbezug betitelt (vgl. Lippl 2003, S. 75). Doch auch wenn in liberalen Staaten eine schwache Umverteilungskapazität vorzufinden sei, so darf nicht davon ausgegangen werden, dass der Staat überhaupt keine Aufgaben im Bereich

<sup>8</sup> Wird als Sonderform des konservativen Wohlfahrtsregime angesehen (Ferrera 1996 nach Mau/Verwiebe 2009, 58).

<sup>9</sup> Noch stärker ausgeprägt als in konservativ-ausgeprägten Staaten, da es zwar ebenso ein Sozialversicherungsmodell nach kontinentaleuropäischen Vorbild gibt, aber dieses diverse Sicherungslücken aufweist und familiäre Netzwerke darum einen besonderen Stellenwert einnehmen (vgl. Mau/Verwiebe 2009, S. 58).

der Wohlfahrt übernimmt. Diese Leistungen werden in Folge einer Bedürftigkeitsermittlung (means test) vergeben – jedoch wirke diese Inanspruchnahme dieser sozialen Leistungen stigmatisierend und deren Höhe ist eher gering. Sozialleistungen sollen in dieser Tradition nur als Minimalunterstützung angesehen werden, welche dazu führen sollen, dass sich die Personen, welche diese Leistungen erhalten, einen Anreiz erhalten, um sich schneller wieder am Arbeitsleben zu beteiligen bzw. sich Personen dazu angehalten werden, ihre eigenen Ressourcen auszuschöpfen (vgl. Mau 1997, S. 13). Die Menschen in diesen Ländern sind somit mehr vom Marktgeschehen abhängig als in anderen Ländern, da nur durch einen funktionierenden Markt auch ihre Einnahmen gesichert sind und sie sich nicht auf – durch die Höhe bestimmt - Sozialleistungen verlassen können.

Als eine der zentralen Konfliktlinien in liberalen Wohlfahrtsstaaten gilt jene zwischen den Personen aufgrund unterschiedlich-hoher Einkommen und die jeweilige Schichtzugehörigkeit (vgl. Alber 2006, S. 8).

### *Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten*

Hierunter fallen vor allem Länder aus der skandinavischen Region wie zum Beispiel Schweden. Charakteristisch für diese Wohlfahrtsstaaten ist vor allem die universalistische Ausrichtung und die umfassende Absicherung sowie eine starke Umverteilung (vgl. Alber 2006, S. 8).

Durch die Ausrichtung auf den Bürgerstatus der Personen kann jede Person – unabhängig, ob sie etwas „leistet“ – Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Dies sei einer der gravierenden Unterschiede zu den konservativ-ausgerichteten Wohlfahrtsstaaten. Ebenso wäre durch die eben erwähnte starke Umverteilung dafür gesorgt, dass eine breite Bevölkerungsmasse von diversen sozialen Leistungen und Diensten profitiert und erreicht wird. Dadurch sollen auch soziale Ungleichheiten minimiert werden. Ebenso charakteristisch scheint die Unabhängigkeit vom Markt zu sein – also eine hohe Dekommodifizierung (vgl. Lippl 2003, S. 76). Diese hohe Dekommodifizierung soll eine umfassende Absicherung gegenüber diversen Lebensrisiken bieten und fördert somit eine egalitäre Orientierung, welche im System der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten verankert scheinen (vgl. Rückert 2008, S. 112).

Des weiteren macht Esping-Andersen (1998, S. 45) darauf aufmerksam, dass diese universalistischen Überzeugungen sich ebenso darin zeigen, dass auch ArbeiterInnen mit den gleichen Rechten ausgestattet wie Angestellte und Bedienstete im öffentlichen Dienst: „Jeder profitiert, jeder ist abhängig – und jeder wird sich voraussichtlich zum Zahlen verpflichtet fühlen“ (ebd.).

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zum konservativen Regime ist die Stellung der familiären Vorsorge: Durch die allumfassende Hilfeleistung des Staates wird hierbei nicht darauf gewartet, bis die familiären Vorsorgeleistungen erschöpft sind. Der Staat eilt voraus und stellt seine Hilfeleistungen auch in dem Maße zur Verfügung, als dass er auch „unmittelbar die Verantwortung für die Pflege der Jungen, Alten und Hilflosen übernimmt“ (ebd.).

Doch vor allem in Bezug auf Schweden sei darauf verwiesen, dass aktuelle Analysen schwedischer Sozialwissenschaftler zu dem Ergebnis kommen, dass die oft hervorgehobene Integrationsleistung des Staates abgenommen habe, und so unter anderem Jugendliche oder auch EinwanderInnen marginalisiere. Ebenso wurde auch ein neues Rentensystem eingeführt, welches bestehende Statusunterschiede in das Rentenalter hinein weiter betone. Aktuelle Entwicklungen zeigen somit, dass das Gleichheitspostulat einigen Veränderungen unterliege (vgl. Schmid 2010, S. 239).

### *Konservative Wohlfahrtsstaaten*

Unter die Kategorie der konservativen Wohlfahrtsstaaten zählen unter anderem Österreich und Deutschland. Im Unterschied zum liberalen Regime mögen die Staatsaktivitäten zwar jeweils stärker ausgeprägt sein, aber dennoch kann hierbei nicht von einer universellen Ausrichtung gesprochen werden, wie dies dem sozialdemokratischen Regime zugesprochen wird. Charakteristisch hierbei ist allerdings, dass sich die Bemühungen der Staaten tendenziell dahingehend hinbewegen, die Statusdifferenzen zwischen den BürgerInnen aufrechtzuerhalten, welche durch den Arbeitsmarkt bestimmt werden (vgl. Lippl 2003, S. 75). Dies zeigt auch die Stellung der Erwerbstätigkeit als primäre Form des Anrechtserwerbes (vgl. Tabelle 2). Dies zeigt sich auch darin, dass zum Beispiel der Versicherungsschutz nach dem Leistungsprinzip ausgerichtet ist: Nur erwerbstätige Personen, bzw. Personen mit Mitversicherung oder Selbstversicherte<sup>10</sup> können Ansprüche geltend machen (vgl. Lippl 2003, S. 75).

Durch die Ausrichtung auf Statuserhalt wird diesem Regime auch eine eher schwächere Umverteilungskapazität zugesprochen als zum Beispiel dem sozialdemokratischen Regime. Außerdem werden traditionelle Familienformen präferiert und begünstigt (vgl. Esping-Andersen 1998, S. 44).

---

<sup>10</sup> Obwohl private Versicherungen und betriebliche Zusatzleistungen eine eher kleinere Rolle spielen im konservativen Regime (vgl. Esping-Andersen 1998, S. 44).

### *Mediterrane Wohlfahrtsstaaten*

Länder wie Italien oder auch Spanien werden dem mediterranen oder auch rudimentären Regime zugerechnet. Dieses Regime wird auch deshalb teilweise rudimentär genannt, da sich bei diesen Staaten die sozialen Institutionen später und nicht im gleichen Maße entwickelt haben, wie bei den anderen Staaten des konservativen Regimes (vgl. Alber 2006, S. 9). Zwar waren bei der Erstkonzeption Esping-Andersens Länder wie zum Beispiel Italien noch dem konservativen Regime zugerechnet, aber seit Ferrera (1996) werden südeuropäische Länder vermehrt einem eigenen Regime zugeschrieben. Dabei ist unter anderem charakterisierend, dass hierbei vor allem der Stellenwert der Familie als Absicherungssystem einen höheren Stellenwert einnimmt als im Vergleich mit dem konservativen Regime (Mau/Verwiebe 2009, S. 58). Ebenso wird in diesen Ländern der Kirche (neben der Familie) ein hoher Stellenwert zugesprochen in Bezug auf die Wohlfahrtsproduktion (vgl. Alber 2006, S. 9).

### *Postsozialistische Wohlfahrtsstaaten*

Hierunter fallen Länder wie die Tschechische Republik, Ungarn oder Polen. Neben dem mediterranen Regime fand auch das postsozialistische Regime keine Bedeutung bei Esping-Andersens Ausarbeitungen. Dabei – so Mau und Verwiebe (2009, S. 59) – wird das osteuropäische Wohlfahrtsregime durch eine Mischung aus konservativen und liberalen Regimeelementen geprägt. So zeige sich das konservative Element dadurch, dass hier ebenso ein auf Sozialversicherung hin ausgerichtetes System vorzufinden ist, welches sich durch die Beiträge von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen finanziert. Analog ist ebenso die Familie als zentrales Element für den Wohlfahrtsstaat hervorzuheben, was darauf hinweist, dass das familiäre Netzwerk einen hohen Stellenwert in Bezug auf Vorsorge einnimmt. Andererseits zeigen sich auch Elemente aus dem liberalen Regime: Dies zeigt sich unter anderem an der schwachausgeprägten Umverteilungskapazität.

Nach Rückert (2008, S. 113) ist für dieses Regime vor allem wichtig hervorzuheben, dass hierbei eine Reihe von Transformationseffekten ersichtlich sind und sich die einzelnen Staaten in diesem Regime auch unterschiedlich entwickeln. So zeigt sich zum Beispiel für die Tschechische Republik, dass eine günstige Wirtschaftslage eine gute Basis für den weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates gelegt werden konnte (vgl. Lippl 2003, S. 82). Dadurch wird die Tschechische Republik – neben Polen, Slowenien und Ungarn – als eines jener Länder beschrieben, bei welchem die wohlfahrtsstaatlichen Reformen eher fortgeschritten sind als zum Beispiel in Ländern wie Estland, Lettland oder Russland (vgl. ebd., S. 83).

### 2.2.2 Strukturen der sozialen Ungleichheit im ausgewählten Ländervergleich

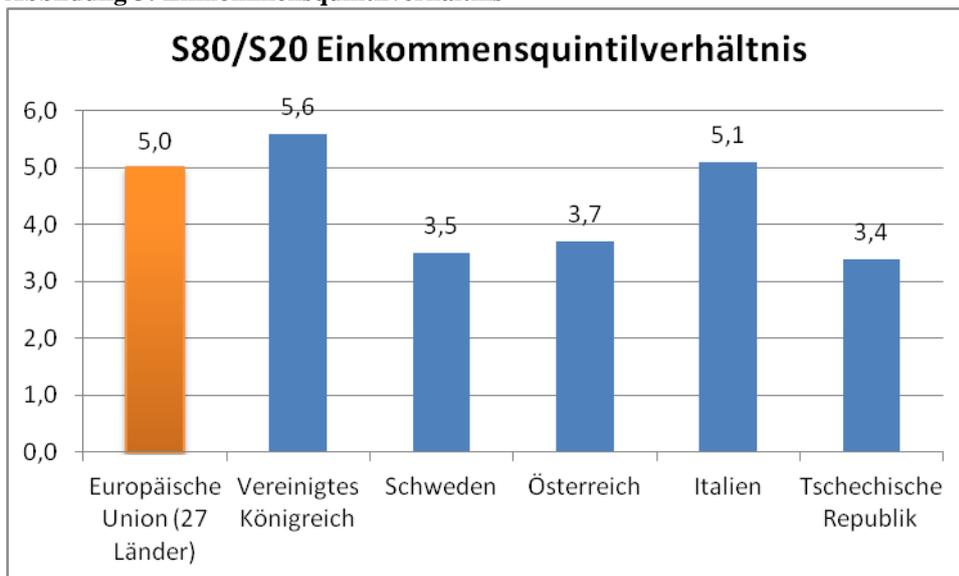
In diesem Kapitel sollen die sozialstrukturellen Merkmale der ausgewählten Staaten präsentiert und verglichen werden. Dabei wird auf folgende Länder Bezug genommen:

- Großbritannien (Liberales Wohlfahrtsregime)
- Schweden (Sozialdemokratisches Wohlfahrtsregime)
- Österreich (Konservatives Wohlfahrtsregime)
- Italien (Mediterranes Wohlfahrtsregime)
- Tschechische Republik (Postsozialistisches Wohlfahrtsregime)

Dabei wird in diesem Kapitel<sup>11</sup> vor allem auf die Themen der Einkommensungleichheit in den jeweiligen Nationen, sowie auch auf deren jeweiligen Sozialleistungsanteil eingegangen.

Zuerst sei auf das Einkommensverhältnis von dem obersten Fünftel und dem unterstem Fünftel der Bevölkerung – gemessen an der Höhe des Einkommens – verwiesen:

Abbildung 3: Einkommensquintilverhältnis



Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat (Jahr: 2008) – Tabelle ilc\_di11 (Einkommensquintilverhältnis)

Unter „Einkommen“ wird das Netto-Äquivalenzeinkommen verstanden. Dabei stellt dieser Vergleich des obersten mit dem untersten Quintil einen Indikator dar, welcher im Bereich des EU-Strukturindikatorenvergleiches herangezogen wird. Die Schwäche dieses Indikators liegt

<sup>11</sup> Dieses Kapitel bezieht die herangezogenen Daten aus dem Jahr 2008, da der ISSP-Datensatz, welcher in späterer Folge zur Berechnung herangezogen wird, die Daten 2008/2009 erhoben hat.

jedoch darin, dass man hierbei mit einer Unterschätzung rechnen muss, durch die teilweise schlechte Abbildung der besonders hohen Einkommensklassen (vgl. Statistik Austria 2012).

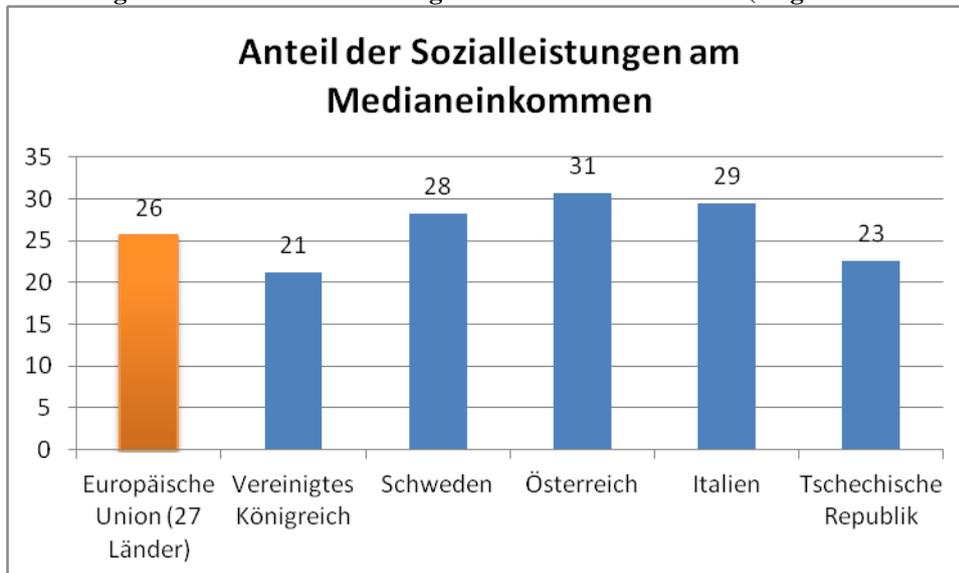
Hierbei zeigt sich im direkten Vergleich, wie hoch der Ratio der einzelnen Länder ist. Dabei ist ersichtlich, dass vor allem Großbritannien – gemessen am EU27-Durchschnitt – einen erhöhten Ratio vorweist, und somit die Einkommensungleichheit nicht nur höher ist als im Durchschnitt der EU27, sondern auch höher als jener in den übrigen vier Nationen.

Auch Italien liegt nahe beim EU27-Durchschnitt mit einem Ratio von 5,1. Die übrigen drei Länder (Schweden, Österreich und Tschechien) bewegen sich zwischen 3,7 und 3,4.

Dieses Bild zeigt, dass das „reichste“ Fünftel in Großbritannien um ca. 5 Mal mehr Einkommen hat als das „ärmste“ Fünftel; im Vergleich zeigt sich, dass in Tschechien das „reichste“ drei Mal so viel Einkommen zur Verfügung hat, wie das „ärmste“ Fünftel.

In weiterer Folge soll auf den jeweiligen Anteil der Sozialleistungen eingegangen werden, um den Stellenwert der Umverteilung innerhalb der ausgewählten Länder sichtbar zu machen. Dabei wird in folgender Grafik jener Anteil der Sozialleistungen (inklusive Renten und Pensionen) – gemessen am Medianeinkommen – präsentiert:

**Abbildung 4: Anteil der Sozialleistungen am Medianeinkommen (Angaben in Prozent)**



Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat (Jahr 2008) – Tabellen ilc\_di03 (Medianeinkommen), ilc\_di13 (Medianeinkommen vor Sozialleistungen – Renten in Sozialleistungen eingeschlossen)

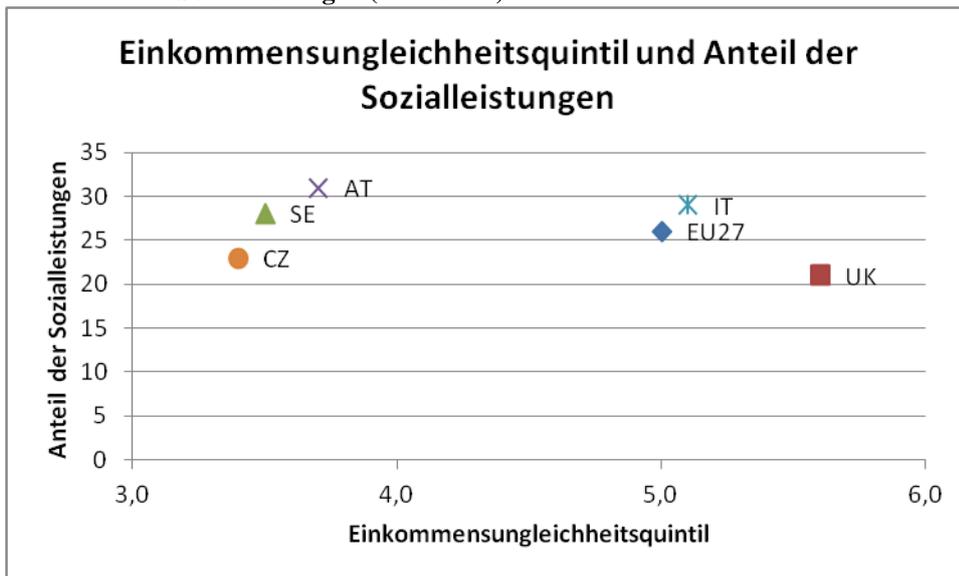
Im EU27-Durchschnitt zeigt sich, dass ca. 26 Prozent des Medianeinkommens aus Sozialleistungen besteht. Dabei ist ersichtlich, dass im Vergleich der fünf ausgewählten Länder vor

allem Großbritannien (21 Prozent) aber auch Tschechien (23 Prozent) unterhalb dieses Durchschnittes liegen.

Den höchsten Wert zeigt hierbei Österreich mit 31 Prozent – somit macht der Anteil der Sozialleistungen am Medianeinkommen fast ein Drittel aus.

Bei der gemeinsamen Betrachtung von den beiden zuvor genannten Kennzahlen zeigt sich folgendes Bild:

Abbildung 5: Zusammenfassung der erwähnten Werte Einkommensungleichheitsquintil (Ratio S80/S20) und Anteil der Sozialleistungen (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Abbildung 3 und Abbildung 4

Auf der einen Seite würden sich bei einer freihändigen Einteilung Österreich, Schweden und Tschechien gruppieren lassen, welche sich durch eine tendenziell geringere Ungleichheit im Vergleich zu Italien und Großbritannien auszeichnet. Auf der anderen Seite stehen besonders Großbritannien und Italien hervor. Großbritannien zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es von den ausgewählten Ländern den höchsten Ratio besitzt und gleichzeitig den geringsten Anteil von Sozialleistungen am Medianeinkommen vorzeigen kann.

Auch Italien zeigt sich im Vergleich zu Österreich, Schweden und Tschechien als doch ungleicher in der Einkommensverteilung. Auf diese „polarisierende Verteilung der Haushaltseinkommen“ verweisen auch Mau/Verwiebe mit Bezug auf Ferrera (1996): Dieser Befund lässt somit auch den Schluss zu, dass Italien (für anderen südeuropäische Staaten zeigt sich ein ähnliches Bild) zu recht zu einem eigenen Wohlfahrtsregime gezählt wird und nicht zum konservativen (vgl. 2009, S. 188).

Merkel (2007b) hat in seinem Artikel zu „Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich“ ein „Ranking sozialer Gerechtigkeit“ der einzelnen wohlfahrtsstaatlichen Regime vorgenommen. Dabei kann auch folgende Reihung Bezug genommen werden:

**Tabelle 3: Ranking sozialer Gerechtigkeit**

Rank	Regimetyyp	Index (ungewichtet)	Index (gewichtet)
1	Skandinavische Wohlfahrtsstaaten	6,46	20,04
2	Kontinentale Wohlfahrtsstaaten	1,91	5,57
3	Angelsächsische Wohlfahrtsstaaten	0,06	0,66
4	Postkommunistische Wohlfahrtsstaaten	-1,02	-3,21
5	Südeuropäische Wohlfahrtsstaaten	-4,53	-14,37

Quelle: Merkel 2007b, S. 246 (OECD Daten 2006) – Gewichtung: Armut 5; Bildung 4; Arbeitsmarktintegration 3; Sozialausgaben 2; Einkommensungleichheit 1; Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit 3

Hierbei handelt es sich um einen Index, welcher sich aus folgenden Bereichen zusammensetzt: Armut, Bildung, Arbeit, Sozialausgaben, Einkommen, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit.

Skandinavische Wohlfahrtsstaaten führen hierbei vor den kontinentaleuropäischen – gefolgt von den angelsächsischen Wohlfahrtsstaaten. Die südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten befinden sich am Ende vor den postkommunistischen.

Die jeweilige Wirtschaftsleistung der ausgewählten Länder lässt sich wie folgt (für das Jahr 2009) darstellen:

**Tabelle 4: Darstellung des Bruttoinlandsproduktes**

Länder	BIP
Österreich	125
Schweden	124
Großbritannien	113
Italien	105
Tschechische Republik	81

Quelle: WKO 2008; BIP pro Kopf – Index EU28=100,

Hierbei zeigt sich, dass Österreich und Schweden ein besonders hohes Wirtschaftswachstum für das Jahr 2008 verzeichnen kann – immer noch über dem EU28-Durchschnitt aber im Mittelfeld der ausgewählten Länder befindet sich Großbritannien. Italien – mit einem Wert, wel-

cher immer noch über dem Durchschnitt liegt – befindet sich am vorletzten Platz vor der Tschechischen Republik.

### **2.3 Empirische Erkenntnisse aus Gerechtigkeits- und wohlfahrtsstaatlicher Akzeptanzforschung**

Wie bereits oben erwähnt, kann Forschung zur sozialen Gerechtigkeit in ein normatives und ein deskriptives Lager geteilt werden. So wie im vorhergehenden Kapitel auszugsweise normative und empirische Ansätze präsentiert wurden, sollen in diesem Unterkapitel Ergebnisse der empirischen Forschung der sozialen Gerechtigkeit vorgestellt werden.

Wegener beginnt seinen empirischen Teil (1995) mit der Frage danach, „ob es gesellschaftsspezifische Grundhaltungen gibt, bestimmte nationale Ideologien, und was sie determiniert“ (vgl. S. 202). Wie in Kapitel 2.1.1 bereits gezeigt, gibt es innerhalb der empirischen Ansätze der sozialen Gerechtigkeitsforschung eine Reihe von Theorien, welche diese Frage als Ausgangspunkt nehmen. Im Folgenden sollen empirische Ergebnisse zur sozialen Gerechtigkeitsforschung präsentiert werden. Ebenso sollen hierbei Ergebnisse aus dem Bereich der Akzeptanzforschung in Bezug auf wohlfahrtsstaatliche Institutionen aufgezeigt werden.

Lippl führt zu dem Verhältnis von Einstellung bzw. Bewertung von bestimmten Sachverhalten und der jeweiligen Handlung der Personen unter Rückbezug auf Meinefeld (1977) an, dass „Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen [...] als soziales Handeln aufgefasst werden [können], da sie, wenn nicht selbst schon als Handeln begriffen, zumindest als handlungsleitend eingestuft werden können“ (2003, S. 8).

Zentral in Bezug auf die Frage über den Zusammenhang von Klassenstruktur und sozialem Bewusstsein im Themenspektrum der Ungleichheitsforschung ist die Arbeit von Max Haller (1989). Haller beschreibt die Entwicklung der fortgeschrittenen Gesellschaften – insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg – als durch zwei Tendenzen gekennzeichnet, welche für den Umstand der sozialen Ungleichheit zentral sind: Zum einen durch das steigende Einkommensniveau; zum anderen durch den starken Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Jedoch hält er entgegen, dass sich die Tatsache der sozialen Ungleichheit in den Gesellschaften nicht geändert habe. Dennoch zeigen sich in diesen Gesellschaften keine starken Widerstände gegen diesen Umstand – hierbei führt er das Stichwort des „hohen Legitimitätsglaubens“ an (vgl. ebd., S. 447f).

Haller geht davon aus, dass die „faktischen Strukturen sozialer Ungleichheit in einer dreifachen Weise gefiltert werden und erst so in das ‚öffentlichen Bewusstsein‘ gelangen“ (vgl. ebd., S. 449):

1. Zum einen hat die jeweilige Kultur einer Gesellschaft Einfluss auf das Werte- und Normensystem.
2. Ebenso spielen gesellschaftliche Institutionen und Kräfte (z. B. auch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen) eine wichtige Rolle bei der Verteilung von Einkommen und Lebenschancen.
3. Zuletzt führt Haller die jeweilige Sozialstruktur einer Gesellschaft an, welche – je nach „Schicht“ spezifische „Wahrnehmungs- und Rechtfertigungsmuster“ aufweist.

Dabei untersucht Haller neun verschiedene Länder (Australien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Ungarn und die Vereinigten Staaten von Amerika) anhand der Daten des ISSP von 1987/1988 und untersucht fünf Teilbereiche: Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit im jeweiligen Land, vermutete Ursachen für individuellen Aufstieg und Erfolg, Funktionen der sozialen Ungleichheit, Wahrnehmung der Konflikte zwischen sozialen Gruppen und mögliche Aufgaben des Staates. Hier sollen nun jene Resultate aus dem Bereich der Ungleichheitswahrnehmung und der vermuteten Ursachen für einen sozialen Aufstieg präsentiert werden.

So zeigt Haller, dass bei der Frage nach der Wahrnehmung der Einkommensunterschiede USA und Australien wesentlich weniger als zu hoch einschätzen als die europäischen Länder, wobei Holland und Schweiz dies im geringeren Maße tun als zum Beispiel Österreich und Italien, welche die Einkommensungleichheit am stärksten als zu hoch bewerten (vgl. ebd., S. 457). Bei der Frage nach den möglichen Ursachen für sozialen Aufstieg zeigt sich, dass vor allem liberale Länder (USA; Australien und Großbritannien aber auch Schweiz) eher persönliche Leistungen als wichtigen Faktor betrachten (ca. 90 Prozent), sowie auch meritokratische Aspekte (ca. 70 Prozent). In den übrigen Ländern fällt diese Bewertung wesentlich geringer aus (vgl. ebd., S. 463ff).

Haller kommt zu dem Schluss, dass sowohl Klassen- und Sozialstruktur, als auch die jeweilige Kultur der Nationen einen Einfluss auf Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit ausüben. Länder mit einer starken Sozialstruktur und einer ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung bewerten soziale Ungleichheiten kritischer als Länder, welche eine eher schwächer wohlfahrtsstaatliche Politik verfolgen bewerten bestehende Ungleichheiten als gerechter (vgl.

ebd., S: 467f). Liebig und Wegener (1995) fassen hierbei zusammen, dass diese beiden Standpunkte (egalitärer Etatismus und Verteilungsindividualismus) sich hierbei gegenüberstehen und die ausgewählten Länder einteilen: Soziale Gerechtigkeit auf der einen Seite in wohlfahrtsorientierten Länder und Individualismus in meritokratischen Länder wie zum Beispiel USA und Großbritannien (vgl. ebd., S. 265).

Die Arbeit Hallers ist unter anderem Ausgangspunkt für eine weitere vielfach erwähnten Arbeiten von Stefan Liebig und Bernd Wegener aus dem Jahr 1995 zum Thema der primären und sekundären Ideologien<sup>12</sup> in Deutschland (Ost- und Westdeutschland werden hierbei getrennt voneinander betrachtet) und USA. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass in Westdeutschland der Etatismus als primäre Ideologie ausgemacht werden könne, während dies in den USA der Individualismus sei. Die sekundären Gerechtigkeitsideologie sind nach den Autoren in Westdeutschland innerhalb der Dienstklasse der Individualismus – in den USA ist die sekundäre Ideologie innerhalb jener Personen, die nicht der Dienstklasse zugehörig sind, der Etatismus. Dabei zeigt sich ebenso, dass man es nicht mit konsistenten Ergebnissen zu tun haben muss, sondern diese sich auch widersprechen können<sup>13</sup> (vgl. ebd., S. 286).

Liebig und Wegener gehen am Ende davon aus, dass gezeigt werden konnte, dass primäre Gerechtigkeitsideologien historisch-ableitbar seien aber innerhalb einer Gesellschaft ebenso sekundäre Ideologien zu finden sind, welche auf strukturelle Gegebenheiten zurückzuführen seien (vgl. ebd., S. 287)

Lippl (2003) untersucht die Frage nach der Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit mit Hilfe des (um den mediterranen und postsozialistischen Regimetyper erweiterten) regimetheoretischen Ansatzes nach Esping-Andersen (1990). Lippls Untersuchung konzentrierte sich auf drei unterschiedliche Bereiche: (1) Wahrgenommene Ungleichheit in der Einkommensverteilung, (2) Allgemeine Einstellung zur sozialen Ungleichheit und (3) Präferenzen der gesellschaftlichen Verteilungsideologien. Dabei zeigen die Ergebnisse, dass ein wohlfahrtsstaatlicher Einfluss festgehalten werden kann: Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten (wie zum Beispiel Schweden) bewerten die Einkommensverteilung aufgrund der sozialen Ausgleichsinterventionen als wesentlich weniger ungerecht als dies in den liberalen, konservativen und mediterranen Wohlfahrtsstaaten der Falls ist. Dies ist aber nicht durchgehend in allen Ländern im gleichen Maße vorzufinden: So zeigt zum Beispiel Frankreich, obwohl es zum konservati-

---

<sup>12</sup> Zum Thema primäre und sekundäre Ideologien vgl. Kapitel 2.1.2.3.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu Kapitel 2.1.2.2 und die theoretischen Annahmen zu „split consciousness“.

ven Regime gezählt wird, dass auch hier eine starke Ungleichheitswahrnehmung zu finden ist (vgl. ebd., S. 244). Bei den postkommunistischen Ländern zeigt sich in der differenzierten Betrachtung, dass hierbei zwei Gruppen ausgemacht werden können: In der Tschechischen Republik, Slowakischen Republik, Ostdeutschland, Bulgarien und Slowenien wird eine „ungerechte Einkommensverteilung“ weniger stark wahrgenommen als dies zum Beispiel in Russland der Fall ist. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen werden teilweise auch mit den jeweiligen Transformationsprozessen erklärt, welcher dazu führen, dass Einkommensungleichheiten stärker wahrgenommen werden (vgl. ebd., S. 176f). In Bezug auf die Untersuchung der Makroindikatoren zeigt sich, dass zum Beispiel die jeweilige Wirtschaftsleistung oder auch die Sozialausgaben eines Landes einen Einfluss auf die Bewertung der Bevölkerung der Einkommensungleichheit haben: Je mehr Wirtschaftsleistung erbracht wird und auch mehr Sozialleistungen verteilt werden, desto weniger Ungerechtigkeit wird auch wahrgenommen (vgl. ebd., S. 245).

Bei der Frage nach der Einstellung der Personen in Bezug auf soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft zeigt sich ebenso ein wohlfahrtsstaatlicher Effekt: In liberalen Ländern ist die Ablehnung von sozialer Ungleichheit weniger stark als in konservativen, sozialdemokratischen und mediterranen Regimestaaten. Dabei geht Lippl in Bezug auf die liberalen Wohlfahrtsstaaten davon aus, dass dies auf die spezifische Leistungsideologie zurückzuführen sei. In den postkommunistischen Ländern, so führt Lippl weiter aus, ist der Unterschied zu den restlichen westlich-kapitalistischen Ländern eher gering. Im Unterschied zur Frage nach der Bewertung der Einkommensungleichheit können bei der Bewertung der sozialen Ungleichheit die Makroindikatoren weniger der Varianz erklären als der jeweilige Regimetyyp (vgl. ebd.).

Bei der Frage nach den jeweiligen Verteilungspräferenzen zeigt sich, dass die liberalen Wohlfahrtsstaaten die meritokratischen Ideale stärker befürworten als in sozialdemokratischen. Andererseits zeigt sich aber auch, dass Etatismus zwar in den Niederlanden als sozialdemokratischer Regimestaat präferiert wird, aber nicht stärker als in Großbritannien, welches eigentlich dem liberalen Regime zugerechnet wird. In den postkommunistischen Ländern zeigt sich, dass während der Transformationsperiode die Zustimmung zur Leistungsideologie zurückgeht und die Gesellschaft generell als etatistischer eingestellt gesehen werden kann als die westlich-kapitalistischen Länder (vgl. ebd., S. 247).

Lippl kommt zur dem Schluss, dass der jeweilige regimetheoretische Ausbau der jeweiligen Staaten einen Einfluss auf die Gerechtigkeitsäußerungen der Menschen hat. In Bezug auf Gerechtigkeitsvorstellungen habe die ideologische Konstitution wohlfahrtsstaatlicher Arrange-

ments einen Einfluss – in der Frage nach konkreten Verteilungsergebnissen haben eher strukturelle Einflüsse einen hohen Stellenwert in Bezug auf die Erklärung (vgl. ebd., S. 248).

Mit Blick auf die besondere Stellung der postkommunistischen Länder (durch den Transformationsprozess) und deren Einstellung zur sozialen Ungleichheit, haben sich gesondert Gert Pickel und Olaf Müller (2006) befasst. Dabei sind die beiden Autoren zu dem Schluss gekommen, dass oft nicht die objektiven Strukturen die Bewertung der sozialen Ungleichheit innerhalb eines Landes beeinflussen, sondern die „situativ-bedingten Faktoren“, wie zum Beispiel eine höhere Einstufung innerhalb des gesellschaftlichen Schichtgefüges oder auch der soziale Aufstieg – dies zeigt sich zum Beispiel in Tschechien (vgl. ebd., S. 3797). Generell folgern die Autoren, dass die Menschen in den transformierten MOEL-Staaten nicht völlig ablehnend sozialer Ungleichheit gegenüber stehen. Dennoch zeigt sich, dass Personen in diesen Staaten dennoch auf soziale Leistungen pochen, um die marktwirtschaftlich-erzeugten Ungleichheiten abzumildern (vgl. ebd., S. 3798).

Vor allem für die Tschechische Republik sei anzunehmen, dass Chancengleichheit von einer Mehrheit der BürgerInnen befürwortet werde. Jedoch wird Verteilungsgleichheit von den wenigsten unterstützt: „Soziale Unterschiede werden dann als gerechtfertigt angesehen, wenn vorhandene Chancengleichheiten nicht genutzt werden“ (vgl. ebd., S. 3795).

Dennoch kommen die Autoren für den gesamten MOEL-Raum zu dem Schluss, dass die Bevölkerung in diesen Ländern den Staat in der Rolle eines Regulatives, zur Beseitigung der durch die Marktwirtschaft erzeugten Ungleichheiten, sehen wollen (vgl. ebd., S. 3798).

Mau (1997), erforscht in seiner Arbeit Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in Deutschland, Großbritannien und Schweden – analog zu dem regimetheoretischen Ansatz nach Esping-Andersen. Die einzelnen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Variable Land hat innerhalb dieser Analyse den höchsten Erklärungswert – zwar weisen auch die Individualmerkmale einen gewissen Erklärungswert auf, aber dennoch ist die Variation zwischen den Ländern doch größer als die Variation zwischen den sozialstrukturellen Gruppen (vgl. ebd., S. 85). Im Ländervergleich ist ersichtlich, dass die Frage nach der Funktion und Ursache von sozialer Ungleichheit durchgehend die eigenen Motivation als „der“ Faktor benannt wird. Das funktionalistische Verständnis zeigt „eine generelle Legitimation durch die Annahme des liberalistisch-meritokratischen Ungleichheitskonzepts“ (ebd., S. 54). Eine weitere Perspektive in Bezug auf die Legitimation von sozialer Ungleichheit betrifft die Frage nach den Faktoren, die es erlauben sozial aufzusteigen. Hierbei zeigen die Ergebnisse, dass

vor allem in Großbritannien das Leistungskriterium jenes ist, welches von den befragten Personen am häufigsten genannt wird und deckt sich mit der Auffassung einer spezifischen „angelsächsischen Kultur“, welche auch bei Haller (1989, S. 464f) erwähnt wird. Aber auch bei den anderen Staaten wird – jedoch im geringeren Maße – das Leistungskriterium am häufigsten genannt.

In Bezug auf die Bewertung der Einkommensungleichheit ist ersichtlich, dass zum Beispiel in Schweden die Bewertung wesentlich weniger kritisch ausfällt, als in den übrigen Ländern. Dies wird damit erklärt, dass durch die bereits geringere Einkommensungleichheit die Personen weniger kritisch auf vorherrschende Einkommensungleichheiten reagieren (vgl. ebd., S. 59). Diese eher unkritische Haltung spiegelt sich auch in Bezug auf die Frage nach gerechtem vs. geschätztem Einkommen: Schweden hat im Vergleich mit den anderen Ländern den geringsten Reduktionswunsch; den höchsten findet man in Großbritannien (vgl. ebd., S. 63).

Bei der Frage nach den erwünschten Aufgaben der Regierung zeigt sich die besondere Stellung von Großbritannien: Die am meisten zugeschriebene Aufgabe an die Regierung ist nach der Meinung der Bevölkerung das Bereitstellen eines Basiseinkommens – die Sicherung der Vollbeschäftigung ist an letzter Stelle, obwohl dies in den anderen beiden Nationen an erster Stelle steht (vgl. ebd., S. 65). Diese Besonderheit des Basiseinkommens spiegelt sich auch mit der Zielrichtung dieses Regimetyps, welche in Tabelle 2 ersichtlich ist.

Ursula Dallinger (2008) untersucht in ihrem Artikel die Frage, ob jeweilige Umverteilungspräferenzen durch kulturelle Leitideen der jeweiligen Regime oder durch nutzenmaximierende Orientierung erklärt werden kann, wobei diese beiden Dimensionen sich nicht unbedingt ausschließen müssen (vgl. ebd., S. 138). Sie vergleicht – ebenso wie Lippl (2003) – fünf verschiedenen Regimetypen. Die Autorin geht davon aus, dass vor allem in liberalen Regimestaaten Umverteilung am wenigsten toleriert werden müsse wohingegen konservative und mediterrane Regimestaaten eine eher mittlere Akzeptanz äußern sollten. Sozialdemokratische und postkommunistische Regimestaaten sollen demnach die Umverteilung am meisten akzeptieren. Des Weiteren soll eine hohe Ungleichheit in einem Land (gemessen am Gini-Index) auch einen hohen Wunsch nach Umverteilung nach sich ziehen, sowie auch ein hohes Wirtschaftsniveau für eine geringere Zustimmung für Umverteilung stehen, da man hierbei von einer Art Sättigung ausgehen könne: Dies sei vor allem in besonders „reifen“ Wohlfahrtsstaaten der Fall, welche im hohen Maße umverteilen. Durch eine weitere Umverteilung würde der Grenznutzen abnehmen, „weil die bereits geringe Ungleichheit der Einkommensverteilung kaum noch Umverteilungsmotive mobilisiere“ (Dallinger 2008, S. 142f). Dabei geht diese

„Sättigungshypothese auf Homans‘ Verhaltenstheorie zurück. Diese (eine von fünf Hypothesen zum sozialen Verhalten) besagt, dass „[j]e öfter eine Person in der nahen Vergangenheit eine bestimmte Belohnung erhalten hat, desto weniger wertvoll wird für sie jede zusätzliche Belohnungseinheit“ (Homans 1972, S. 66 zit. nach Miebach 2006, S. 21). Ebenso wird auf Ebene der Mikroperspektive davon ausgegangen, dass die jeweilige soziale Lage einen Einfluss auf die Umverteilungspräferenz haben könne, wenn zum Beispiel Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und schlechteren beruflichen Chancen eine andere Haltung gegenüber Umverteilungsmechanismen haben als besser gebildete. Auch sei die jeweilige Wertvorstellung ein wesentlicher Faktor in der Erklärung, wie stark Umverteilung innerhalb eines Landes akzeptiert werde.

Dallinger versucht mit dieser Arbeit, sowohl den regimetheoretischen Ansatz als auch einen politisch-ökonomischen Ansatz in die Analyse mit einzubeziehen – die Ergebnisse zeigen, dass sich diese beiden Ansätze durchaus ergänzen und nicht ausschließen (vgl. ebd., S. 154). So zeigt sich, dass – konträr zur median voter-Hypothese<sup>14</sup> – nicht automatisch eine Zunahme der Umverteilungsakzeptanz vorzufinden ist, wenn in einem Land die objektive Ungleichheit steigt; dies ist zum Beispiel bei Großbritannien der Fall. Dies deutet Dallinger als einen Beweis für die jeweilige Wertvorstellung und Ideologie in diesem Regimetyt (vgl. ebd., S. 153). Auch wird der jeweilige persönliche wirtschaftliche Wohlstand (pro Kopf) als ein wichtiger Indikator gesehen: Mit steigenden Einkommen schwächt sich die proaktive Einstellung bezüglich der Umverteilungspräferenzen ab.

Generell meint Dallinger (vgl. ebd., S. 154), dass eine alleinige Betrachtung der Frage nach den beeinflussenden Faktoren zu mehr/weniger Umverteilung alleine nach Regimetyten differenziert nicht genügend Erklärungskraft bieten könne. Man müsse sich auch auf die jeweilige individuelle Ebene konzentrieren und diese vermehrt in die Forschung miteinbeziehen.

Eine Arbeit aus dem Jahr 2010 von Andreas Kuhn untersucht die Umverteilungsnachfrage und die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in Österreich. Dabei geht er unter anderem der Frage nach, ob neben finanziellem Selbstinteresse auch spezifische normativen Überzeugungen dazu beitragen, dass Personen Umverteilung mehr oder weniger unterstützen. Dabei bezieht sich Kuhn auf die Arbeiten von Corneo und Grüner (2002), welche zeigen, dass die jeweilige Überzeugung, ob Einkommen von Glück oder dem persönlichen Einsatz abhängt, ein wichti-

---

<sup>14</sup> Diese Hypothese geht davon aus, dass mit steigender Ungleichheit innerhalb eines Staates auch die Forderung nach mehr Umverteilung einhergehe, da sich hierbei eine größere Masse an Menschen Vorteile erwarten. Diese geht auf Meltzer und Richard (1981) zurück.

ger Faktor in der Umverteilungspräferenz ist: Personen, welche eher dem „Glück“ oder „Schicksal“ die Verantwortung für Einkommensverteilung übertragen, sind eher positiv gegenüber Umverteilung eingestellt, als Personen, die das jeweilige Einkommen mit dem persönlichen Arbeitseifer erklären.

Kuhn (vgl. ebd., S. 232) kommt zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Personen die Einkommensungleichheit in Österreich kritisiert und sich eine „gerechtere“ Verteilung wünschen würden. Dabei sollen vor allem die beiden Enden der Einkommensverteilung eher abgeschwächt werden – also die Schlechtverdiener sollen mehr sowie die Besserverdiener weniger bekommen. Zum Teil erkläre das Selbstinteresse – ebenso aber auch normative Überzeugungen – die Einstellungen gegenüber sozialer Ungleichheit.

Katherina Linos und Martin West (2003) untersuchen die Frage, ob Selbstinteresse oder soziale Überzeugungen die Einstellung gegenüber Einkommensumverteilung bedingen – dabei werden Norwegen, die USA, Deutschland und Australien miteinander verglichen. Dabei beziehen sich die AutorInnen unter anderem auf die Arbeiten von Esping-Andersen, um die nationalen Differenzen erklären zu können. Dabei zeigen die erlangten Ergebnisse, dass Personen, die von Umverteilungsmechanismen profitieren bzw. potentiell davon profitieren könnten (vgl. ebd., S. 399), diesen eher positiv eingestellt sind. So zeigt sich in Deutschland und Norwegen, dass arbeitslose Personen positiver gegenüber Umverteilung eingestellt sind als Personen, welche sich in einem aufrechten Dienstverhältnis befinden.

Bildung als Erklärungsvariable zeige sich als in der Literatur uneindeutig definiert (vgl. Linos/West 2006, S. 399f): Während einerseits argumentiert werden kann, dass mit steigendem Bildungsniveau auch die Wahrscheinlichkeit steigt, mehr Einkommen zu erwirtschaften und sich in einem höheren sozialen Rang zu befinden, und dadurch eine eher ablehnende Haltung eingenommen wird, so wird andererseits argumentiert, dass durch die in der Ausbildung vermittelnden Werte eine proaktive Einstellung gegenüber Umverteilung eingenommen werden könnte. In dem Fall dieser Untersuchung von Linos und West zeigt sich ein hoch signifikanter negativer Wert: Mit steigender Bildung sinkt die Befürwortung von Umverteilungsprozessen. Dieser Effekt verändert sich jedoch nach dem Besuch eines Colleges. Besonders auffallend ist der kurvilineare Zusammenhang in Australien: HochschulabsolventInnen haben eine ähnliche Einstellung gegenüber Umverteilung, wie Personen mit „lediglich“ achtjähriger Schullaufbahn.

Auch das Geschlecht (vgl. ebd., S. 400) wird als ein wichtiger Erklärungsfaktoren angesehen – Frauen sind positiver gegenüber Umverteilungsmechanismen eingestellt. Dies wird in der

Literatur teilweise durch die spezifische Sozialisation erklärt; anderer AutorInnen meinen, dass diese proaktive Einstellung auch dadurch erklärt werden könnte, dass Frauen öfter von diesen sozialstaatlichen Leistungen profitieren als Männer. Dieses Ergebnis zeigt sich in diesen sozialstaatlichen Leistungen profitieren als Männer. Dieses Ergebnis zeigt sich in Norwegen, den USA und Deutschland aber nicht in Australien. Auch die Beziehung zwischen Beziehungsstatus und der jeweiligen Einstellung zeigt, dass der Status „verheiratet“ bei diesen Personen zu einer reaktiveren Einstellung der Umverteilung gegenüber zur Folge hat. Dies trifft auf alle analysierten Länder außer in Norwegen zu. Aus der feministischen Literatur folgern Linos und West, dass das skandinavische Modell es ermöglicht, auch als nicht-verheiratete Person unabhängig von Markt und Familie zu sein.

Auch die Frage nach der jeweiligen Wahrnehmung, ob eine Gesellschaft als prinzipiell offen bezeichnet werden kann, zeigt, dass vor allem in den USA und Australien der Glaube an den jeweils eigenen Einsatz und der eigenen Leistung präsent ist. Diese Ergebnisse decken sich mit der Frage nach der prinzipiellen Einstellung der Umverteilung gegenüber (vgl. ebd., S. 404) – generell als mobil angesehene Gesellschaften gehen eher davon aus, dass die eigene Leistung für den jeweiligen Aufstieg ausreicht wohingegen in Ländern wie Deutschland und Norwegen die eigene Anstrengung nicht im gleichen Maße als zielführend angesehen wird.

### **2.3.1 Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Akzeptanzforschung**

Auch wenn es einige Arbeiten zum Thema der wohlfahrtsstaatlichen Akzeptanzforschung gibt, so existieren auch kritische Meinungen zur jeweiligen Konzeptionalisierung. Betrachtet man die Forschung, welche gezielt auf die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates abzielt, so folgert Ullrich (2000), dass das zentrale Ergebnis eine hohe Akzeptanz dessen zu sein scheint – und dies obwohl die Operationalisierung von „Akzeptanz“ problematisch ist (vgl. ebd., S. 2). Ebenso scheint hierbei problematisch zu sein, dass neben der kritischen Operationalisierung wenig Rückschluss auf die nationalen Unterschiede zwischen den einzelnen Akzeptanzwerten gezogen werden kann (vgl. ebd., S. 3).

Die Beurteilung, ob es die eine wohlfahrtsstaatliche Akzeptanz gibt, macht vor allem vor dem Hintergrund der Bewertung von unterschiedlichen Sicherungssystemen eine kritische Betrachtungsweise nötig: So meint Ullrich, dass in den Bereichen von Bildung und Wohnen noch eine breite Zustimmung zu finden sei – anders verhält es sich, wenn man nach Unterstützung von Langzeitarbeitslosen befragt. Hierbei könne es auch zu einer negativen Beurteilung kommen (vgl. ebd., S. 4). So zeigt sich, dass lediglich bei einer sehr umgreifenden und möglichst allumfassenden Operationalisierung eine breite Zustimmung gefunden werden kann – wohingegen eine gezielte Befragung nach bestimmten Sicherungssystemen durchaus keine

hohe Zustimmung zur Folge haben muss. Das jeweilige Sicherungssystem ist entscheidend – so kann ein Leistungsempfang (zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit) zwar zu einer erhöhten Akzeptanz dieses Sicherungssystems führen – dies muss aber nicht im direkten Schluss bedeuten, dass auch die Akzeptanz für „den“ Wohlfahrtsstaat steigt (vgl. ebd., S. 7).

Auch die Frage nach den einzelnen Erklärungsvariablen ist nicht immer eindeutig zu fassen: Zwar wird angenommen, dass zum Beispiel ein niedrigerer sozialer Status eher zu einer Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistung führe – dies sei aber nach Ullrich nur bedingt der Fall. Stabile und eindeutige Ergebnisse können sich hierbei nicht finden lassen. Auch in Bezug auf soziodemographische Daten kann „lediglich“ die Altersvariable einen relativ beständigen Erklärungswert liefern: Dies führt Ullrich jedoch darauf zurück, dass altersspezifische Leistungen – wie zum Beispiel Renten- und Pensionszahlungen – eher zu einer positiven Akzeptanz führen, da diese Personen eher davon profitieren, als Personen in jüngeren Jahren (vgl. ebd., S. 8). Ebenso die Frage, ob ideologische Wertorientierungen einen möglichen Einfluss auf die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates habe kann wird bei Ullrich eher kritisch betrachtet: Zwar wird der Einfluss von bestimmten Werthaltungen nicht bestritten, dennoch liefere eine Betrachtung von sozialen Werten und komplexeren Ideologien kein einheitliches Bild. Die Frage nach einer jeweiligen Wertorientierung, welche eine höhere oder niedrigere Akzeptanz in Bezug auf „den“ Wohlfahrtsstaat liefere, sei zu komplex, da hierbei dieselben Wertorientierungen auch zu unterschiedlichen Akzeptanzurteilen führen könne. Anders verhalte es sich in Bezug auf die jeweilige Parteipräferenz: Hierbei seien eindeutiger Ergebnisse vorzufinden. Die jeweiligen Unterschiede in den parteipolitischen Unterschieden spiegeln sich auch in den jeweiligen Akzeptanzwerten zu „dem“ Wohlfahrtsstaat. Fraglich hierbei sei allerdings der Erklärungswert, da sich die Unterschiede in den Parteipräferenzen ebenso in den Akzeptanzwerten widerspiegeln (vgl. ebd., S. 9f).

Generell versucht Ullrich aufzuzeigen, dass für eine kohärente Forschung zum Thema der Akzeptanz „des“ Wohlfahrtsstaates eine exakt ausgewiesene und – auf bereits getätigte Forschung hin – gekonnt operationalisierte Forschung notwendig sei, um vergleichbare Ergebnisse liefern zu können. Dies erfordert seiner Meinung nach neben einer grundsätzlichen Definition auch eine differenzierte Betrachtungsweise der einzelnen wohlfahrtsstaatlichen Elemente und eine Spezifikation des Akzeptanzbegriffes (vgl. ebd., S. 16).

Vor allem mit Hinblick auf Vergleichbarkeit ist es also besonders wichtig, genau die jeweilige Konzeption und Dimension der erfragten Ebenen klar offen zu legen. Ebenso kann aus den soeben ausgeführten Punkten Ullrichs gefolgert werden, dass eine vergleichend-angelegte

Analyse einen größeren Erklärungswert hat, als eine „ledigliche“ Analyse, welche sich auf ein Land beschränkt.

## 3 Soziale Mobilitätsforschung

Das folgende Unterkapitel geht auf den Bereich der sozialen Mobilität ein. Dabei wird zu Beginn auf die Grundlagen und Entwicklung der Forschung zur sozialen Mobilität eingegangen. In Kapitel 3.2 wird der Frage nachgegangen, welche Effekte durch die Erfahrung der sozialen Mobilität in der Literatur diskutiert werden und systematisch diskutiert.

### 3.1 Theoretische und methodische Grundlagen der sozialen Mobilitätsforschung

Die soziale Mobilität lässt sich von der räumlichen Mobilität dadurch unterscheiden, da sie sich nicht im geographischen Raum sondern durch Bewegungen zwischen bestimmten Positionen innerhalb der Sozialstruktur vollzieht (vgl. Rössel 2009, S. 280).

Der Hauptfokus der soziologischen Mobilitätsforschung ist die Betrachtung der vertikalen Dimensionen – also die Mobilität zwischen Klasse, Schichten und Statusgruppen. Davon zu unterscheiden ist die horizontale Mobilität, welche sich zum Beispiel auf die Veränderung innerhalb eines bestimmten Niveaus bezieht; also zum Beispiel ein Berufswechsel in derselben Sparte einer Arbeiterin oder eines Arbeiters (vgl. ebd., S. 280f).

Eine weitere wichtige Unterscheidung bezieht sich darauf, ob Mobilität zwischen Generationen, oder ob diese innerhalb eines Lebensverlaufes geschieht: Soziale Mobilität zwischen den Generationen (also zwischen den Kindern und deren Eltern; meist wird hierbei der Vater als Referenz angenommen) wird als intergenerationale Mobilität bezeichnet. Mobilität innerhalb eines Lebenslaufes hingegen wird intragenerationale Mobilität genannt. Letzteres wird vielfach auch Karriere- oder Jobmobilität bezeichnet (vgl. ebd., S. 281).

Da sich diese Arbeit ausschließlich mit der intergenerationalen Mobilität befasst, wird in weitere Folge lediglich davon die Rede sein.

Die Analyse sozialer intergenerationaler Mobilität zeichnet sich nach Groß (2008) als eines der Kernfelder in Bezug auf die Erforschung der sozialen Ungleichheit aus:

„Während soziale Ungleichheit durchaus mit der Vorstellung einer gerechten Gesellschaft kompatibel sein kann, ist die Ungleichheit der beruflichen Chancen mit dem meritokratischen Ideal in keiner Weise vereinbar“ (ebd., S. 117).

Spätestens seit Max Weber wird der Zusammenhang von sozialer Mobilität und der Konstituierung von sozialen Klassen erkannt. Durch die Errichtung von Mobilitätsbarrieren entstehen soziale Klassen, welche Personen von bestimmten Ressourcen abschneiden und somit die

jeweiligen Klassengrenzen anzeigen. Daher folgert Groß, dass Klassengrenzen und Mobilitätsbarrieren sich gegenseitig bedingen (vgl. ebd.).

Die jeweilige Methodik der Erforschung von sozialer Mobilität lässt sich grob in drei Gruppen (oft auf „Generationen“ genannt) einteilen (vgl. ebd., S. 117f):

1. Mit Ende des Zweiten Weltkrieges: Einfachere statistische Auswertungen (Kreuztabellen); vorherrschend ist die Annahme der Industrialisierungsthese (je mehr Industrie, desto mehr Mobilität).
2. Einführung der Pfadanalyse: „Statusattainment-Modell“; Annahme einer Auflösung von Klassen und Schichten und einer Entwicklung einer individualisierten Gesellschaft, welche der Kategorie Bildung eine große Bedeutung zumessen.
3. Zurück zu Klassen innerhalb der Mobilitätsforschung: Vorherrschend ist die Annahme, dass Mobilitätschancen von der Herkunftsklasse abhängen. Methodisch wird mit Übergangsmatrizen und log-linear-Modellen gearbeitet.

Vor allem mit dem Projekt „CASMIN“ (Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations“) wurde die dritte Generation der Mobilitätsforschung etabliert (vgl. Erikson/Goldthorpe 1992; Ishida et al. 1995). Diese Studie zeigt, dass die Mobilitätsraten zwischen den einzelnen Nationen nicht nur recht stabil sind, sondern auch sich darüber hinaus auch nicht im großen Maße voneinander unterscheiden. Gegen diese Ergebnisse stellen sich jedoch Breen und Luijckx (2004) und zeigen, dass ein langsamer Anstieg der sozialen Durchlässigkeit zu verzeichnen ist (vgl. Rössel 2009, S. 292f). Andere Forschungsergebnisse zu diesem Thema zeigen ein ähnliches Bild – so zeigt sich zum Beispiel in Deutschland, dass die deutsche Gesellschaft zwar kontinuierlich „offener“ geworden ist; die höchsten Mobilitätswerte zeigen sich aber in skandinavischen und osteuropäischen Staaten (Ungarn und Polen). Im gleichen Maße wie Deutschland findet man auch in Frankreich und Italien eine eher geringere Mobilitätsrate (vgl. ebd., S. 293). Auch Großbritannien hat im Vergleich der 1970er bis 1990er Jahre eine eher niedrigere Mobilitätsrate. Diese Veränderungen gehen aber auch mit der Veränderung von Berufsstrukturen (u.a. Ausbau des Dienstleistungssektors und Bildungsexpansion) und anderen Transformationen (wie zum Beispiel in den MOEL-Ländern) einher (vgl. Mau/Verwiebe 2009, S. 153).

Dabei zeigen Mau und Verwiebe weiter, dass bei diesen Mobilitätsraten – getrennt nach Frauen und Männern –, die Aufstiegsmobilität in Europa höher ausfällt als die Abstiegsmobilität.

Vor allem in den Niederlanden und Schweden ist dies der Fall; dagegen ist dies nicht so in Polen und Frankreich: Für Polen wird hierfür eine starke Reproduktion der jeweiligen Statuspositionen verantwortlich gemacht; auch in Frankreich wird die vergleichsweise niedrige Aufwärtsmobilität mit starren Klassengrenzen interpretiert. Abstiegsmobilität findet bei Männern weniger häufig statt: Staaten, in welchen häufiger Abstiegsmobilität zu finden ist sind unter anderem Großbritannien und Polen. Weniger Abstiege gibt es in Relation in Deutschland und Italien (vgl. 2009, S. 154).

Die Mobilitätsraten der Frauen ähneln denen der Männer – jedoch muss hierbei auf Einschränkungen im Erwerbsalter hingewiesen werden (zum Beispiel durch eine geringere Erwerbsquote oder auch eine geringerer Wochenarbeitszeit). Im Unterschied zu den Männern zeigt sich allerdings, dass die Unterschiede zwischen Auf- und Abstieg nicht im gleichen Maße ausgeprägt sind: Besonders viele Aufstiege von Frauen zeigen sich in den 1990er Jahren in Ungarn und Italien – Abstiege im gleichen Zeitraum in Schweden und Großbritannien (vgl. ebd., S. 155).

Dieser „Anpassungsprozess“ zwischen Männern und Frauen wird dadurch erklärt, dass sich eine Verschiebung in den jeweiligen Wirtschaftssektoren vollziehe: Ausbau der Dienstleistungsbranchen und das gleichzeitige Schrumpfen des Landwirtschaftszweiges (vgl. ebd., S. 156).

Die vorhin präsentierten Ergebnisse und methodischen Exkurse zum Thema der sozialen Mobilität waren auf jene im Bereich der „objektiven sozialen Mobilität“ bezogen. Daneben gibt es eine andere – weniger prominente – Herangehensweise: Die Erfragung der subjektiven sozialen Mobilität auf Basis der Selbsteinschätzung der befragten Personen:

„[T]hat what matters is people’s subjective belief that they moving up or down in the world. Thus understanding not only how people have actually risen or fallen in status compared to their fathers but also how much they *think* their status has changed may help us understand more about attitudes and behaviours influenced by social mobility and why social mobility affects them” (Kelley/Kelley 2009, S. 1).

Diese Arbeit schließt sich dieser Annahme an – nämlich, dass nicht nur der objektive Auf- oder Abstieg bestimmte Verhaltens- und Bewertungsmuster beeinflussen kann, sondern auch, dass durch das jeweilige Bewusstsein (also die subjektive soziale Mobilität), selbst aufwärts- oder abwärts mobil zu sein, einen Einfluss haben kann.

Dabei gehen Kelley und Kelley noch einen Schritt weiter und untersuchen, welche Variablen die subjektive soziale Mobilität beeinflussen (anhand der Daten des ISSP von 1999). Ihr Er-

gebnis lautet, dass die objektive Mobilität (also der objektive Vergleich von Elterngeneration und deren Kinder) einen Einfluss hat: Objektive Mobilität ist der Haupteffekt auf subjektive Mobilität. Doch ebenso lässt sich erkennen, dass die Bildung der Eltern einen negativen Effekt auf die subjektive Mobilität hat: Je höher gebildet die Eltern der Befragten sind, desto niedriger stufen sich die Befragten bei der subjektive Mobilität ein. Einen positiven Zusammenhang zeigt sich darüber hinaus noch bei der eigenen Bildung, dem eigenen Einkommen sowie der Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes. Der Zusammenhang von Wirtschaftsleistung und der subjektiven Mobilität zeigt, dass mit steigendem BIP auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sich die Befragten eher höher in Referenz zum Vater einstufen (vgl. ebd., S. 8).

Ebenso zeigen Kelley und Kelley, dass subjektive Mobilität als Variable ihre Legitimation dadurch erhält, dass sie Einfluss auf die subjektive Klasseneinstufung und gerechte Entlohnung hat: Personen, die sich selbst als aufwärtsmobil einstufen identifizieren sich auch eher mit einer höheren Klasse als jene Personen, die sich selbst als eher sozial abwärtsmobil einstufen. Dieser Befund geht einher mit vergangenen Untersuchungen (Jackman/Jackman 1973; Evans/Kelley 2004), nachdem Einkommen, Bildung und die Klassenposition die eigene subjektive Klassenidentifikation formt (vgl. Kelley/Kelley 2009, S. 11).

Auf Grundlage dieser Ausführungen von Kelley und Kelley verfolgt diese Arbeit das Ziel, die subjektive soziale Mobilität der Personen als Variable heranzuziehen. Wie vorhin gezeigt wurde, hat dies den Vorteil, dass hierbei das eigene Bewusstsein der Personen über ihren sozialen Mobilitätsverlauf mit einbezogen werden kann. Ein weiterer Vorteil ist, dass durch Heranziehen der subjektiven sozialen Mobilität die multivariate Berechnung einfacher zu vollziehen ist, als dies mittels objektiver sozialer Mobilität möglich wäre.

### **3.2 Empirische Ergebnisse zu Folgen bedingt durch Mobilitätserfahrungen**

Für diese Arbeit ist die Frage nach dem Effekt der Mobilitätserfahrung in Bezug auf die Wahrnehmung der Einkommensungleichheit entscheidend. Daher soll in diesem Unterkapitel auf jene Arbeiten eingegangen werden, welche sich ebenso mit der Frage nach dem Effekt der sozialen Mobilität auf Wahrnehmungen und Bewertungen auseinandersetzen. Die nachfolgenden Studien beziehen sich auf die Frage, ob der Prozess der sozialen Mobilität einen nachweisbaren Effekt aufzeigt<sup>15</sup>.

---

<sup>15</sup> Bei den einzelnen Studien wird soziale Mobilität unterschiedlich operationalisiert: In den meisten Studien wird die objektive soziale Mobilität herangezogen – einige Studien (vor allem jene, die in Kapitel 3.2.2 behandelt werden), ziehen teilweise subjektive soziale Mobilität anstatt der objektiven sozialen Mobilität als Variable heran.

### 3.2.1 Grundlegendes zum Effekt soziale Mobilität auf politische Präferenz

Die Forschungslandschaft in Bezug auf die Erforschung des Effektes der sozialen Mobilität auf verschiedene Bereiche des Lebens ist (wie bereits in der Einleitung erwähnt) – zumindest im deutschsprachigen Raum – relativ dünn besiedelt. So machte auf diesen Umstand Petra Stein (2006) aufmerksam.

In anderen Ländern kann man jedoch einige Arbeiten zu dieser Thematik finden. So sollen in diesem Unterkapitel auf einige ausgewählte Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden, welche für diese Arbeit relevant sind. So gibt es unter anderem Studien zum Verhältnis von sozialer Mobilität und Lebensstile (Stein 2006), sozialer Mobilität und der Beziehung zu ethnischen Minderheiten (De Graaf et al. 2001), soziale Mobilität und Geburtenrate (Sobel 1985) oder auch Untersuchungen zum Verhältnis von sozialer Mobilität und Zufriedenheit (Laslett 1971, Marshall/Firth 1999). In diesem Kapitel soll jedoch der Fokus auf jene Untersuchungen liegen, welche sich mit der Beziehung von sozialer Mobilität und der politischen Präferenz auseinandersetzen, da die Schlussfolgerung gezogen werden kann, dass mit einer bestimmten Präferenz für eine politische Partei oder Tradition auch eine bestimmte Überzeugung in Bezug auf Umverteilungsprozesse zu entnehmen ist und in weiterer Folge dies auch etwas über die Bewertung der jeweiligen Einkommensungleichheit aussagen kann.

Einer jener Aufsätze, welcher als wichtig für weitere Forschungen in Bezug auf die Überprüfung des Einflusses der sozialen Mobilität auf die politische Präferenz darstellt ist die Untersuchung von Weakliem (1992): Die Hauptfrage in dieser Arbeit ist jene, die zu untersuchen versucht, ob aufwärtsmobile Personen ihr Wahlverhalten eher den Zielgruppen anpassen als abwärtsmobile. Dabei untersuchen Sie Daten aus USA und Westeuropa. Weakliem kommt zu dem Schluss, dass es zwar einige Hinweise auf die Effektivität der sozialen Mobilität auf die politische Sozialisation gibt, aber diese keine Eindeutigkeiten liefern. Dabei werden vor allem auf die Restriktionen der Methoden Bezug genommen. Der These von Lipset und Bendix (1959) und Parkin (1971), dass soziale Aufwärtsmobilität dem rechten Parteien zu gute kommen soll, konnte in dieser Arbeit aber nicht bestätigt werden (vgl. ebd., S. 162).

Die Arbeit von Weakliem (1992) war unter anderem auch eine der wichtigen Bezugsquellen von De Graaf, Nieuwbeerta und Heath (1995), die der Frage nachgegangen sind, welchen Einfluss intergenerationale Mobilität auf Parteipräferenzen hat. Dabei haben sie sich einer cross-national-Analyse bedient, welche USA, Großbritannien, Niederlande und Deutschland

für die Periode von 1964 bis 1990 miteinander vergleicht. Die Autoren gehen dabei davon von einer Reihe von verschiedenen Hypothesen aus, welche die Konsequenzen der sozialen Mobilität in Bezug auf das jeweilige Wahlverhalten versuchen zu erklären. Dabei beziehen sie sich – im Rahmen der Mikroeffekte – zuerst auf Downs (1957) und seine These der „*instrumental theory*“:

„The basic idea here is that voting behavior is rational and self-interested: People vote for the party whose policies will bring them the greatest utility in the future. [...] [L]ower social classes have an interest in redistributive policies, which are typically espoused by left-wing parties, while members of higher classes have an interest in opposing such policies (ebd., S. 999)

Nach dieser These, so meinen die Autoren, müssten mobile Personen jene Wahlpräferenz vertreten, welche näher bei jener angesiedelt ist, welche auch in der Zielgruppe vertreten wird (vgl. ebd., S. 1000). So müsse man davon ausgehen, dass aufwärtsmobile Personen dann die jeweilige Einkommensungleichheit weniger negativ beurteilen, wenn dies in der Zielgruppe ebenso der Fall ist.

Die zweite Theorie in dieser Arbeit ist jene, die auf Heath, Jowell und Curtice (1985) zurückgeht. Nach dieser „*expressive theory*“ wird die Wahlentscheidung mehr als ein sozialer Akt beschrieben – nicht als ein instrumentaler. Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich politische Identitäten sich durch die Interaktion mit anderen formen. Dadurch seien Wahlpräferenzen ein Ausdruck dieser jeweiligen politischen Identität und beinhaltet dadurch die Normen und Werte der jeweiligen Referenzgruppe, mit welcher diese Person in Interaktion steht (vgl. De Graaf et al. 1995, S. 999). Nach dieser These nach, habe die soziale Herkunft einer Person eine gewichtige Rolle, da diese die politische Sozialisation beeinflusse. Andererseits gehen die Autoren davon aus, dass hierbei auch das Alter einer Person eine wichtige Variable sei, da mit steigendem Alter und wachsender Distanz zur sozialen Herkunft der Einfluss der sozialen Herkunft zu Gunsten der Zielgruppe verschwindet, auch wenn diese Prozesse der Akkulturation eher langsam verlaufen (vgl. ebd., S. 1000).

Eine andere Theorie, welche auf Lipset (1960) zurückgeht, wird bei De Graaf, Nieuwbeerta und Heath „*status maximization hypothesis*“ genannt: Diese geht davon aus, dass aufwärtsmobile Personen schneller Werte und Normen der Zielgruppe übernehmen als abwärtsmobile Personen. Die Annahme hierbei lautet, dass Personen ein Interesse daran haben, sich eher jenen Gruppen zugehörig zu fühlen, die einen höheren Status innehaben und sich hierbei – je nach Grad der soziale Mobilität – somit besser oder schlechter im Prozess der Normen- und Werteübernahme eignen (vgl. ebd., S. 1000). Diese These wurde so auch bei Clifford und

Heath (1993) getestet – sie kommen zu folgendem Ergebnis: „Asymmetrical mobility effects are found on voting for the Labour party, the downwardly mobile from the salariat being more likely to retain the voting patterns of their class of origin than are the upwardly mobile into the salariat“ (ebd., S. 51).

Mit Hinblick auf Makroeffekte gehen die Autoren des weiteren davon aus, dass eine Interpretation des Kontextes ausschlaggebend dafür sein kann, wie die Beziehung zwischen der sozialen Mobilität einer Person und Wahlpräferenz beschaffen sein kann. Die „*compositional interpretation*“ geht davon aus, dass durch den Zustrom neuer mobiler Personen die demographische Homogenität innerhalb der Zielgruppe abnimmt, wobei wichtig ist, dass es hierbei auch davon abhängt, mit welcher Präferenz die „Neulinge“ ausgestattet sind, da sich Ähnlichkeiten nicht messen lassen (vgl. De Graaf et al., 1995, S. 1002). Eine andere Überlegung geht von dem umgekehrten Fall aus: So sei die Beschaffenheit der Herkunfts- und Zielgruppe beachtenswert in Bezug auf die Interpretation dieser Beziehung. Hierbei beziehen sich die Autoren auf Weakliem (1992, S. 155, zit. nach De Graaf et al. 1995, S. 1002), welcher hierbei folgende Annahme vertritt:

„Effects of origin and destination class may vary according to the nature of socialisation of different classes. Some social groups (classes) may have a strong culture which places a definite stamp on newcomers. [...] Other groups (classes) may have little sense of common identity and consequently little impact on the views of new arrivals“

Diese „*contextual hypothesis*“ lautet demnach, dass eine hohe „demographische Identität“ eine Gruppe (oder Klasse) einen stärkeren Einfluss auf Neulinge habe als jene Gruppen, welche eher eine schwächere „demographische Identität“ besitzen. In weiterer Folge ist es den Autoren ebenso wichtig, auch auf nicht-mobile Personen aufmerksam zu machen, da diese, ihrer Auffassung nach, ebenso durch den Mobilitätsprozess anderer beeinflusst werden können. Demzufolge komme es durch den Zustrom mobiler Personen zu jenen Effekt, welcher bei De Graaf et al. als „*contextual hypothesis of the immobile*“ genannt wird – dabei beziehen sich De Graaf et al auf Blau und Schwartz (1984, S. 55). Durch die „Aufweichung“ der Gruppe infolge des Zustroms komme es bei den nicht-mobilen Personen zu Kontakten jenseits ihrer bekannten Normen und Werte und dadurch zu einer Annäherung bzw. Angleichung:

„our ‚contextual hypothesis for the immobile‘ is that the *more left-wing mobility into a class there is, the more likely are the immobile members of the class to have a left-wing political preference*“ (De Graaf et al. 1995, S. 1003)

Durch ihre Analyse kommen De Graaf, Nieuwbeerta und Heath zu dem Ergebnis, dass, in Bezug auf die Mikroperspektive, das Akkulturationsmodell die meiste Erklärungskraft aufweist: Die politische Präferenz einer Person unterscheidet sich von denen der nicht-mobilen Personen. Zum Beispiel zeigen Personen mit der Erfahrung absteigender Mobilität in die Klasse der „manual workers“ eine niedrigere Präferenz für die links-ausgerichteten Parteien als jene Personen, welche keinen Prozess der Mobilität erlebt haben. Ebenso zeigt sich, dass aufwärtsmobile Personen eher eine links ausgerichtete Präferenz zeigen als die nicht-mobilen in den höheren Klassen, wobei dazugesagt werden muss, dass „links-ausgerichtete Parteien“ nicht in allen Ländern gleichbedeutend gesetzt werden kann (vgl. ebd., S. 1009).

Auf der Stufe der Makroeffekte kann ein „compositional effect“ ausgemacht werden: Die Ergebnisse zeigen, dass Mobilität den „demokratischen Klassenkampf“ schwächen kann, aber der endgültige Effekt hänge zuletzt auch von der politischen Beschaffenheit des Zustromes ab. So wird zum Beispiel der Dienstleistungssektor als politisch äußerst heterogen beschrieben – wobei in Europa diese Heterogenität durch den starken Zustrom von rechts-ausgerichteten Personen in den Dienstleistungssektor geschwächt wird (vgl. ebd., S. 1021). In Bezug auf „contextual effects“ konnten weder bei den mobilen noch bei den nicht-mobilen Personen ein Unterschied erkannt werden (vgl. ebd., S. 1022): Dies wird darauf zurückgeführt, dass es innerhalb der Gruppen keine eindeutig-ausmachbaren Grenzen gäbe sowie auch kein enorm-hohes Niveau an in-group Interaktion und niedriges Niveau auch out-group Interaktion.

De Graaf und Nieuwbeerta haben im Jahr 2000 erneut gemeinsam mit Ultee eine Untersuchung zum Effekt der Klassenmobilität auf das Klassenwahlverhalten durchgeführt. Dabei beziehen sie sich konzeptionell auf die in der Untersuchung von 1995 bereits herangezogene „instrumental theory“ als auch auf die „expressive theory“. Das Verhältnis zwischen aufwärts- und abwärtsmobilen wird konzeptionell – mit Rückbezug auf Lipset (1960) – damit gefasst, dass hierbei ausgegangen wird, dass aufwärtsmobile sich schneller anpassen als abwärtsmobile Personen. Die dahinterliegende Annahme lautet, dass eine prestigereichere Position auch eher einen Anreiz stellt, sich auf diese einzustellen als eine weniger prestigereichere Position im Vergleich zur Herkunftsposition (vgl. De Graaf/Nieuwbeerta/Ultee 2000, S. 329f).

Dabei untersuchen sie eine Reihe von westlichen Industriestaaten im Zeitraum von 1961 bis 1990 und kommen zu folgenden Ergebnissen: Im Vergleich zur Untersuchung von 1995 (wo hingegen ein anderes Ländersampel herangezogen wurde) konnte man hier keine eindeutigen Ergebnisse erlangen. Zwar kann der Schluss gezogen werden, dass intergenerationale Mobili-

tät die Wahlpräferenz einer Klasse reduzieren kann, jedoch konnte kein Unterschied zwischen den Ländern gefunden werden (vgl. ebd., S. 341).

Eine weitere Untersuchung von Lindsay Paterson (2008). Die Autorin untersucht drei Fragestellungen in dieser Arbeit: (1) Welchen Einfluss hat die Herkunfts- und Zielgruppe auf politische Einstellungen? (2) Bis zu welchem Grad ist der Einfluss der Herkunftsklasse durch frühe Sozialisation erklärbar? (3) Kann eine Veränderung des Einflusses von Herkunfts- und Zielklasse durch den Mobilitätsprozess (mit der Frage danach, ob jemand in eine höhere Berufsklasse gelangt) erkannt werden? Ihre Untersuchung konzentriert sich auf Großbritannien und verwendet einen Kohortendatensatz mit der Geburtskohorte von 1958.

Paterson kommt zu dem Schluss (vgl. ebd., S. 428), dass die Zielklasse einen stärkeren Einfluss auf Personen in Bezug auf politische Einstellungen hat als die Herkunftsklasse. Ebenso zeigt sich in dieser Untersuchung, dass die frühe Sozialisation der Herkunftsgruppe keine Erklärung bietet: Der Einfluss der späteren Sozialisation in der Zielgruppe formt die politische Einstellung. Auch kommt Paterson zu dem Ergebnis, dass aufwärtsmobile Personen, die sich in einer höheren Berufsklasse befinden und über hohe kognitive Fähigkeiten verfügen<sup>16</sup>, eher von der Zielklasse beeinflusst werden als im Vergleich aufwärtsmobilen Personen mit geringeren kognitiven Fähigkeiten. Das Gegenteil konnte für abwärtsmobile Personen analysiert werden: Hier werden Werte und Einstellungen vertreten, welche von nicht-höher stehenden Berufsklassen vertreten werden. Dies lässt diese Ergebnisse an die Akkulturationsthese von De Graaf, Nieuwbeerta und Ultee (2000) anschließen, da diese Ergebnisse ebenso zeigten, dass der Effekt mit steigender Zugehörigkeit stärker wird.

Ebenso mit Fokus auf Großbritannien untersuchen Andrew Clark und Emanuela D'Angelo (2009) in ihrer Studie in Bezug auf Aufwärtsmobilität den Zusammenhang Zufriedenheit und politischer Präferenz anhand des BHPS-Datensatzes (British Household Panel Survey). Sie kommen zu dem Schluss, dass die politische Präferenz mit dem eigenen sozialen Status korreliert – aber auch der soziale Status der Eltern einen Einfluss habe (vgl. ebd., S. 12). Haben Personen Eltern mit einem hohen sozialen Status, so sind diese Personen auch weniger positiv gegenüber Einkommensumverteilung eingestellt im Vergleich zu Personen mit Eltern deren Status weniger hoch ist.

---

<sup>16</sup> Die kognitive Fähigkeit wurde mittels Überprüfung der Lesefertigkeiten (mit 11 Jahren), mathematischen Fertigkeiten (mit 11 und 16 Jahren) und Schulerfolge zwischen 16 und 18 Jahren gemessen (vgl. Paterson 2008, S. 418).

Entgegen der Annahme, dass mit steigender sozialer Mobilität – und der Zurechnung des Erfolges auf die eigene Leistung (vgl. Schmidt 2010 – siehe Kapitel 3.2.2) – zeigen die Ergebnisse von Clark und D’Angelo, dass Personen, die im Vergleich zu ihren Eltern aufgestiegen sind, positiver gegenüber Einkommensumverteilung eingestellt sind. Ihre solidarische Interpretation dieses Fundes geht davon aus, dass Personen, die wohlmöglich durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen im Bildungsbereich vorangekommen sind, diese auch andere Personen ermöglicht werden sollte. Betrachtet man lediglich den sozialen Status und Rückgriff auf soziale Mobilität zeigt sich ein anderes Bild: Personen mit einem hohen sozialen Status sind eher negativ gegenüber Einkommensumverteilung und politisch eher rechts eingestellt, während aufwärtsmobile Personen eher links eingestellt sind (vgl. Clark/D’Angelo 2009., S. 13f).

### **3.2.2 Einfluss der soziale Mobilität auf die Bewertung von Einkommensumverteilung**

Neben den Untersuchungen zum Verhältnis von sozialer Mobilität auf politische Präferenz gibt es vereinzelt Studien, welche sich mit dem direkten Verhältnis von sozialer Mobilität und der Bewertung von Einkommensverteilung auseinandersetzen.

Alexander Schmidt untersucht 2010 den Zusammenhang von sozialer Mobilität und der Bewertung des Wohlfahrtsstaates – dabei fragt Schmidt danach, ob die individuelle Erfahrung von sozialer Mobilität einen Einfluss auf die Wahrnehmung und Bewertung von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen hat. Hierbei geht der Autor von jenem theoretischen Modell aus, welches auf der Theorie der kulturellen Zuschreibung zurückgeführt werden kann und zieht dabei den ISSP-Datensatz von 1987, 1992 und 1999 heran. Dabei operationalisiert Schmidt soziale Mobilität mithilfe der subjektiven Selbsteinschätzung in Referenz zum Vater. Die zur Analyse herangezogenen Staaten (insgesamt 21) werden anhand eines Multilevel-Ansatzes analysiert. Sein theoretisches Modell baut darauf auf, einen Unterschied zwischen eher individualistischen und kollektivistischen Staaten in Bezug auf die Einstellung zur Umverteilung im Kontext von Mobilitätsprozessen ausfindig machen zu können. Dabei seien individualistische Staaten dadurch geprägt, dass Individuen ihren Erfolge/Misserfolge ihrem eigenen Tun zuschreiben, während in kollektivistischen Ländern der Staat in die Verantwortung genommen wird (vgl. ebd., S: 4). Ebenso habe aber auch der die jeweilige Mobilität einen Einfluss: Aufwärtsmobile Personen sollen weniger positiv gegenüber Umverteilung eingestellt sein, da sie ihren Aufstieg ihren eigenen Bemühungen zuschreiben, während abwärtsmobile Personen positiver eingestellt sein sollten (vgl. ebd., S. 5). Bei dem Zusammenspiel dieser beiden Ebe-

nen geht Schmidt davon aus, dass die Einstellung der Personen nach jeweiligen Mobilitätsgrad gleich sind – jedoch geprägt durch die jeweilige kulturelle Ausrichtung der Gesellschaft. Seine Ergebnisse zeigen, dass die Annahme, dass abwärtsmobile Personen eher positiv gegenüber Umverteilung eingestellt sind, bestätigt werden konnte (bei Frauen und Männer). Bei den aufwärtsmobilen Personen kann Schmidt zeigen, dass lediglich bei den Männern ein signifikantes Ergebnis präsentiert werden kann: Aufwärtsmobile Männer sind reaktiver in Bezug auf Umverteilung. Bei den Ergebnissen zeigt sich auch, dass individualistische Länder weniger häufig Umverteilungsmechanismen unterstützen als kollektivistisch-geprägte Länder (vgl. ebd., S: 15).

Eine Untersuchung, die sich mit der Einstellung zu Einkommensumverteilung, Beurteilung der Gesellschaft in Bezug auf „soziale Gerechtigkeit“ und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen befasst, ist jene von Valdimarsdóttir, Bernburg und Ólafsdóttir (2011). Die AutorInnen untersuchen verschiedene Hypothesen in Bezug auf die Frage, wie die Beziehung zwischen sozial mobilen Personen und der Bewertung des Wohlfahrtsstaates, im Speziellen in Bezug auf Einkommensungleichheit, charakterisiert werden kann.

Dabei können eine Reihe von Vorannahmen ausgemacht werden: Zum einen sei die „vorherrschende“ politische Ideologie ein Faktor, der anzeigt, ob Personen gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Einflussnahmen positiv oder negativ eingestellt sind. Dabei seien Personen, die sich auf der links-rechts Skala eher rechts einteilen tendenziell negativ gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen eingestellt. Ebenso sei das jeweilige Selbstinteresse eine wichtige Variable: Hohe Einkommensgruppen stehen diesen Leistungen eher negativ gegenüber, sowie auch der jeweiligen Geschlechtszugehörigkeit eine gewisse Erklärungskraft zugesprochen wird: Frauen akzeptieren demnach wohlfahrtsstaatliche Eingriffe eher als dies Männer tun. Auch das Alter sei entscheidend, da mit steigendem Alter auch die Bereitschaft zur Akzeptanz steigen soll, was auch mit einem gewissen Selbstinteresse in Verbindung gebracht wird (vgl. hierzu auch Ullrich 2000 bzw. Kapitel 2.3.1 in dieser Arbeit).

Ebenso beziehen sich die AutorInnen auf Linos und West (2003) sowie auf Schmidt (2010) in Bezug auf soziale Mobilität: Personen, die ihren Erfolg der eigenen Anstrengung zuschreiben sind eher negativ in Bezug auf wohlfahrtsstaatliche Eingriffe eingestellt. Dies stellt auch die Haupthypothese in ihrer Untersuchung dar:

„Individuals who have experienced upward mobility, that have better jobs than their parents, are more likely to explain their success in terms of hard work. However, downward mobility, when people have

worse jobs than their parents, is likely to strengthen the idea that external factors determine success” (vgl. ebd., S. 4).

Die zweite Hypothese lautet: „[P]erception of income inequality and unequal opportunities increase welfare state support“ (vgl. ebd., S. 5).

Anhand der Daten des ISSP von 2009 für Island werden diese Annahmen überprüft: Dabei kommen die AutorInnen zu folgenden Ergebnissen: Generell – in Bezug auf die Frage nach der „Akzeptanz“ des Wohlfahrtsstaates – zeigt sich, dass vor allem hohe Einkommensgruppen, hoch gebildete Personen, Männer und Personen, die sich selbst einen mittleren bis hohen sozialen Status zuschreiben, eher negativ gegenüber Einkommensumverteilung eingestellt sind. Mit steigendem Alter steigt jedoch die Zustimmung.

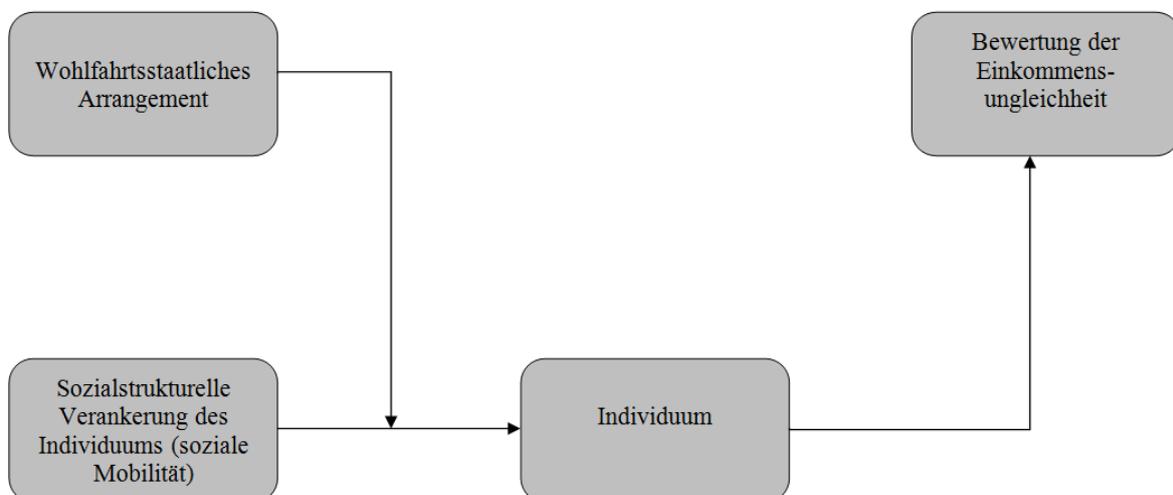
In Bezug auf soziale Mobilität kann gezeigt werden, dass aufwärtsmobile Personen die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft weniger wahrnehmen. Wohingegen abwärtsmobile Personen eher davon ausgehen, dass es innerhalb der Gesellschaft ungleiche Möglichkeiten für Menschen gibt. Dieses Ergebnis unterstützt die Annahme, dass die Erfahrung von Aufwärtsmobilität eine eher individualistischere Überzeugung zur Folge hat während der Prozess der Abwärtsmobilität eine eher kritische Einstellung gegenüber einer „gerechten“ Gesellschaft zur Folge hat. In Bezug auf die Frage nach „Unterstützung des Wohlfahrtsstaates“ konnten allerdings keine Effekte durch soziale Mobilität erkannt werden (vgl. ebd., S. 14).

## 4 Theoretisches Modell – Zusammenführung und Hypothesen

Nach Wegener (1992) ist nicht nur die eigene soziale Position innerhalb einer Gesellschaft entscheidend für die Wahrnehmung von Ungleichheit, sondern auch die jeweilige Beschaffenheit der Gesellschaft selbst (vgl. S. 270). Diese Annahme ist für diese Arbeit zentral: Wie die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft aussieht, wird nicht nur durch die jeweilige soziale Position einer Person innerhalb einer Gesellschaft beeinflusst (und hierbei spielt auf jene Frage eine Rolle, ob auch der Prozess der sozialen Mobilität einen Einfluss hat), sondern, dass auch die Gesellschaft an sich – durch ihre sozialen Institutionen – einen Einfluss auf die Bewertung hat.

Diese Arbeit untersucht nun den Zusammenhang zwischen der jeweiligen Mobilitätsgeschichte einer Person und deren Bewertung der Einkommensungleichheit des jeweiligen Landes. Dabei lässt sich dieser vermutete Zusammenhang wie folgt graphisch darstellen:

**Abbildung 6: Untersuchungsrahmen in schematischer Darstellung**



Quelle: Eigene Darstellung – adaptierte Version von Lippl 2003, S: 35

Analog zu Lippl (2003, S. 86) und seiner Untersuchung geht auch diese Arbeit davon aus, dass die jeweilige Wahrnehmung von Einkommensungleichheit nicht unabhängig von den Strukturen der jeweiligen Staaten und den jeweiligen Kontexten, in welchen diese Personen leben, sind. Lippl (ebd., S. 87) geht des Weiteren davon aus, dass das institutionelle Setting des Wohlfahrtsstaates die Bewertungen von Personen beeinflusst und diese Äußerungen auch immer durch Ihre eigenen Interessen beeinflusst werden. Unter Bezug auf Rational-Choice-Theorien wird hier bei Lippl (ebd., S. 36 mit Bezug auf Esser 1999, S. 95f) auf diesen Um-

stand der eigenen Interessen als richtungsanleitend eingegangen: Die Annahme lautet, dass Personen ihre jeweiligen Bewertungen und Einstellungen zu unterschiedlichen Sachverhalten immer vor dem Hintergrund einer Kosten-Nutzen-Abwägung fällen. Somit ergeben sich Einstellungen zu Einkommensungleichheit auch immer aus dem Umstand heraus, dass „statuspezifische Wahrnehmungen und Interessen“ intervenieren. So seien Personen, welche einen höheren sozialen Status genießen auch weniger negativ gegenüber Einkommensungleichheit eingestellt im Vergleich zu Personen mit einem niedrigeren sozialen Status.

Neben diesen Rational-Choice-Ansätzen spielen noch „altruistische Motive“ eine Rolle, sowie auch „kollektive Rationalität“. Diese drei Bereiche (RC, altruistische Motive und kollektive Rationalität), werden bei Korff (1985) anthropologisch als basale Antriebsstrukturen gesehen (vgl. Lippl 2003, S. 38).

Mit Hinblick auf die Ableitung der Hypothesen für diese Arbeit können nun folgende Annahmen vertreten werden: Wie das oben abgebildete schematische Darstellung des Untersuchungsrahmens (vgl. Abbildung 6) zeigt, wird davon ausgegangen, dass die Bewertung der Einkommensungleichheit sowohl von sozialstrukturellen Faktoren, als auch vom jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Setting beeinflusst.

H1: In Bezug auf die Frage, wie sich soziale Mobilität auf die jeweilige Bewertung ausübt, wird davon ausgegangen, dass sozial aufwärtsmobile Personen ihren eigenen Aufstieg ihren eigenen Anstrengungen zuschreiben und dadurch positiver gegenüber der jeweiligen Einkommensungleichheit eingestellt sind. Damit schließt sich diese Arbeit den hypothetischen Annahmen von Schmid (2010) sowie auch von Valdimarsdóttir, Bernburg und Ólafsdóttir (2011) an. Demzufolge müssten im Gegenzug abwärtsmobile Personen negativ gegenüber der jeweiligen Einkommensungleichheit eingestellt sein, da sie ihre Leistung nicht als relevant erachten und – im Gegenteil zu den aufwärtsmobilen Personen – nicht ihre eigenen Anstrengungen ins Zentrum stellen.

H1.1: Analog zu H1 müsste dadurch die Wichtigkeit des familiären Hintergrundes (also das entstammen einer wohlhabenden und gebildeten Familie) für ein Vorankommen innerhalb der jeweiligen Gesellschaft als eine eher unbeeinflussbare Größe für den jeweiligen Erfolg und das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft als weniger wichtig bewertet werden als bei Personen, welche sich als abwärtsmobil bezeichnen.

H1.2: Der Beitrag der eigenen Leistung müsste demnach von aufwärtsmobilen Personen eine höhere Wichtigkeit zugesprochen werden als bei Personen, welche sich als abwärtsmobil beschreiben.

Dabei ist ebenso die Frage danach zu stellen, welchen Einfluss das jeweilige wohlfahrtsstaatliche Setting einnimmt: Die Ausführungen in Kapitel 2.2 habe die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Wohlfahrtsstaaten gezeigt und ebenso, dass die Ergebnisse der jeweiligen Untersuchungen nicht immer zum gleichen Ergebnis kommen. Des Weiteren wurde in Kapitel 2.2.2 auf die jeweiligen sozialstrukturellen Besonderheiten eingegangen. Die theoretische Annahme hierbei lautet (mit Bezug auf Dallinger 2008), dass neben dem Grad der Einkommensverteilung innerhalb eines Staates auch die jeweilige Wirtschaftsleistung einen Einfluss auf die Bewertung der Einkommensungleichheit hat. Dabei wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass die jeweilige Regimeausrichtung jeweils einen Einfluss nimmt – und dies gepaart mit dem Indikator der Wirtschaftsleistung eines Landes.

H2: Die zweite Haupthypothese lautet demnach, dass Personen in Österreich (konservatives Regime) und Schweden (sozialdemokratisches Regime) die jeweilige Einkommensungleichheit weniger negativ beurteilen (auf Grund der jeweiligen Wirtschaftsleistung und der geringen Einkommensungleichheit gemessen an den Einkommensquintilverhältnis) als Personen in Großbritannien, welche eine höhere Ungleichheit im Vergleich zu den anderen Ländern aufweist, aber dennoch ein relativ hohes Wirtschaftswachstum aufweist. Ebenso wird vermutet, dass die ideologische Einstellung der BürgerInnen die Bewertung beeinflusst, wie dies auch bei Dallinger (2008, S. 153). Das postkommunistische Regime wurde in Kapitel 2.2.1 als eine Mischung aus den konservativen und liberalen Regimetypen gesehen. Daher wird – auf Grund dieser relativen Uneinigkeit – davon ausgegangen, dass dieses nach liberalen Staaten die jeweilige Einkommensungleichheit negativer beurteilen könnte, als das liberale – auch auf Grund der gezeigten Wirtschaftsleistung. Italien als Vertreter des mediterranen Regimes zeichnet sich zwar durch eine leicht überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung aus, aber die staatlichen Interventionen in Bezug auf Sozialleistungen sind eher gering im Vergleich zu konservativen und sozialdemokratischen Regimearten. Auch das „Gerechtigkeitsranking“ nach Merkel (2007b) zeigt, dass das mediterrane Regime an letzter Stelle steht. Deshalb wird die Annahme aufgestellt, dass in diesem Regime die Einkommensungleichheit am stärksten negativ bewertet wird.

Folgende Grafik soll die oben aufgestellten Annahmen und Hypothesen verdeutlichen:

**Tabelle 5: Zusammenspiel über Wohlfahrtsregime und der Mobilitätserfahrung**

		Konservativ	Sozial- demokratisch	Liberal	Post- kommunistisch	Mediterran
Mobilitäts- erfahrung	Aufwärts- mobilität	a	b	c	d	e
	Nicht-mobil	f	g	h	I	j
	Abwärts- mobilität	k	l	m	n	o

Quelle: Eigene Darstellung

Gemessen an der Zustimmung, dass die Einkommensungleichheit zu groß ist:

$$[(a < f < k) = (b < g < l)] < (c < h < m) < (d < i < n) < (e < j < o)$$

$$\text{mit } (a \sim b \sim c \sim d \sim e) < (f \sim g \sim h \sim i \sim j) < (k \sim l \sim m \sim n \sim o)$$

Nach der oben aufgestellten Vermutung über die jeweilige Stärke der Zustimmung bzw. Ablehnung gegenüber Einkommensungleichheit wurden auch die Regimetypen gereiht. konservatives und sozialdemokratisches Regime stehen vor dem liberalen. Das liberale steht vor dem postkommunistischen und dem mediterranen, wobei das mediterrane das Schlusslicht bildet.

In Bezug auf die jeweilige Mobilität soll angedeutet werden, dass aufwärtsmobile – in Relation – tendenziell positiver gegenüber der Einkommensungleichheit eingestellt sind als nicht-mobile Personen. Diese nicht-mobilen Personen sollen wiederum positiver der Einkommensumverteilung eingestellt sein als abwärtsmobile Personen, was durch die angenommene negative Empfindung resultieren soll.

## 5 Daten und Methode

In diesem Kapitel wird zunächst die Datenbasis (ISSP) vorgestellt. Darauf folgt die Operationalisierung der in Kapitel 4 ausgestellten Hypothesen. Zuletzt werden die in dieser Arbeit verwendeten Methoden gezeigt.

### 5.1 Datenbasis – ISSP 2009

Die vorliegende Arbeit nutzt die Daten des ISSP<sup>17</sup> aus dem Jahr 2009. Der ISSP (International Social Survey Program) ist ein jährlich stattfindendes Umfragekooperationsprogramm, welches weltweit 48 Mitgliedsländer umfasst.

Der ISSP zeichnet sich durch fünf Punkte aus, welche die besondere Stellung des ISSP aufzeigen:

1. Dauerhafte und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Ziel einer vergleichenden internationalen Forschung.
2. Freiwilligkeit und Kooperation sind Grundprämissen innerhalb der Erhebung.
3. Jedes Land muss jeweils eigene Ressourcen für die Erhebung aufbringen.
4. Jährlich werden Berichte zu Study Monitoring veröffentlicht sowie auch Berichte zu den jeweiligen jährlichen Umfragen.
5. Der ISSP ist darauf ausgelegt, die Umfragen zu replizieren. Darüber hinaus können neben dem cross-national Vergleich auch Zeitvergleiche angestellt werden.

In dieser Arbeit werden – wie bereits zuvor erwähnt – fünf Länder (nach jeweiliger wohlfahrtsstaatlicher Ausrichtung) ausgewählt. In nachstehender Tabelle werden die Fallzahlen dieser Länder gezeigt:

**Tabelle 6: Ausgewählte Länder samt Fallzahlen**

Land	Fallzahl
Österreich	1019
Tschechien	1205
Italien	1084
Schweden	1137
Großbritannien	958

**Quelle: Eigene Darstellung (nach ISSP 2009)**

---

<sup>17</sup> Informationen abrufbar unter: <http://www.gesis.org/issp/issp-home/>

Neben festen Fragenblöcken werden ebenso jährlich-wechselnde Module einbezogen. Im Jahr 2009 wurde das Modul „Soziale Ungleichheit“ verwendet – dieses wurde ebenso in den Jahren 1987, 1992 und 1999 verwendet. Dieses Modul beschäftigt sich vorrangig unter anderem mit den Themenbereichen Einkommensungleichheit, Legitimierung von Ungleichheit, Einfluss von familiären Hintergrund und Netzwerken sowie auch sozialen Positionen.

## **5.2 Operationalisierung der aufgestellten Hypothesen**

Die in Kapitel 4 beschriebene Hypothese 1 (H1) geht davon aus, dass aufwärtsmobile Personen ihren eigenen Aufstieg durch ihre eigenen Anstrengungen erklären. Daraus sollten diese Personen die Einkommensungleichheit weniger kritisch betrachten sowie auch die Regierung weniger in der Rolle eines „ausgleichenden Elements“ begreifen. Um diese Hypothese überprüfbar zu machen, wird die Analyse in zwei Schritte geteilt:

1. Es werden Gruppenvergleiche durchgeführt, die nach dem jeweiligen Grad (jedoch reduziert auf drei statt der ursprünglichen fünf Gruppen) die Befürwortung eines erzeugten Index zu den Themen „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes für das jeweilige Vorankommen“ und „Wichtigkeit der eigenen Leistung für das jeweilige Vorankommen“ abfragt und so der Frage nachgeht, ob Personen mit unterschiedliche sozialen Mobilitätsgrad hierbei andere Auffassungen vertreten und ob z.B. aufwärtsmobile Personen eher die eigenen Leistungen für das jeweilige Vorankommen bejahen.
2. Mittels logistischer Regression wird die jeweilige Erklärungskraft der subjektiven sozialen Mobilität in Bezug auf die abhängige Variable „Index Einkommensungleichheit“ untersucht. Um etwaige Effekte zu berücksichtigen werden ebenso Kontrollvariablen in das Modell eingefügt.

Hypothese 2 (H2) unterstellt einen Unterschied in Bezug auf die jeweilige wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung. Durch die getrennte Analyse der fünf ausgewählten Länder können die Effekte getrennt berechnet und anschließend verglichen werden. In Kapitel 6 werden hierzu die multivariaten Berechnungen separat durchgeführt und in Kapitel 7 gemeinsam diskutiert.

### **5.2.1 Abhängige Variablen**

Die Indizes setzen sich aus folgenden Variablen zusammen:

**Tabelle 7: Darstellung der Indizes – abhängige Variablen**

Variablen	Starke Zustimmung/Wichtig	Starke Ablehnung/Nicht wichtig
<b>Index „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes für das jeweilige Vorankommen“</b>		
Q1a Getting ahead: How important is coming from a wealthy family?	1	5
Q1b Getting ahead: How important is having well-educated parents?	1	5
<b>Index „Wichtigkeit der eigenen Leistung vor das jeweilige Vorankommen</b>		
Q1c Getting ahead: How important is having a good education yourself?	1	5
Q1d Getting ahead: How Important is having ambition?	1	5
Q1e Getting ahead: How important is hard work?	1	5
<b>Index „Bewertung Einkommensungleichheit“</b>		
Q6a Differences in income in <Rs country> are too large.	1	5
Q6b It is the responsibility of the government to reduce the differences in income.	1	5

Quelle: Eigene Darstellung (2013)

Für die binär-logistische Regression wird eine binäre abhängige Variable benötigt. Aus diesem Grund wurde der Index „Bewertung Einkommensungleichheit“ dichotomisiert. Personen, die bei beiden Variablen (Q6a und Q6b) jeweils zustimmen bzw. stark zustimmen erhalten den Wert 1; alle übrigen Personen fallen in jene Kategorie mit dem Wert 0. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht diese Einteilung.

**Tabelle 8: Dichotomisierung der abhängigen Variable**

		Q6a						
		Starke Zustimmung	Zustimmung	Weder noch	Ablehnung	Starke Ablehnung		
Q6b	Starke Zustimmung	Keine Zustimmung (0)						
	Zustimmung						Zustimmung (1)	
	Weder noch							
	Ablehnung							
	Starke Ablehnung							

Quelle: Eigene Darstellung (2013)

### 5.2.2 Unabhängige Variablen

Um die Frage nach dem Einfluss der sozialen Mobilität auf die Bewertung der Einkommensungleichheit messen zu können, wird die subjektive Einschätzung in Referenz zum Vater erfragt. Dabei haben die befragten Personen die Möglichkeit, zwischen fünf verschiedenen Antwortkategorien auswählen zu können.

**Tabelle 9: Übersicht über die Ausprägungen der unabhängigen Variable „subjektive soziale Mobilität“**

Variablen	Ausprägung Referenzkategorie	Übrige Ausprägungen
Subjektive soziale Mobilität – Verglichen mit dem Beruf ihres Vaters als Sie 14/15/16 Jahre wa- ren ist ihr jetziger Beruf auf wel- chem Niveau?	0 Gleichbleibend	1 Viel höher
		2 höher
		3 Niedriger
		4 Viel niedriger

Quelle: Eigene Darstellung (2013)

Um den Effekt der sozialen Mobilität nicht zu über- oder unterschätzen, werden in den Regressionsmodelle ebenso Kontrollvariablen Einzug finden, um den Effekt der sozialen Mobilität zu überprüfen.

**Tabelle 10: Übersicht über die der unabhängigen Variablen (Kontrollvariablen)**

Variablen	Ausprägung Referenzkategorie	Übrige Ausprägungen
<b>Geschlecht</b>	0 Männer	1 Frauen
<b>Alter</b>	0 21 bis 30 Jahre	1 31 bis 45 Jahre
		2 46 bis 55 Jahre
		3 56 bis 65 Jahre
		4 66 Jahre und älter
<b>Höchst abgeschlossene Ausbil- dung</b>	0 Max. Pflichtschule	1 Post-Pflichtabschluss
		2 Sekundärstufe
		3 Post-Sekundärstufe
		4 Hochschule
<b>Stellung am Arbeitsmarkt</b>	0 Vollzeit	1 Teilzeit
		2 Nicht am Arbeitsmarkt
		3 Arbeitslos
		4 In Ausbildung
		5 Rente/Pension
<b>Einkommen</b>	0 niedrigste Einkommensklasse	4 weitere Einkommensklassen (rekodiert – vgl. Kapitel 6.1)
<b>Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft</b>	0 Weit unten	1 Unten
		2 Mitte
		3 Oben
		4 Weit oben

Quelle: Eigene Darstellung (2013)

Die Verteilung der einzelnen Variablen wird in Kapitel 6.1 gezeigt.

### 5.3 Methodische Vorgehensweise

Bei der hierfür verwendeten abhängige Variable handelt es sich um einen additiven Index. Für die Konstruktion dieses Index werden relevante Items aus dem Fragebogen entnommen und zu einem gemeinsamen Index zusammengeführt.

Die Güte dieses Index wird mittels einer Reliabilitätsanalyse vorgenommen, welche die Zuverlässigkeit des konstruierten Index misst. Der Vorteil eines Index gegenüber einer Einzelvariable zeigt sich darin, dass

„[b]ei im Prinzip nur sehr ungenau messbaren Sachverhalten (z.B. Einstellungen) [...] die (ungewichtete oder gewichtete) Summe (oder der Durchschnitt) der Werte mehrere gleichwertige Messungen ein besseres Schätzwert des ‚wahren Wertes‘ als das Ergebnis einer einzigen Messung [ist]“ (Janssen/Laatz 2010: 585).

Dabei wird davon ausgegangen, dass sich der gemessene Wert sowohl aus einem „wahren Wert“ und einem „Fehler“ zusammensetzt (vgl ebd.)

$$X = w + e$$

Der berechnete Wert gibt nun die Zuverlässigkeit an, „wie genau im Durchschnitt in einer Population der beobachtete Wert dem ‚wahren Wert‘ entspricht“ (ebd.)

Cronbachs Alpha zeigt in weiterer Folge die Güte des jeweiligen Index – dieser sollte idR einen Wert um 0,7 annehmen, wobei dieser Wert nicht bei allen ausgewählten Ländern durchgehend erreicht werden konnte.

$$\alpha = \frac{a}{a - 1} \cdot \left[ 1 - \frac{a}{a + 2b} \right]$$

Nachfolgende Tabelle zeigt die nach Ländern geteilten Alpha-Werte der einzelnen Indizes:

**Tabelle 11: Cronbach Alpha der einzelnen Indizes**

Index	AT	CZ	IT	SE	UK
„Familiärer Hintergrund“	0,701	0,744	0,504	0,716	0,675
„Eigene Leistung“	0,792	0,638	0,492	0,608	0,693
„Beurteilung Einkommensungleichheit“	0,627	0,653	0,710	0,752	0,751

Quelle: Eigene Darstellung (2013)

In weiterer Folge wurden Gruppenvergleiche zwischen den einzelnen Mobilitätsgruppen durchgeführt, umso die jeweilige Zustimmung oder Ablehnung zu den Indizes „Wichtigkeit

des familiären Hintergrundes“ und „Wichtigkeit der eigenen Leistung“ zu erfassen und um etwaige Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zu berechnen.

Da die Voraussetzungen für eine Varianzanalyse nicht gegeben waren (keine metrische abhängige Variable, Verletzung der Normalverteilungsannahme und keine Varianzhomogenität) wurde mit Kruskal-Wallis Tests (auch H-Test genannt) berechnet. Bei dieser Analyseverfahren handelt es sich um einen Rangtest, welcher die Gleichmäßigkeit der Verteilung der jeweiligen Rangplätze untersucht (vgl. Methodenberatung oJ) – die Berechnung sieht folgendermaßen aus:

$$H = \frac{12}{n * (n + 1)} \sum_{j=1}^k \frac{R_j^2}{n_j} - 3 * (n + 1)$$

Post-hoc kann mittels U-Tests (Mann-Whitney-U Test) ermittelt werden, falls der H-Test ein signifikantes Ergebnis liefert, wo dieser Unterschied zu finden ist. Dazu ist es nötig, den Alpha-Fehler zu korrigieren, da jeweils paarweise U-Tests mit demselben Signifikanzniveau zu einer Inflation des Alpha-Fehlers führen würde. Mittels Bonferroni-Korrektur wird diesem Umstand entgegen gewirkt:

$$\alpha_k = \frac{\alpha}{k}$$

mit  $k$  = Anzahl der Paarvergleiche

Bei den Gruppenvergleiche mittels H-Test wurden die Mobilitätsgruppen von fünf auf drei Gruppen reduziert: Dies soll der vereinfachten Lesbarkeit und der pragmatischeren Handhabung bei den jeweiligen post-hoc Tests dienen.

Zuletzt wird mittels logistischer Regression gearbeitet. Die logistische Regression „gehört [...] [in die] Klasse der strukturprüfenden Verfahren“ (Backhaus et al. 2011: 251). Ziel der logistischen Regression ist „die *Ableitung der Eintrittswahrscheinlichkeit* für das empirisch beobachtete Ereignis“ (ebenda).

Im Unterschied zu der linearen Regression, bei welcher die abhängige Variable metrisch sein soll (vgl. ebenda: 56), muss dies bei Berechnungen mittels logistischer Regression nicht der Fall sein (vgl. ebenda: 250).

Der Rechenvorgang einer logistischen Regression sieht wie folgt aus:

$$\ln \left[ \frac{p(y = 1)}{1 - p(y = 1)} \right] = L = b_0 + b_1 * x_1 + b_2 * x_2 + b_n * x_n$$

Hierbei werden die Wahrscheinlichkeiten bzw. das Risiko des Eintretens eines bestimmten Ereignisses berechnet: Das „L“ steht hierbei für „Logits“ und zeigt die logarithmierten Odds (z), welche für die jeweilige Einflussstärke steht (vgl. ebenda: 265).

Damit es zu so einer Berechnung kommen kann, wurden

„[d]ie kategorialen Variablen [...] dabei letztlich in binäre Variablen zerlegt, und für jede dieser sog. *Dummy-Variablen* ist ein eigenständiger Koeffizient zu schätzen, der die Stärke des Einflusses auf die abhängige Variable angibt“ (Backhaus et al. 2011: 251).

Es wird bei den Hilfsvariablen (Dummy-Variablen bei kategorialen Variablen um sie dadurch ins Modell einfügen zu können) immer eine Ausprägung weniger kodiert, als vorhanden ist (Variablenausprägung-1). Diejenige Ausprägung, welche nicht kodiert wird, bildet die Referenzgruppe – diese ist sinnvollerweise nach bestimmten Überlegungen auszuwählen:

„Wichtig sind zunächst *inhaltliche* Überlegungen: Die Referenzkategorie sollte einen aus Sicht der jeweiligen Fragestellung „interessanten“ Vergleich ermöglichen. Das bedeutet, dass die Referenzkategorie z.B. *nicht* die Kategorie „sonstige“ sein sollte, da diese heterogen ist und damit unklar bleibt, zu welchen Merkmalen überhaupt ein Vergleich hergestellt wird. Liegt den Merkmalsausprägungen eine zumindest versteckte Ordinalität zugrunde, wie z.B. bei Berufen, empfiehlt es sich die „niedrigste“ oder „höchste“ Ausprägung zu wählen und somit einen Extremgruppenvergleich anzustellen“ (Fromm 2005: 15)

In den berechneten Regressionsmodellen, sind die jeweiligen Referenzgruppen – in der Klammer vermerkt – ausgewiesen.

Mit den zuvor berechneten Logits (z) wird anschließend mittels Wahrscheinlichkeitsfunktion berechnet, mit welcher Wahrscheinlichkeit die abhängige Variable den Wert 1 annimmt (y = 1). Berechnet wird dies folgendermaßen (vgl. Backhaus 2011: 255):

$$p(y = 1) = \frac{1}{1 + e^{-z}}$$

In den jeweiligen Tabellen der logistischen Regressionen im nachfolgenden Kapitel werden Exp(B)-Koeffizienten, welche die entlogarithmierte Chance zur Referenzkategorie darstellt,

sowie auch die Wald-Statistik, welche ähnlich dem T-Wert bei der linearen Regression anzusehen ist und die Nullhypothese testet.

Um die Güte des jeweiligen Modells abschätzen zu können, wird auf folgendes Kriterium eingegangen (vgl. hierzu Backhaus et al. 2011: 276): Nagelkerkes R-Quadrat zeigt den Anteil der erklärten Varianz; akzeptabel ab 0,2 – gut ab 0,4 – sehr gut ab 0,5. Der Vorteil gegenüber McFaddens-R<sup>2</sup> und Cox und Snell-R<sup>2</sup> liegt in der Tatsache, dass im Gegensatz dazu das Nagelkerke-R<sup>2</sup> auch den Maximalwert von 1 annehmen kann.

Sämtliche Berechnungen wurden mit der Statistiksoftware IBM SPSS Statistics 21 durchgeführt.

## 6 Auswertung

Zu Beginn soll eine deskriptive Darstellung der verwendeten Daten einen Überblick über die Variablen bieten. Darauf folgend (in Kapitel 6.2) wird die Analyse mittels multivariate Analyseverfahren fortgeführt.

### 6.1 Deskriptive Darstellung der herangezogenen Variablen

In diesem Unterkapitel werden die verwendeten Variablen vorgestellt. Dabei wird unterteilt zwischen den abhängigen und den unabhängigen Variablen.

#### 6.1.1 Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen

Der Index der „Bewertung der Einkommensungleichheit“ zeigt, dass sich die Werte über die ausgewählten Länder hinweg ähneln. Dabei gilt hierbei, je höher der Wert ist, desto weniger Zustimmung zu kritischen Bewertung der Einkommensungleichheit im jeweiligen Land.

**Tabelle 12: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen Index „Bewertung Einkommensungleichheit (2-10)“**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Median	4,0	4,0	3,0	4,0	4,0
Mittelwert	3,8	4,0	3,0	4,5	4,5
Standardabweichung	1,6	1,8	1,4	1,9	1,8
N	946	1180	1041	1059	921

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Die nächsten beiden Tabellen zeigen zum einen jenen Index, welcher die Wichtigkeit des familiären Hintergrundes für das jeweilige Vorankommen in der Gesellschaft abfragt bzw. zum anderen jener Index, welcher die Wichtigkeit der eigenen Leistung für das Vorankommen abfragt. Dabei zeigt sich, dass auch hierbei keine großen Unterschiede zwischen den Ländern gefunden werden kann.

Der Index zum familiären Hintergrund ist jedoch bei der Betrachtung des Medians und des Mittelwertes mit tendenziell weniger Zustimmung versehen als der Index zur Bewertung der Einkommensungleichheit (bei einer Spannweite von 2-10).

**Tabelle 13: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variable Index „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes (2-10)“**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Median	6,0	7,0	6,0	7,0	7,0
Mittelwert	5,8	6,7	5,8	6,7	6,5

Standardabweichung	1,7	2,0	1,6	1,7	1,8
N	1003	1187	1007	1084	922

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Der Index zur Wichtigkeit der eigenen Leistung zeigt, dass dieser (neben einer ungefähren Gleichheit der Werte) tendenziell eher in Richtung Zustimmung geht (es handelt sich hierbei um eine Spannbreite von 3-15).

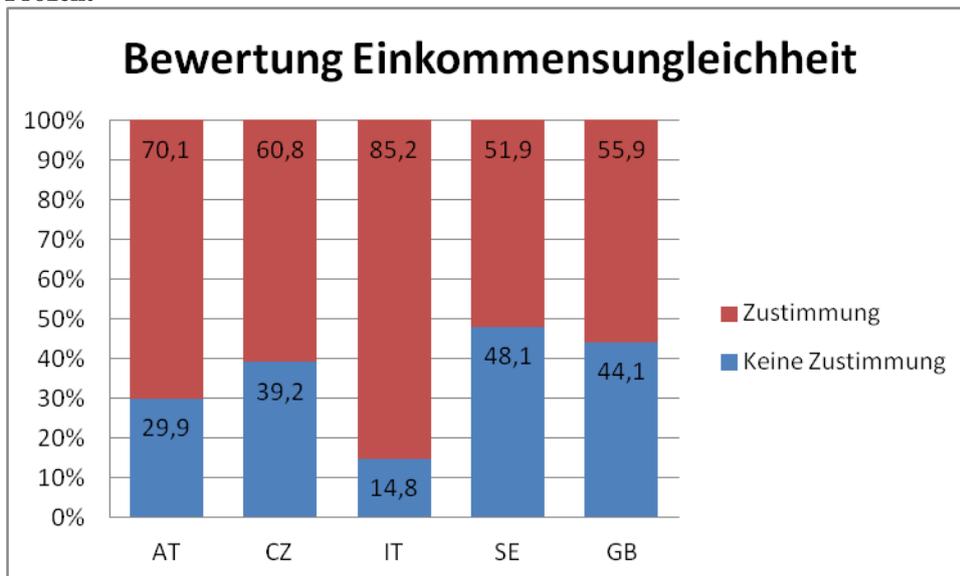
**Tabelle 14: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variable Index „Wichtigkeit eigene Leistung (3-15)“**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Median	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Mittelwert	6,3	6,6	6,4	6,3	6,0
Standardabweichung	2,0	2,2	2,0	1,6	1,8
N	1013	1181	998	1090	938

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Da für die logistische Regression die abhängige Variable dichotomisiert werden musste, wurde – wie in Kapitel 5 gezeigt – diese in „Zustimmung“ und „Keine Zustimmung“ geteilt werden. Hierbei zeigen sich größere Unterschiede in Bezug auf die jeweilige Zustimmung oder Ablehnung einer zu hohen Einkommensungleichheit.

**Abbildung 7: Deskriptive Darstellung der abhängigen dichotomisierten Variable „Einkommensungleichheit zu hoch bzw. Bekämpfung im Verantwortungsbereich der Regierung“ in Prozent**



Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Die größte Zustimmung kann hierbei in Italien festgestellt werden; danach absteigend folgend Österreich, Tschechien, Großbritannien und Schweden.

### 6.1.2 Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variablen

Die subjektive soziale Mobilität der interviewten Personen wird im Rahmen des ISSP im Vergleich mit dem eigenen Vater getätigt. Dabei zeigt sich, dass bei Reduzierung der fünf Gruppen auf drei ca. ähnlich viele Personen aufgestiegen sind; lediglich in Tschechien befinden sich verhältnismäßig weniger AufsteigerInnen. Dafür lassen sich diese in der Kategorie „Gleich“ vorfinden. Die absteigenden Personen unterscheiden sich nicht im großen Maße – der geringste Wert lautet 5,3 % in Schweden; der höchste Wert lässt sich in Großbritannien mit 7,9 % finden.

**Tabelle 15: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Subjektive soziale Mobilität (1-5) in Prozent**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Viel höher	15,3	7,4	10,9	10,5	12,8
Höher	29,0	26,9	36,2	33,8	29,7
Gleich	35,3	42,8	32,3	33,4	31,3
Niedriger	14,8	16,7	15,1	17,0	18,3
Viel niedriger	5,5	6,2	5,5	5,3	7,9
N	946	1081	932	1070	873

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Wie zuvor in Kapitel 5.3 angesprochen werden bei den Gruppenvergleichen die Kategorien reduziert zu „Aufstieg“, „Gleichbleibend“ und „Abstieg“.

Die Verteilung nach dem Geschlecht zeigt eine durchaus ähnliche Verteilung mit einer durchgehenden Mehrheit an Frauen (zwischen ca. 52 % und ca. 56 %).

**Tabelle 16: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Geschlecht“ in Prozent**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Männer	47,4	44,7	45,7	47,8	44,2
Frauen	52,6	55,3	54,3	52,2	55,8
N	1019	1205	1070	1137	958

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Die Altersverteilung zeigt sich ähnlich über die Länder verteilt. Der Altersdurchschnitt bewegt sich von ca. 45 Jahren (Österreich) bis ca. 50 Jahre (Großbritannien). Dies liegt daran, dass in Österreich geringfügig mehr junge Personen und in Großbritannien geringfügig mehr ältere Personen unter den interviewten Personen vorhanden sind.

Die Variable AGE<sup>18</sup> wurde in fünf Kategorien rekodiert – dabei wurden Personen unter 21 Jahren aus der Analyse ausgeschlossen, da sich diese vermehrt nicht im Berufsleben befinden.

**Tabelle 17: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Alter“ in Prozent**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
21 bis 30 Jahre	20,3	16,5	12,8	12,7	13,2
31 bis 45 Jahre	26,2	26,5	26,6	27,2	27,7
46 bis 55 Jahre	23,7	18,6	22,7	19,4	18,0
56 bis 65 Jahre	14,7	22,5	20,2	22,4	20,1
66 und älter	15,2	15,9	17,7	18,2	20,9
<b>N</b>	947	1128	993	1080	931

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Die Variable DEGREE aus dem Datensatz wurde in folgende Kategorien kodiert. Dabei zeigt sich, dass vor allem in Großbritannien mehr Personen mit maximal Pflichtschulabschluss im Datensatz vorhanden sind; der geringste Wert ist in Italien vorfindbar. In Bezug auf Personen mit Hochschulabschluss hat Schweden den höchsten Wert mit ca. 28 %.

**Tabelle 18: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Höchste abgeschlossene Ausbildungsstufe“ in Prozent**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Max. Pflichtschule	18,0	13,7	7,4	17,8	33,2
Post-Pflichtschule	48,1	38,8	31,7	28,1	19,1
Sekundärstufe	19,8	34,7	36,7	16,9	15,7
Post-Sekundärstufe	0	2,9	2,1	9,7	10,8
Hochschule	14,1	10,0	22,2	27,5	21,2
<b>N</b>	1019	1200	1074	1118	891

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Die Variable „Stellung am Arbeitsmarkt“ wurde aus der Variable WRKST kodiert. Dabei setzt sich die Kategorie „Nicht am Arbeitsmarkt“ aus Personen zusammen, welche entweder einer Pflegeverpflichtung nachkommen oder sich selbst als Hausfrau oder Hausmann bezeichnen bzw. sich selbst nicht am Arbeitsmarkt beheimatet sehen jedoch sich selbst nicht als arbeitslos bezeichnen. Die Ausprägung „In Ausbildung“ umfasst sowohl StudentInnen als auch Personen, welche sich in sonstigen Ausbildungsprogrammen befinden (wie zum Beispiel Lehrlinge).

Die Verteilung bei den vorhandenen Daten zeigt, dass vor allem in Schweden der höchste Vollzeitanteil vorhanden ist wohingegen in Italien der geringste Wert verzeichnet werden kann.

<sup>18</sup> Diese Variable wurde im Model nicht als metrische Variable aufgenommen, da die Verteilung nicht normalverteilt ist. Aus diesem Grund wurden Kategorien gebildet.

**Tabelle 19: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Stellung am Arbeitsmarkt“ in Prozent**

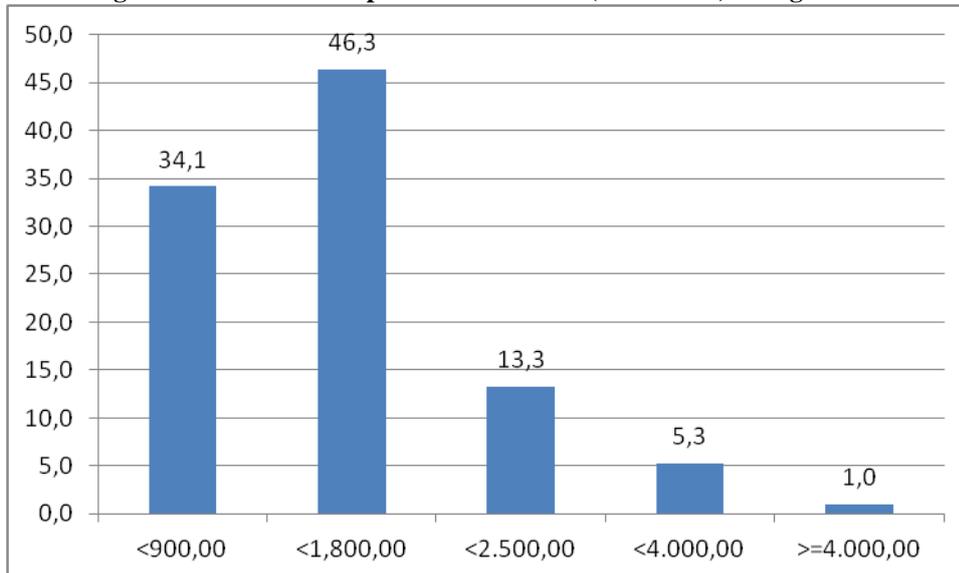
	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Vollzeit	48,9	46,7	39,1	55,4	41,2
Max. Teilzeit	8,8	3,6	13,6	13,3	12,9
Nicht am Arbeitsmarkt	4,0	10,0	12,8	3,0	12,3
Arbeitslos	5,2	6,3	4,3	3,8	5,9
In Ausbildung	8,8	7,3	9,4	7,2	1,9
Rente/Pension	24,2	26,2	20,9	17,2	25,7
N	1019	1204	1069	1120	958

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Die Einkommensvariablen liegen jeweils kategorisiert pro Land vor (XX\_RINC). Diese wurden für eine vereinfachte Analyse rekodiert und fünf Kategorien gebildet. Die folgenden fünf Abbildungen beziehen sich jeweils auf die Verteilung der angegebenen Einkommen der befragten Personen.

Zuerst zeigt sich die Abbildung der Verteilung der Befragten aus Österreich. Das Einkommen meint hier ein monatliches Nettoeinkommen. Die Gruppe mit den meisten Personen ist hier jene mit einem Einkommen von mehr als EUR 900,00 und weniger als EUR 1.800,00.

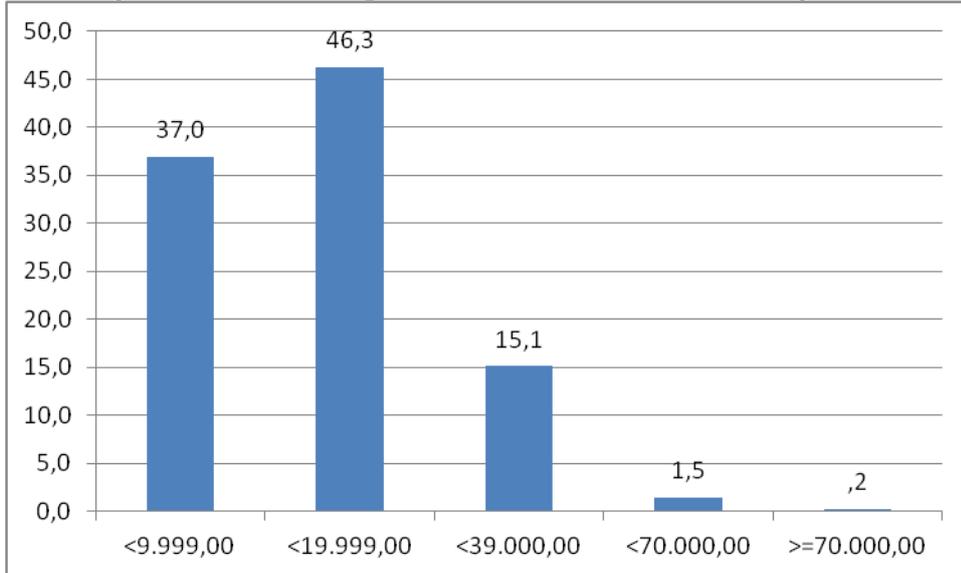
**Abbildung 8: Nettoeinkommen pro Monat in EUR (Österreich) – Angaben in Prozent (N = 829)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Für die Personen der Tschechischen Republik zeigt sich, dass 37 % mit einem monatlichen Einkommen von umgerechnet ca. maximal EUR 370,00, was in etwa 60 % des Medianeinkommens entspricht (Armutgefährdungsschwelle). 46,3 % der Personen in diesem Datensatz verdienen zwischen den umgerechneten EUR 370,00 und EUR 740,00.

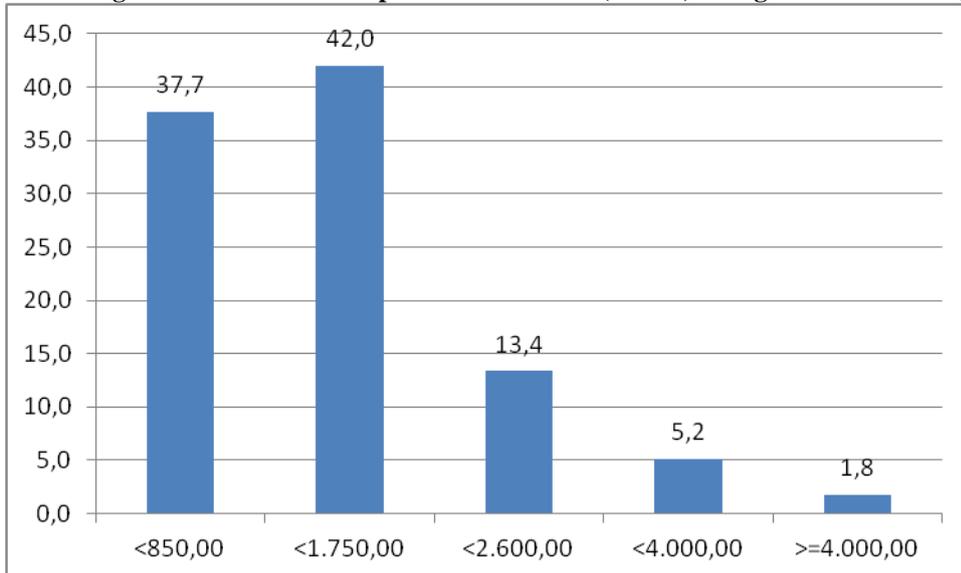
**Abbildung 9: Nettoeinkommen pro Monat in CZK (Tschechien) – Angaben in Prozent (N = 960)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Für Italien zeigt sich, dass sich die Einkommensverteilung ähnlich wie die in Österreich zeigt. Personen mit einem maximalen Einkommen von bis zu EUR 850,00 zu fast 40 % vertreten sind. Die meisten Personen sind jedoch in jener Kategorie vertreten, welche zwischen EUR 850,00 und EUR 1.750,00 monatlich verdienen.

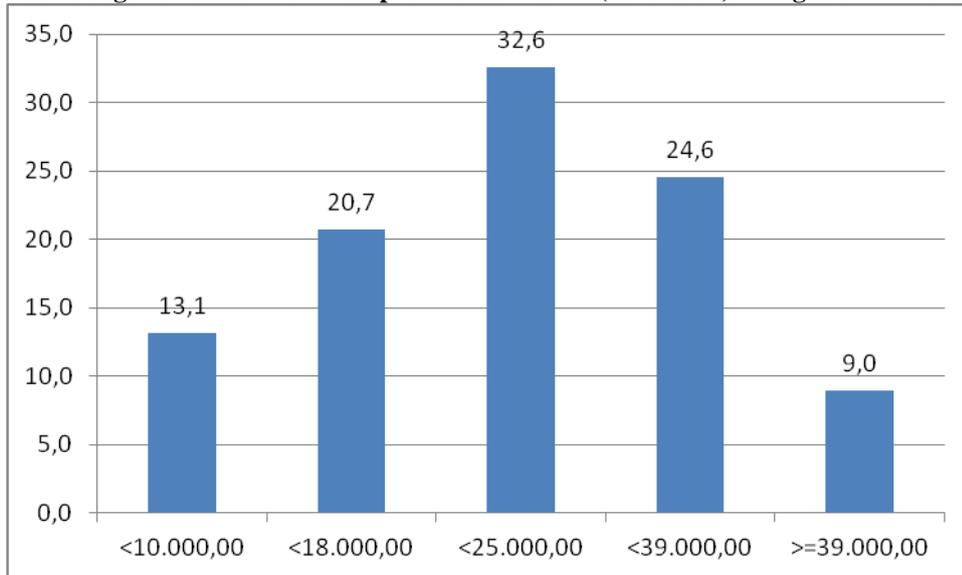
**Abbildung 10: Nettoeinkommen pro Monat in EUR (Italien) – Angaben in Prozent (N = 950)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

In Schweden ist jene Kategorie am größten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mindestens SEK 18.000,00 (ca. EUR 2.000,00) und maximal SEK 25.000,00 (ca. EUR 2.800,00).

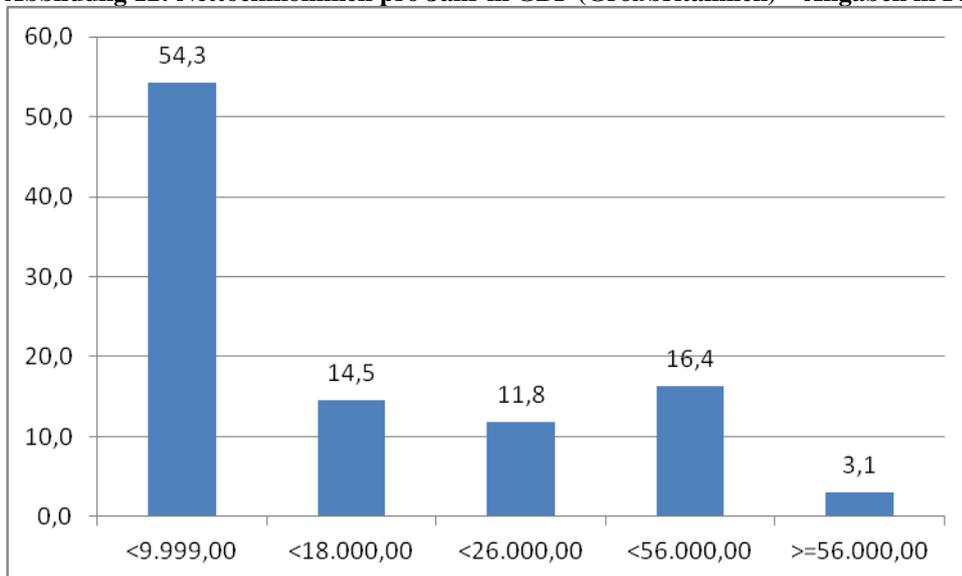
**Abbildung 11: Nettoeinkommen pro Monat in SEK (Schweden) – Angaben in Prozent (N = 1013)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

In Großbritannien wird nicht nach dem monatlichen Nettoeinkommen gefragt, sondern nach dem jährlichen. Hierbei zeigt sich, dass die Gruppe jener Personen mit einem maximalen Nettojahreseinkommen von bis zu GBP 9.999,00 (ca. EUR 12.000,00).

**Abbildung 12: Nettoeinkommen pro Jahr in GBP (Großbritannien) – Angaben in Prozent (N = 916)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Bei Kontrollvariable „Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft“ zeigt sich, dass vor allen die mittlere Kategorie sehr stark vertreten ist – und dies über alle Länder hinweg. Dahingegen sind die beiden Extremausprägungen idR geringer vertreten. Lediglich Italien zeigt einen auffallend hohen Wert in der Kategorie „weit unten“ im Vergleich zu den anderen Ländern.

**Tabelle 20: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable „Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft“ in Prozent**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Weit unten	1,2	6,9	11,5	2,2	6,4
Unten	12,9	29,3	33,5	12,8	23,8
Mitte	50,6	50,5	43,2	49,8	50,9
Oben	33,8	12,7	11,1	32,9	16,8
Weit oben	1,6	0,6	0,8	2,3	2,1
<b>N</b>	1019	1204	1061	1125	936

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Zuletzt soll hier noch die Variable der politischen Positionierung im Rahmen der Kontrollvariablen präsentiert werden: Dabei zeigt sich, dass in fast allen ausgewählte Ländern jene Kategorie der „Mitte-Links“-Positionierung am stärksten vertreten ist. Nur in Großbritannien ist jene Kategorie der „Mitte-Rechts“ am stärksten vertreten.

**Tabelle 21: Deskriptive Darstellung der unabhängigen Variable "Politische Verortung" in Prozent**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Links	2,8	16,1	4,3	6,6	2,8
Mitte-Links	47,8	38,8	49,0	44,2	36,9
Mitte	<sup>19</sup>	12,8	14,9	16,7	16,2
Mitte-Rechts	29,5	31,2	29,0	28,7	41,1
Rechts	19,9	1,1	2,5	3,8	3,1
<b>N</b>	604	663	792	982	718

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009)

Was jedenfalls hier erwähnt werden muss ist die große Anzahl der fehlenden Personen bei dieser Frage. Besonders auffallend ist dies bei Österreich Tschechien und Italien.

## 6.2 Multivariate Analyse

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der multivariaten Analyse der Daten. Jedes Land wird hierbei separat untersucht. In Kapitel 7 folgt eine zusammenführende Interpretation der erlangten Ergebnisse

### 6.2.1 Konservatives Regime (Österreich)

Zu Beginn wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich der jeweilige Grad der sozialen Mobilität in Bezug auf die Einstellung zum Vorrangkommen innerhalb der Gesellschaft Einfluss

<sup>19</sup> Bei den österreichischen Daten wurde die Kategorie „Mitte“ nicht abgefragt.

nimmt. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überprüfung mittels Kruskal-Wallis Test (H-Test) für die jeweiligen Mobilitätsgruppen:

**Tabelle 22: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittel Kruskal-Wallis-Test**

	Mittlerer Rang Index Sozialer Hintergrund	Mittlerer Rang Index Eigene Leistung
Aufstieg	424,53	424,84
Gleichbleibend	427,21	437,68
Abstieg	384,96	385,87
<b>Chi-Quadrat</b>	4,036	5,201
<b>Freiheitsgrade</b>	2	2
<b>Asymptotische Signifikanz</b>	0,133	0,074*
<b>N</b>	834	842

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); \*  $p < 0,10$ , \*\*  $p < 0,05$ , \*\*\*  $p < 0,01$

Die mittleren Ränge zwischen den drei Gruppen unterscheiden sich nicht voneinander bei der Frage nach der Wichtigkeit des sozialen Hintergrundes (der Elterngeneration). Das Ergebnis unterscheidet sich nicht signifikant voneinander (Chi-Quadrat: 4,036;  $p = 0,133$ ).

Bei der Betrachtung des anderen Index (Wichtigkeit der eigenen Leistung) konnte bei Alpha = 10 % ein signifikanter Unterschied gefunden werden (Chi-Quadrat: 5,201;  $p = 0,074$ ).

Nachfolgende Tabelle zeigt, zwischen welchen Gruppen dieser Unterschied besteht:

**Tabelle 23: Post-hoc Test mittels Mann-Whitney-U-Test**

	Asymptotische Signifikanz Index Sozialer Hintergrund	Asymptotische Signifikanz Index Eigene Leistung
Aufstieg – Gleichbleibend	0,893	0,474
Aufstieg – Abstieg	0,073	0,072
Gleichbleibend – Abstieg	0,061	0,028*
<b>N</b>	834	842

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Signifikanzniveau (0,10; 0,05 und 0,01) mittels Bonferroni korrigiert: \* $p < 0,033$ , \*\* $p < 0,017$ , \*\*\* $p < 0,000$  bei drei Vergleichspaaren

Der nach Bonferroni korrigierte Signifikanzwert zeigt an, dass zwischen den Personen, die sich im Vergleich zum jeweiligen Vater als abgestiegen sehen, sich bei einem korrigierten Alpha von 0,033 signifikant voneinander unterscheiden (Mann-Whitney.U = 54321,5;  $p = 0,028$ ): Personen, die sich selbst als „Absteiger“ im Vergleich zum jeweiligen Vater betiteln gehen eher davon aus, dass die eigene Leistung ausschlaggebend ist für ein Vorankommen innerhalb einer Gesellschaft als Personen, die sich zur Vatergeneration nicht sozial bewegt haben.

Die logistische Regression zeigt bei Betrachtung der alleinigen Mobilitätsvariablen kein signifikantes Ergebnis an. Bei Hinzunahme der Kontrollvariablen lieferte eine erneute Berechnung, dass lediglich das Einkommen einen signifikanten Wert bei jener Kategorie der Personen mit einem monatlichen Einkommen von EUR 2.500,00 bis EUR 4.000,00 im Vergleich zur Referenzkategorie. Die nächst-höhere Kategorie (mehr als EUR 4.000,00) liefert hingegen kein signifikantes Ergebnis – dies kann jedoch auch an der Beschränkung durch die sehr kleine Fallzahl liegen.

**Tabelle 24: Kritik an Einkommensungleichheit in Österreich (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten)**

		Mobilitätsmodell	Gesamtmodell
<b>Subjektive Mobilität</b> (Ref.: Gleich)	Viel höher	0,922 (0,133)	1,261 (0,907)
	Höher	0,916 (0,244)	0,995 (0,001)
	Niedriger	0,880 (0,319)	0,866 (0,361)
	Viel niedriger	1,420 (0,797)	1,475 (0,862)
<b>Höchst abgeschlossene Ausbildung</b> (Ref.: Max. Pflichtschule)	Post-Pflichtschule		1,306 (1,321)
	Sekundärstufe		0,741 (1,687)
	Post-Sekundärstufe		-
	Hochschule		0,818 (0,475)
<b>Einkommen pro Monat in EUR</b> (Ref.: bis 900,00)	bis unter 1800,00		0,967 (0,032)
	bis unter 2500,00		0,822 (0,518)
	bis unter 4000,00		0,496* (3,449)
	mehr als 4000,00		1,147 (0,029)
<b>Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft</b> (Ref.: Weit unten)	Unten		0,721 (0,155)
	Mitte		0,694 (0,200)
	Oben		0,315 (1,982)
	Weit oben		0,525 (0,386)
<b>Politische Verortung</b> (Ref.: Links)	Mitte		-
	Rechts		0,792 (1,962)
<b>Konstante</b>		0,886*** (70,574)	1,412* (2,828)
<b>Nagelkerkes R<sup>2</sup></b>		0,002	0,116

Prozentsatz der Richtigen (Klassifizierungstabelle)	70,1	70,4
N	946	946

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Abhängige Variable: Zustimmung zu starke Einkommensungleichheit im jeweiligen Land; \* $p < 0,10$ , \*\* $p < 0,05$ , \*\*\* $p < 0,01$ ; Wald-Werte in Klammern; Gesamtmodell kontrolliert zusätzlich für Geschlecht, Alter und beruflicher Stellung am Arbeitsmarkt

Bei der Betrachtung der erklärten Varianz der abhängigen Variable durch lediglich die Mobilitätsvariable zeigt sich auch nur ein sehr geringer Erklärungswert (0,2 %); durch die zusätzliche Einfügung der ausgewählten Kontrollvariablen steigt der Erklärungswert auf 11,6 % an.

### 6.2.2 Postkommunistisches Regime (Tschechische Republik)

Mit Blick auf den Gruppenvergleich in Bezug auf die Indizes „familiärer Hintergrund“ und „Eigene Leistung“ zeigen sich in beiden Fällen ein signifikanter Unterschied (Chi-Quadrat = 10,829;  $p = 0,004$  sowie Chi-Quadrat = 6,414;  $p = 0,040$ ).

Tabelle 25: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test

	Mittlerer Rang Index Sozialer Hintergrund	Mittlerer Rang Index Eigene Leistung
Aufstieg	576,17	498,91
Gleichbleibend	509,04	546,68
Abstieg	517,53	551,89
<b>Chi-Quadrat</b>	10,829	6,414
<b>Freiheitsgrade</b>	2	2
<b>Asymptotische Signifikanz</b>	0,004***	0,040**
<b>N</b>	1067	1062

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); \*  $p < 0,10$ , \*\*  $p < 0,05$ , \*\*\*  $p < 0,01$

Bei genauerem Vergleich der einzelnen Mobilitätsgruppen wird ersichtlich, dass sich hierbei Personen, die im Vergleich zum eigenen Vater aufgestiegen sind, den familiären Hintergrund für das Vorankommen in einer Gesellschaft für weniger wichtig erachten als Personen, die sich nicht für mobil im Vergleich zum Vater beschreiben (Mann-Whitney-U: 73145,5;  $p = 0,001$ ). Ebenso zeigt sich auch bei Vergleich von Aufsteigern mit Absteigern, dass sich hierbei diese beiden Gruppen ebenso signifikant voneinander unterscheiden: AufsteigerInnen beurteilen den familiären Hintergrund für weniger wichtig als AbsteigerInnen (Mann-Whitney-U = 39702,5;  $p = 0,023$ ).

Wie zuvor erwähnt, zeigt sich auch ein signifikanter Unterschied beim H-Test in Bezug auf den Index „Wichtigkeit der eigenen Leistung“. Durch den post-hoc durchgeführten Mann-Whitney-U Test konnte errechnet werden, dass dieser Unterschied zwischen den AufsteigerInnen und den nicht-mobilen Personen vorhanden ist. Aufgestiegene Personen beurteilen für

das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft die eigene Leistung höher als nicht-mobile Personen (Mann-Whitney-U = 75352,5; p = 0,025).

**Tabelle 26: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test**

	Asymptotische Signifikanz Index Sozialer Hintergrund	Asymptotische Signifikanz Index Eigene Leistung
Aufstieg – Gleichbleibend	0,001**	0,025*
Aufstieg – Abstieg	0,023*	0,036
Gleichbleibend – Abstieg	0,762	0,827
N	1067	1062

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Signifikanzniveau (0,10; 0,05 und 0,01) mittels Bonferroni korrigiert: \*p<0,033, \*\*p<0,017, \*\*\*p<0,000 bei drei Vergleichspaaren

Bezogen auf die Frage, wie die Einkommensungleichheit innerhalb der tschechischen Republik bewertet wird, zeigt sich bei Modell 1 (Mobilitätsmodell), dass Personen, welche sich höher als der eigene Vater einschätzen, sowie auch Personen in der Kategorie „viel niedriger“ sich signifikant von den gleichbleibenden Respondeten unterscheiden. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person innerhalb der Kategorie „höher“ zustimmt ist um 24 % geringer als die Referenzgruppe der Gleichbleibenden (Wald = 3,491; p = 0,062). Dagegen zeigt sich bei jenen Personen, die sich als „viel niedriger“ zum eigenen Vater positionieren, dass hierbei die Wahrscheinlichkeit 2,5-fach so groß ist, dass diese Personen der Einkommensungleichheit kritischer gegenüberstehen als Personen der Referenzgruppe (Wald = 8,156; p = 0,004).

In Modell 2 (Gesamtmodell) werden ebenso zusätzlich Kontrollvariablen in das Modell eingefügt. Bezogen auf die Erklärungskraft der sozialen Mobilität zeigt sich, dass hierbei ein Rückgang des Effektes zu sehen ist: Das Ergebnis der Kategorie „höher“ verschwindet; ebenso verringert sich das Ergebnis der Kategorie „viel niedriger“ – dennoch bleibt die Wirkung bestehen und die Wahrscheinlichkeit schrumpft von dem 2,5- auf das 2,4-fache im Vergleich zur Referenzkategorie.

Weitere Erklärungskraft bieten in diesem Modell vor allem die Variablen Bildung, die Verortung innerhalb der Gesellschaft sowie die politische Positionierung. In Bezug auf Bildung lässt sich Folgendes erkennen: Mit steigendem Bildungsniveau (jedoch nur in Bezug auf Personen mit einem Post-Sekundärstufenabschluss bzw. eines Hochschulabschlusses) sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Personen einer kritischen Beurteilung der Einkommensungleichheit zustimmen im Vergleich zur Referenzkategorie: So zeigt dieses Ergebnis unter anderen, dass Personen mit einem Hochschulabschluss mit einer 62 %igen geringeren Wahr-

scheinlichkeit zustimmen würden im Vergleich zu den Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (Wald = 10,840; p = 0,000).

Bezogen auf die jeweilige subjektive Verortung innerhalb der Gesellschaft zeigt sich, dass vor allem die Kategorie „oben“ sich stark vor der Referenzgruppe „weit unten“ unterscheidet. Hierbei ist die Wahrscheinlichkeit zuzustimmen um 80 % geringer (Wald = 15,153, p = 0,000).

Bei Betrachtung der politischen Präferenz lässt sich erkennen, dass sowohl Personen, welche sich mit „mitte“ bzw. „rechts“ ausweisen, im Vergleich zur Referenzkategorie „links“, die Wahrscheinlichkeit um mehr als 50 % geringer ist, zuzustimmen.

**Tabelle 27: Kritik an Einkommensungleichheit in Tschechien (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten)**

		Mobilitätsmodell	Gesamtmodell
<b>Subjektive Mobilität</b> (Ref.: Gleich)	Viel höher	0,811 (0,742)	1,198 (0,419)
	Höher	0,760* (3,491)	0,866 (0,775)
	Niedriger	1,079 (0,184)	0,893 (0,345)
	Viel niedriger	2,506*** (8,156)	2,435*** (6,845)
<b>Höchst abgeschlossene Ausbildung</b> (Ref.: Max. Pflichtschule)	Post-Pflichtschule		0,806 (0,893)
	Sekundärstufe		0,679 (2,837)
	Post-Sekundärstufe		0,458* (3,255)
	Hochschule		0,377*** (10,840)
<b>Einkommen pro Monat in CZK</b> (Ref.: bis unter 9.999,00)	bis unter 19.999,00		0,855 (1,067)
	bis unter 39.000,00		1,126 (0,260)
	bis unter 70.000,00		0,463 (1,471)
	mehr als 70.000,00		0,844 (0,012)
<b>Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft</b> (Ref.: Weit unten)	Unten		0,700 (1,320)
	Mitte		0,585* (3,044)
	Oben		0,281*** (13,058)
	Weit oben		0,663 (0,232)
<b>Politische Verortung</b> (Ref.: Links)	Mitte		0,455*** (10,368)
	Rechts		0,475*** (18,818)

Konstante	0,468*** (30,000)	1,450*** (14,307)
Nagelkerkes R <sup>2</sup>	0,019	0,149
Prozentsatz der Richtigen (Klassifizierungstabelle)	60,8	66,4
N	1180	1180

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Abhängige Variable: Zustimmung zu starke Einkommensungleichheit im jeweiligen Land; \* p<0,10, \*\* p<0,05, \*\*\*p<0,01; Wald-Werte in Klammern; Gesamtmodell kontrolliert zusätzlich für Geschlecht, Alter und beruflicher Stellung am Arbeitsmarkt

Betrachtet man sich den jeweiligen Erklärungswert der zwei Modelle, so zeigt sich, dass bei alleiniger Betrachtung der Mobilität lediglich 1,9 % der Varianz erklärt werden kann. Bei Hinzunahme der angeführten Kontrollvariablen steigt der Anteil der erklärten Varianz auf 14,9 %.

### 6.2.3 Mediterranes Regime (Italien)

Für Italien, welches das mediterrane Regime repräsentiert, zeigen sich im Gruppenvergleich keine signifikanten Unterschiede.

Tabelle 28: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test

	Mittlerer Rang Index Sozialer Hintergrund	Mittlerer Rang Index Eigene Leistung
Aufstieg	421,98	428,60
Gleichbleibend	448,69	434,81
Abstieg	436,87	435,65
<b>Chi-Quadrat</b>	1,989	0,153
<b>Freiheitsgrade</b>	52	2
<b>Asymptotische Signifikanz</b>	0,370	0,926
<b>N</b>	866	863

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); \* p<0,10, \*\* p<0,05, \*\*\*p<0,01

Der Vollständigkeit wegen wurde dennoch ein Paarvergleich zwischen den einzelnen Mobilitätsausprägungen gerechnet.

Tabelle 29: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test

	Asymptotische Signifikanz Index Sozialer Hintergrund	Asymptotische Signifikanz Index Eigene Leistung
Aufstieg – Gleichbleibend	0,504	0,744
Aufstieg – Abstieg	0,160	0,753
Gleichbleibend – Abstieg	0,628	0,966
<b>N</b>	866	863

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Signifikanzniveau (0,10; 0,05 und 0,01) mittels Bonferroni korrigiert: \*p<0,033, \*\*p<0,017, \*\*\*p<0,000 bei drei Vergleichspaaren

Die logistische Regression zeigt bei alleiniger Betrachtung der Mobilitätsvariable, dass sich alleine die Kategorie „viel höher“ von der Kategorie der gleichbleibenden unterscheidet. Personen in der Gruppe „viel höher“ stimmen mit nur halb so großer Wahrscheinlichkeit zu im Vergleich zu den nicht-mobilen Personen (Wald = 5,311;  $p = 0,000$ ).

Bei Betrachtung des zweiten Modells (Gesamtmodell) zeigt diese Kategorie bei zusätzlicher Kontrolle der Kontrollvariable ein Verschwinden des signifikanten Ergebnisses. Die übrigen Variablen zeigen teilweise einen Effekt. So zeigt sich in Bezug auf die höchst-abgeschlossene Bildungsstufe, dass lediglich Personen mit einer erweiterten Pflichtschulausbildung eine um das 2,4-fache erhöhte Wahrscheinlichkeit besitzen im Vergleich zur Referenzkategorie der Personen, welche maximal einen Pflichtschulabschluss besitzen (Wald = 4,576;  $p = 0,032$ ).

Bei der Betrachtung der Einkommensvariable fällt auf, dass lediglich die Kategorie jener Personen mit einem monatlichen Einkommen von unter EUR 1.750,00 sich signifikant von der Referenzkategorie unterscheidet: Diese unterliegen einer 1,7-fach höheren Wahrscheinlichkeit, der abhängigen Variable zuzustimmen (Wald = 4,016;  $p = 0,045$ ).

Daneben zeigt auch die eigene Verortung einen Effekt auf die Zustimmung der abhängigen Variable an: Vor allem Personen in der Kategorie „oben“ haben eine um 70 % verringerte Wahrscheinlichkeit zuzustimmen als Personen in der Kategorie „weit unten“ (Wald = 4,466;  $p = 0,035$ ). Personen in der Kategorie „weit oben“ hingegen liefern wiederum kein signifikantes Ergebnis; dies kann jedoch auch an der geringen Anzahl an Personen in dieser Kategorie liegen (0,8 % der Antwortenden sind in dieser Kategorie zu finden).

Auch lässt sich bei der politischen Verortung ein Ergebnis ausmachen: Personen, welche sich selbst der Mitte zuschreiben unterliegen einer um ca. 70 % geringeren Wahrscheinlichkeit zuzustimmen (Wald = 16,106,  $p = 0,000$ ). Der Effekt zeigt ein noch stärkeres Ergebnis bei jenen Personen, die sich „eher rechts“ bzw. „rechts“ verorten (Wald = 38,543,  $p = 0,000$ ).

**Tabelle 30: Kritik an Einkommensungleichheit in Italien (binär-logistische Regression,  $\text{Exp}(b_j)$  außer bei Konstanten)**

		Mobilitätsmodell	Gesamtmodell
<b>Subjektive Mobilität (Ref.: Gleich)</b>	Viel höher	0,535** (5,311)	0,642 (2,037)
	Höher	0,989 (0,003)	0,947 (0,053)
	Niedriger	1,183 (0,327)	1,092 (0,076)
	Viel niedriger	2,478 (2,196)	2,426 (1,892)

	Post-Pflichtschule	2,435** (4,576)
<b>Höchst abgeschlossene Ausbildung</b> (Ref.: Max. Pflichtschule)	Sekundärstufe	1,657 (1,464)
	Post-Sekundärstufe	0,750 (0,207)
	Hochschule	1,309 (0,365)
	bis unter 1.750,00	1,712** (4,016)
<b>Einkommen pro Monat in EUR</b> (Ref.: bis unter 850,00)	bis unter 2.600,00	0,791 (0,506)
	bis unter 4.000,00	0,766 (0,352)
	mehr als 4.000,00	0,431 (1,648)
	Unten	0,576 (1,981)
<b>Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft</b> (Ref.: Weit unten)	Mitte	0,566 (2,177)
	Oben	0,393** (4,466)
	Weit oben	1,994 (0,333)
	<b>Politische Verortung</b> (Ref.: Links)	Mitte
Rechts		0,272*** (38,543)
<b>Konstante</b>		1,778*** (167,716)
<b>Nagelkerkes R<sup>2</sup></b>		0,016
<b>Prozentsatz der Richtigen (Klassifizierungstabelle)</b>		85,2
<b>N</b>		1041

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Abhängige Variable: Zustimmung zu starke Einkommensungleichheit im jeweiligen Land; \* p<0,10, \*\* p<0,05, \*\*\*p<0,01; Wald-Werte in Klammern; Gesamtmodell kontrolliert zusätzlich für Geschlecht, Alter und beruflicher Stellung am Arbeitsmarkt

Betrachtet nach dem Anteil der erklärten Varianz zeigt das erste Modell (Mobilitätsmodell) lediglich einen Wert von 1,6 %. Bei Hinzunahme der Kontrollvariablen verbessert sich die Erklärungskraft des Modells auf 16,5 % – gleichzeitig jedoch verschwindet jener signifikante Wert der Kategorie „viel höher“ der Mobilitätsvariable.

#### 6.2.4 Sozialdemokratisches Regime (Schweden)

Die Daten zu Schweden zeigen beim Gruppenvergleich jeweils einen signifikanten Unterschied zwischen den Gruppen an (Chi-Quadrat = 5,022; p = 0,081 sowie Chi-Quadrat = 8,831; p = 0,012).

**Tabelle 31: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test**

	Mittlerer Rang Index Sozialer Hintergrund	Mittlerer Rang Index Eigene Leistung
Aufstieg	509,75	489,04
Gleichbleibend	539,54	550,66
Abstieg	484,60	519,21
<b>Chi-Quadrat</b>	5,022	8,831
<b>Freiheitsgrade</b>	2	2
<b>Asymptotische Signifikanz</b>	0,081*	0,012**
<b>N</b>	1027	1031

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); \*  $p < 0,10$ , \*\*  $p < 0,05$ , \*\*\*  $p < 0,01$

Beim paarweisen Vergleich, um auf jene Paare zu gelangen, bei welchen dieser Unterschied zu finden ist, zeigt sich, dass durch die Bonferroni-Korrektur der Effekt beim Index zur Wichtigkeit des familiären Hintergrundes soweit verringert, dass dieser nicht mehr interpretiert werden kann.

Beim Index zur Wichtigkeit der eigenen Leistung für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft zeigt sich jedoch ein Effekt bei den AufsteigerInnen und den nicht-mobilen Personen. Hier ist ersichtlich, dass AufsteigerInnen die eigene Leistung als wichtiger empfinden als dies nicht-mobile Personen tun (Mann-Whitney-U = 68388,0;  $p = 0,003$ ).

**Tabelle 32: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test**

	Asymptotische Signifikanz Index Sozialer Hintergrund	Asymptotische Signifikanz Index Eigene Leistung
Aufstieg – Gleichbleibend	0,140	0,003**
Aufstieg – Abstieg	0,260	0,195
Gleichbleibend – Abstieg	0,034	0,204
<b>N</b>	1027	1031

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Signifikanzniveau (0,10; 0,05 und 0,01) mittels Bonferroni korrigiert: \*  $p < 0,033$ , \*\*  $p < 0,017$ , \*\*\*  $p < 0,000$  bei drei Vergleichspaaren

Mit Hinblick auf Modell 1 (Mobilitätsmodell) zeigt sich, dass hierbei sich alleine die Personen in der Kategorie „viel höher“ von der Referenzgruppe unterscheiden: Die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung ist mehr als halb so gering im Vergleich zu den nicht-mobilen Personen (Wald = 15,553;  $p = 0,000$ ).

Jedoch zeigt sich, dass durch zusätzliche Kontrolle der übrigen angeführten Variablen der Effekt verschwindet und die Ausprägung „viel höher“ nicht mehr signifikant ist (Wald = 2,465;  $p = 0,116$ ), dafür die Kategorie „viel niedriger“ signifikant wird (Wald = 2,869,  $p = 0,090$ ).

In Bezug auf die höchst-abgeschlossene Bildungsstufe zeigt sich das folgende Bild: Mit steigendem Bildungsabschluss verringert sich die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus der jeweiligen Bildungsstufe zustimmt. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person mit Hochschulabschluss zustimmt um ca. 40 % geringer als bei einer Person mit maximalem Pflichtschulabschluss (Wald = 4,859,  $p = 0,027$ ).

Das Einkommen einer Person zeigt mit Vergleich der Kategorien mit der Referenzkategorie, dass lediglich bei jenen Personen mit einem monatlichen Einkommen bis zu SEK 18.000,00 einer 1,6-fach erhöhten Wahrscheinlichkeit unterliegen der abhängigen Variable zuzustimmen (Wald = 4,021,  $p = 0,045$ ), wohingegen die Kategorie jener Personen, welche mehr als SEK 39.000,00 monatliche verdienen, um ca. 60 % geringer ist (Wald = 5,886,  $p = 0,015$ ).

Auch die jeweilige Verortung innerhalb der Gesellschaft zeigt, dass sich die Kategorien „mitte“, „oben“ und „weit oben“ signifikant von der Referenzgruppe der „weit unten“ unterscheidet und jeweils einer geringeren Wahrscheinlichkeit unterliegen. Die Wahrscheinlichkeit verringert sich bei Personen aus „weit oben“ um ca. 67 % im Vergleich zur Referenzgruppe (Wald = 2,750;  $p = 0,097$ ).

Auch die politische Platzierung zeigt einen signifikanten Effekt an: Beide Kategorien unterscheiden sich signifikant von der Referenzgruppe „links“. Bei der Kategorie „mitte“ verringert sich die Wahrscheinlichkeit um ca. 60 % (Wald = 17,976;  $p = 0,000$ ), bei der Kategorie „rechts“ verringert sich die Wahrscheinlichkeit um ca. 70 % (Wald = 55,877,  $p = 0,000$ ).

**Tabelle 33: Kritik an Einkommensungleichheit in Schweden (binär-logistische Regression,  $\text{Exp}(b_j)$  außer bei Konstanten)**

		Mobilitätsmodell	Gesamtmodell
<b>Subjektive Mobilität</b> (Ref.: Gleich)	Viel höher	0,406*** (15,553)	0,723 (1,482)
	Höher	0,785 (2,627)	0,793 (1,841)
	Niedriger	0,921 (0,201)	0,765 (1,604)
	Viel niedriger	0,674 (1,746)	0,555* (2,869)
<b>Höchst abgeschlossene Ausbildung</b> (Ref.: Max. Pflichtschule)	Post-Pflichtschule		0,626** (4,491)
	Sekundärstufe		0,569** (5,039)
	Post-Sekundärstufe		0,580* (3,364)
	Hochschule		0,588** (4,859)
<b>Einkommen pro Monat in SEK</b> (Ref.: bis unter 10.000,00)	bis unter 18.000,00		1,620** (4,021)
	bis unter 25.000,00		1,372 (1,896)

	bis unter 39.000,00	0,764 (1,055)
	mehr als 39.000,00	0,397** (5,889)
<b>Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft (Ref.: Weit unten)</b>	Unten	0,797 (0,189)
	Mitte	0,424* (3,138)
	Oben	0,233*** (8,730)
	Weit oben	0,333** (2,750)
<b>Politische Verortung (Ref.: Links)</b>	Mitte	0,424*** (17,976)
	Rechts	0,292*** (55,877)
<b>Konstante</b>		0,277*** (7,250) 1,721*** (9,777)
<b>Nagelkerkes R<sup>2</sup></b>		0,022 0,270
<b>Prozentsatz der Richtigen (Klassifizierungstabelle)</b>		55,2 68,8
<b>N</b>		1059 1059

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Abhängige Variable: Zustimmung zu starke Einkommensungleichheit im jeweiligen Land; \* p<0,10, \*\* p<0,05, \*\*\*p<0,01; Wald-Werte in Klammern; Gesamtmodell kontrolliert zusätzlich für Geschlecht, Alter und beruflicher Stellung am Arbeitsmarkt

Modell 1 (Mobilitätsmodell) erklärt hierbei 2,2 % der Varianz. Bei zusätzlicher Kontrolle der übrigen erwähnten Variablen verschwindet der vorhin gezeigte Effekt aus Modell 1; hierbei wird allerdings ein – in Relation zu den anderen Ländern – hoher Wert an erklärten Varianz berechnet, welcher bei ca. 27 % liegt.

### 6.2.5 Liberales Regime (Großbritannien)

Beim liberalen Regime – repräsentiert durch Großbritannien – zeigt beim Gruppenvergleich, dass beim Index „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes“ kein signifikanter Unterschied zwischen den drei Gruppen gefunden werden kann (Chi-Quadrat = 1,560; p = 0,458). Hingegen zeigt der Index „Wichtigkeit der eigenen Leistung“, dass ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen vorhanden ist (Chi-Quadrat = 10,369; p = 0,006).

Tabelle 34: Nicht-parametrischer Gruppenvergleich mittels Kruskal-Wallis-Test

	Mittlerer Rang Index Sozialer Hintergrund	Mittlerer Rang Index Eigene Leistung
Aufstieg	434,41	403,54
Gleichbleibend	413,39	466,60
Abstieg	413,89	425,96

Chi-Quadrat	1,560	10,369
Freiheitsgrade	2	2
Asymptotische Signifikanz	0,458	0,006***
N	844	857

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); \*  $p < 0,10$ , \*\*  $p < 0,05$ , \*\*\*  $p < 0,01$

Beim anschließenden post-hoc Test zeigt der Paarvergleich, dass der signifikante Unterschied zwischen den AufsteigerInnen und den nicht-mobilen Personen besteht (Mann-Whitney-U = 41485,5;  $p = 0,001$ ). Demnach bewerten AufsteigerInnen die eigene Leistung als wichtig in Bezug auf das jeweilige Vorankommen – vor allem wichtiger als Personen der Kategorie „Gleichbleibend“.

**Tabelle 35: Paarvergleiche mittels Mann-Whitney-U-Test**

	Asymptotische Signifikanz Index Sozialer Hintergrund	Asymptotische Signifikanz Index Eigene Leistung
Aufstieg – Gleichbleibend	0,274	0,001**
Aufstieg – Abstieg	0,321	0,283
Gleichbleibend – Abstieg	0,997	0,069
N	844	857

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Signifikanzniveau (0,10; 0,05 und 0,01) mittels Bonferroni korrigiert: \* $p < 0,033$ , \*\* $p < 0,017$ , \*\*\* $p < 0,000$  bei drei Vergleichspaaren

Die Berechnung der logistischen Regression zeigt, dass bei alleiniger Betrachtung der Mobilitätsvariable lediglich jene Personen aus der Kategorie „Niedriger“ sich signifikant von der Referenzgruppe unterscheiden (Wald = 5,404;  $p = 0,020$ ). Demnach ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person, welche sich selbst niedriger im Vergleich zum Vater einschätzt, der abhängigen Variable zustimmt um das ca. 1,6-fache größer als bei Personen der Referenzkategorie.

Bei Betrachtung des Modells 2 (Gesamtmodell) zeigt sich, dass durch die zusätzliche Kontrolle der übrigen Variablen der Effekt nicht kleiner wird – er vergrößert sich sogar geringfügig (Wald = 7,088;  $p = 0,008$ ).

Daneben zeigen die Bildungsvariable, geringfügig die Einkommensvariable, die eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft als auch die politische Verortung einen signifikanten Effekt an. Bei der jeweiligen Bildungsstufe ist ersichtlich, dass (mit Ausnahme der HochschulabsolventInnen) alle übrigen Kategorien sich signifikant von der Referenzgruppe (maximal Pflichtschulabschluss) unterscheiden. Im Vergleich zur Referenzkategorie zeigt sich eine um 40 %

verringerte Wahrscheinlichkeit. Hingegen kann bei HochschulabsolventInnen kein Unterschied im Vergleich zur Referenzkategorie festgestellt werden (Wald = 0,120; p = 0,729).

Die Variable „Einkommen pro Jahr“ zeigt, dass lediglich die Kategorie jener Personen mit einem jährlichen Einkommen von mehr als GBP 56.000,00 sich signifikant von der Referenzkategorie jener Personen unterscheidet, welche über ein jährliches Einkommen von weniger als GBP 9.999,00 verfügen (Wald = 5,908; p = 0,015)

Die eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft zeigt (mit Ausnahme der Kategorie „unten“), dass mit steigender Positionierung die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung stetig abnimmt: So ist die Wahrscheinlichkeit der Personen in der Kategorie „weit oben“ um ca. 80 % verringert im Vergleich zu Referenzkategorie (Wald = 6,268; p = 0,012).

Die politische Verortung zeigt, dass sich Personen, welche sich als „eher rechts“ bzw. „rechts“ positionieren, einer um ca. 45 % geringeren Wahrscheinlichkeit unterliegen, der abhängigen Variable zur Beurteilung der Einkommensungleichheit zuzustimmen (Wald = 0,157, p = 0,000).

**Tabelle 36: Kritik an Einkommensungleichheit in Großbritannien (binär-logistische Regression, Exp(bj) außer bei Konstanten)**

		Mobilitätsmodell	Gesamtmodell
<b>Subjektive Mobilität</b> (Ref.: Gleich)	Viel höher	0,926 (0,120)	1,280 (1,028)
	Höher	0,950 (0,093)	1,137 (0,507)
	Niedriger	1,599** (5,404)	1,765*** (7,088)
	Viel niedriger	0,991 (0,001)	0,972 (0,010)
<b>Höchst abgeschlossene Ausbildung</b> (Ref.: Max. Pflichtschule)	Post-Pflichtschule		0,630** (4,610)
	Sekundärstufe		0,614** (4,711)
	Post-Sekundärstufe		0,603* (3,820)
	Hochschule		1,084 (0,120)
<b>Einkommen pro Jahr in GBP</b> (Ref.: bis unter 9.999,00)	bis unter 18.000,00		0,982 (0,004)
	bis unter 26.000,00		1,282 (0,606)
	bis unter 56.000,00		0,769 (0,704)
	mehr als 56.000,00		0,255** (5,908)

	Unten		0,568*	(3,181)
<b>Eigene Verortung innerhalb der Gesellschaft (Ref.: Weit unten)</b>	Mitte		0,488**	(5,603)
	Oben		0,334***	(10,015)
	Weit oben		0,228**	(6,268)
<b>Politische Verortung (Ref.: Links)</b>	Mitte		0,936	(0,225)
	Rechts		0,565***	(0,157)
<b>Konstante</b>			0,186*	(2,860)
<b>Nagelkerkes R<sup>2</sup></b>			0,011	0,116
<b>Prozentsatz der Richtigen (Klassifizierungstabelle)</b>			55,9	62,4
<b>N</b>			921	921

Quelle: Eigene Berechnung (2013) nach ISSP (2009); Abhängige Variable: Zustimmung zu starke Einkommensungleichheit im jeweiligen Land; \* p<0,10, \*\* p<0,05, \*\*\*p<0,01; Wald-Werte in Klammern; Gesamtmodell kontrolliert zusätzlich für Geschlecht, Alter und beruflicher Stellung am Arbeitsmarkt

Die erklärte Varianz bei Modell 1 beträgt 1,1 %; bei Hinzunahme der Kontrollvariablen beträgt der Wert ca. 11,6 %. Auch bei Hinzunahme der Kontrollvariablen verringert sich der Effekt der Mobilitätsvariable (Ausprägung „niedriger“) nicht und bleibt etwa auf dem gleichen Niveau.

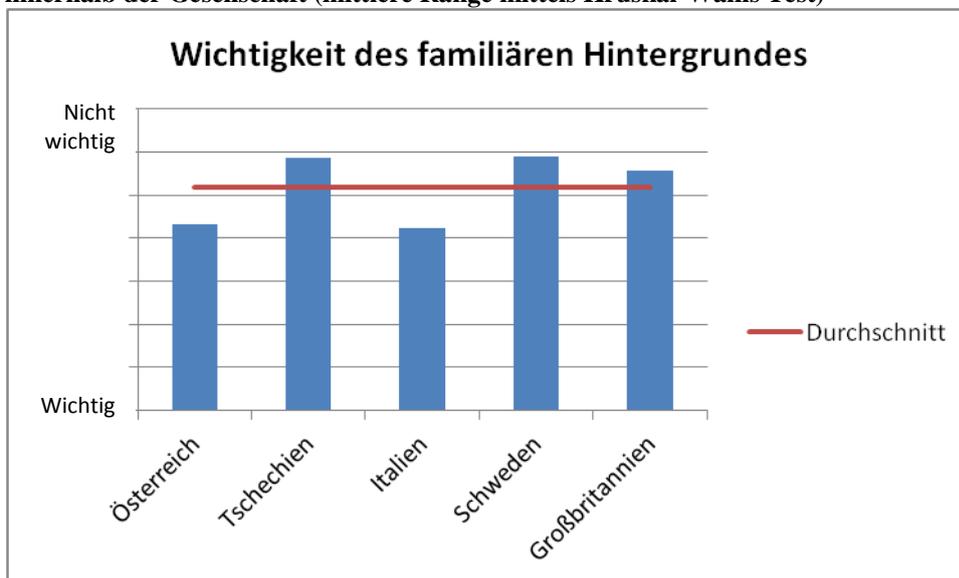
## 7 Interpretation der Ergebnisse

Dieses Kapitel widmet sich der Interpretation der erlangten Ergebnisse aus dem Kapitel 6 mit Hinblick auf die in Kapitel 4 aufgestellten Hypothesen.

Mit Hinblick auf die Gruppenvergleiche mittels Kruskal-Wallis-Test zeigt sich, dass die beiden Indizes „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes für das jeweilige Vorankommen“ und „Wichtigkeit der eigenen Leistung für das jeweilige Vorankommen“<sup>20</sup>

Dabei zeigt sich, dass bei der Betrachtung des Index „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes“ sich signifikante Unterschiede zwischen den Ländern – ohne Betrachtung der Mobilitätsvariable – finden lassen (Qui-Quadrat = 330,720;  $p = 0,000$ ). Vor allem Österreich und Italien stechen hierbei besonders hervor: Beide Länder zeichnen sich dadurch aus, dass die Respondenten einen in Relation höheren Wert in Bezug auf den familiären Hintergrund für das jeweilige Vorankommen beimessen.

**Abbildung 13: Zustimmung zum Index „Wichtigkeit des familiären Hintergrundes für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft (mittlere Ränge mittels Kruskal-Wallis Test)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Entgegen diesen beiden Ländern zeigen vor allem Tschechien und Schweden einen höheren Wert, was für eine geringere Wichtigkeit steht.

<sup>20</sup> Bei den Indizes gilt folgendes: Je höher die Werte, desto weniger hoch ist die jeweilige Zustimmung. Die Werte wurden aus den jeweiligen Kruskal-Wallis-Tests (mittlerer Rang) auf Länderbasis entnommen.

Die Betrachtung der Wichtigkeit des familiären Hintergrundes nach dem jeweiligen Grad der subjektiven sozialen Mobilität zeigte ein eher ungeeintes Bild:

**Tabelle 37: Überblick der signifikanten Ergebnisse zu Index "familiärer Hintergrund"**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Aufstieg –		X			
Gleichbleibend					
Aufstieg –		X			
Abstieg					
Gleichbleibend					
– Abstieg					

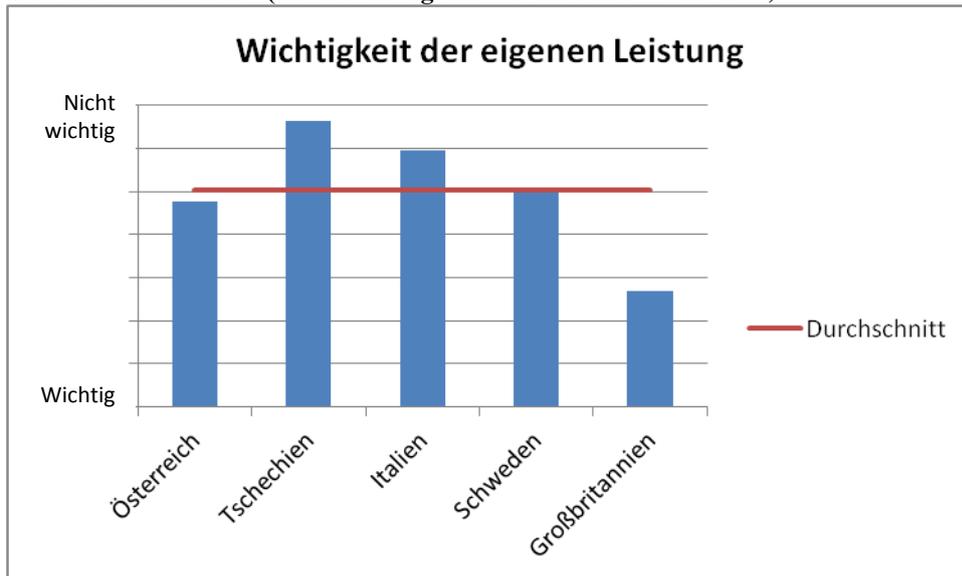
Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Einzig in Tschechien ergibt die Analyse dieses Index, dass es hierbei Unterschiede zwischen den einzelnen „Mobilitätsgruppen“ gibt. Dieser Unterschied konnte zwischen den aufgestiegenen Personen und den übrigen beiden Gruppe erkannt werden. Aufsteigende Personen beurteilen demnach den familiären Hintergrund als signifikant weniger wichtig als die beiden anderen Gruppen.

Bei der Betrachtung des Index nach der Wichtigkeit der eigenen Leistung für das Vorankommen in der jeweiligen Gesellschaft zeigt sich, dass sich für vier der fünf Länder Unterschiede zwischen den Gruppen finden lassen: Lediglich in Italien lassen sich keine Unterschiede zwischen den „Mobilitätsgruppen“ ausmachen.

Betrachtet man den Index jeweils im Ländervergleich (und ohne Berücksichtigung der Mobilitätsvariable) ist ersichtlich, dass sich die Länder ebenfalls signifikant voneinander unterscheiden (Chi-Quadrat = 41,102; p = 0,000). Besonders hervorzuheben sind demnach in Abbildung 9 Tschechien und Großbritannien:

**Abbildung 14: Zustimmung zum Index „Wichtigkeit der eigenen Leistung für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft“ (mittlere Ränge mittels Kruskal-Wallis Test)**



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Während in der Tschechischen Republik – gesamtheitlich betrachtet – die Wichtigkeit der eigenen Ambition und der eigenen Leistung als weniger wichtig eingeschätzt wird im Vergleich (auch wenn der Vergleich mit lediglich vier anderen Ländern nicht auf eine große Vergleichsmenge zurückschließen lässt) deutlich, dass sich vor allem Großbritannien essentiell von Tschechien und den anderen Ländern unterscheidet. Insgesamt betrachtet zeichnet sich Großbritannien durch eine hohe Befürwortung der eigenen Leistung für das Vorankommen in der britischen Gesellschaft aus. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit den Resultaten von Haller (1989), Mau (1997) und Lippl (2003). Dieser Befund unterstreicht vor allem die spezifische Haltung Großbritanniens zum Thema „Zuschreibung bei Erfolg und Misserfolg“ bzw. „Verantwortung“. Betrachtet man diesen Befund weiter und unterscheidet diesen nach dem jeweiligen Grad der sozialen Mobilität, so zeigt sich, dass vor allem jene Personen, welche verglichen zum Vater sich selbst als aufgestiegen definieren, im Vergleich zu den gleichbleibenden Personen wesentlich zustimmender gegenüber der eigenen Leistung als Mittel für das jeweilige Vorankommen sind. Nachfolgende Tabelle zeigt alle Ergebnisse nochmals im Überblick:

**Tabelle 38: Überblick über signifikante Ergebnisse zu Index „eigene Leistung“**

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Aufstieg – Gleichbleibend		X		X	X
Aufstieg – Abstieg Gleichbleibend – Abstieg	X				

Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

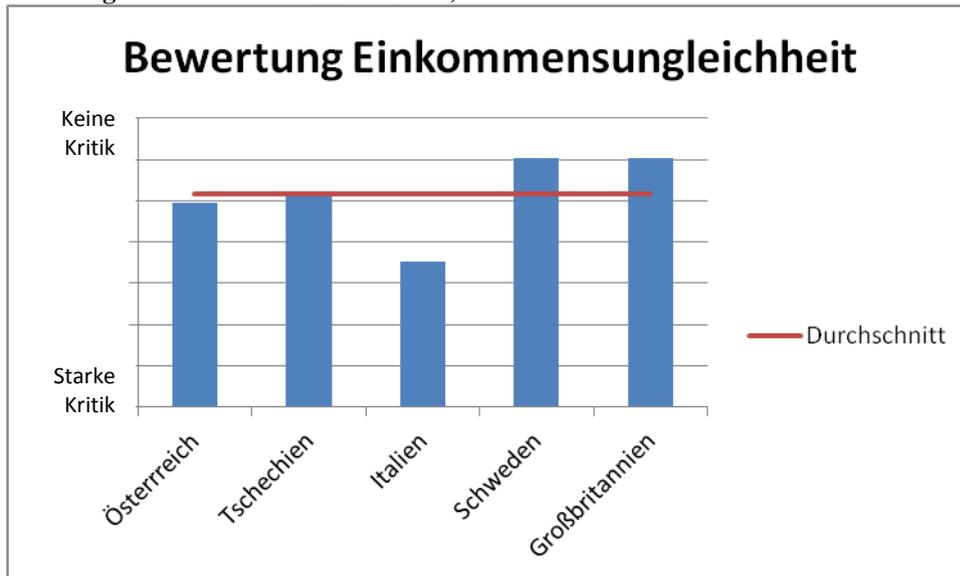
Zurückkommend auf die Tschechische Republik kann gesagt werden, dass eine weniger starke Ausrichtung und Zustimmung zu „Erfolg durch eigene Leistung und Ambition“, dass sich in – wie Lippl (2003, S. 247) folgert – transformierte Ländern ein Rückgang der Leistungs-ideologie verzeichnen lässt. Dadurch rückt der Etatismus in den Vordergrund, welcher die Wichtigkeit des familiären Backgrounds und jene der eigenen Leistung in den Hintergrund verweist. Dennoch: Im Vergleich der Mobilitätsgruppen für Tschechien zeigt sich, dass ebenso die Aufwärtsmobilen sich signifikant von den Gleichbleibenden unterscheiden: Aufsteigende Personen bewerten die eigene Leistung wichtiger als gleichbleibende Personen.

Für die österreichischen Daten zeigt sich, dass die absteigenden Personen die eigene Leistung als Mittel für das Vorankommen innerhalb der österreichischen Gesellschaft höher bewerten als die gleichbleibenden Personen.

Bei der Frage nach der Bewertung der Einkommensungleichheit im jeweiligen Land zeigt sich, dass vor allem Personen aus Italien sehr stark zustimmen, dass es in Italien eine hohe Einkommensungleichheit gilt. Demgegenüber stehen Großbritannien und Schweden, welche die Einkommensungleichheit wesentlich weniger-stark beurteilen. Betrachtet nach dem Kruskal-Wallis-Test unterscheiden sich die Länder voneinander (Chi-Quadrat = 517,072,  $p = 0,000$ ).

Mit Hinblick auf Großbritannien kann hierbei die Schlussfolgerung gezogen werden – analog zu Lippl (2003) –, dass dies erneut auf eine jeweilige Leistungs-ideologie zurückzuführen ist.

Abbildung 15: Index „Kritik an der Einkommensungleichheit“; Starke Kritik (1) – Keine Kritik (5) (mittlere Ränge mittels Kruskal-Wallis Test)



Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Betrachtet man nun die jeweiligen Anteile der erklärten Varianz bei den logistischen Regressionen so zeigt sich folgendes Bild:

Tabelle 39: Anteil der erklärten Varianz (Kritik an Einkommensungleichheit) in Prozent

	Österreich	Tschechien	Italien	Schweden	Großbritannien
Mobilitätsmodell	0,2	1,9	1,6	2,2	1,1
Gesamtmodell	11,6	14,9	16,5	27,0	11,6

Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Wurde nur die Mobilitätsvariable in das Modell zur Erklärung der abhängigen Variable eingefügt, so konnten nur sehr schwache Ergebnisse erzielt werden. Vor allem für die österreichischen Daten konnte durch alleinige Betrachtung der Mobilitätsvariable lediglich ein Varianzanteil von 0,2 % erklärt werden. Etwas besser – aber dennoch äußerst schwach – zeigten sich die übrigen vier Länder. Am meisten Varianzerklärung (wobei auch hier der Wert sehr gering ist) konnte in Schweden anhand der Mobilitätsvariable erzielt werden. Demzufolge erklärt die alleinige Betrachtung der subjektiven Mobilitätseinschätzung relativ wenig in Bezug auf die Bewertung der Einkommensungleichheit und bewegt sich je nach Land zwischen 0,2 und 2,2 %.

Bei jenen Ländern, welche ein Ergebnis bei der Betrachtung der Mobilitätsvariable anzeigten, kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass bei Betrachtung der Referenzkategorie (keine Mobilität) signifikante Ergebnisse der aufwärtsmobilen Personen einer geringeren Wahrscheinlichkeit unterliegen der abhängigen Variable zuzustimmen. Abwärtsmobile Personen hingegen unterliegen – bei einem signifikanten Ergebnis – einer höheren Wahrscheinlichkeit,

der Variable „Einkommensungleichheit“ zuzustimmen. Diese Effekte verringern sich jedoch, wenn Kontrollvariablen zusätzlich ins Modell eingefügt wurden.

**Tabelle 40: Ergebnisüberblick - logistische Regression; x-facher Wert der Referenzkategorie**

	Österreich		Tschechien		Italien		Schweden		Großbritannien	
	M1	M2	M1	M2	M1	M2	M1	M2	M1	M2
<b>Viel höher</b>					0,53		0,40			
<b>Höher</b>			0,76							
<b>Gleich (Ref.)</b>	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
<b>Niedriger</b>									1,59	1,77
<b>Viel niedriger</b>			2,50	2,44			0,56			

Quelle: Eigene Darstellung (2013) nach ISSP (2009)

Beim Vergleich von Modell 1 (nur Mobilitätsvariable) mit Modell 2 (inklusive Kontrollvariablen) zeigt sich, dass in Tschechien und Schweden die Effekte teilweise verschwinden, wobei es bei Schweden zu beachten gilt, dass bei zusätzlicher Hinzunahme der Kontrollvariablen ein signifikanter Unterschied zwischen jenen Personen der Kategorie „viel niedriger“ und der Referenzgruppe berechnet wurde.

Bei jenen Ländern, die einen Effekt durch die Mobilitätsvariable anzeigen, schließen sich diese teilweise den Ergebnissen von Alexander Schmidt (2010) an: Für Tschechien und Großbritannien konnte eine einkommensungleichheitskritische Einstellung bei „abwärtsmobilen Personen“ gefunden werden im Vergleich zur Referenzkategorie. Beziehungsweise zeigt sich für Tschechien auch ein Ergebnis bei alleiniger Betrachtung der Mobilitätsvariable; nämlich eine geringere Wahrscheinlichkeit der kritischen Bewertung der Einkommensungleichheit der Kategorie „höher“ im Vergleich zur Referenzkategorie. Schweden nimmt in dieser Analyse eine Sonderstellung ein, da hierbei ersichtlich ist, dass – bei zusätzlicher Hinzunahme der Kontrollvariablen – ein Effekt der Ausprägung „viel niedriger“ erkennbar ist, welcher entgegen der übrigen Ergebnisse der Länder Tschechien und Großbritannien liegt: Hierbei zeigt sich, dass Personen in jener Kategorie „viel niedriger“ einer geringeren Wahrscheinlichkeit unterliegen, die abhängige Variable zur Bewertung der Einkommensungleichheit zuzustimmen.

Betrachtet man die Kontrollvariablen, so zeigen sich vor allem der jeweilige Bildungsabschluss, die subjektive Verortung innerhalb des Gesellschaftsgefüges sowie die politische Positionierung als aussagekräftig. Dies zeigt sich vor allem in Tschechien, Italien, Schweden und Großbritannien. Besonders in Tschechien und Schweden zeigt sich der Einfluss des jeweiligen Bildungsabschlusses auf die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung bzw. Ablehnung: Mit steigendem Bildungsabschluss sinkt die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung. Obwohl die Variable der Bildung innerhalb der Literatur recht uneindeutig definiert wird (vgl. Linos/West

2006), kann sich vor allem bei Betrachtung von Tschechien und Schweden jene Annahme vertreten werden, dass durch das steigende Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit für eine eher ablehnende Haltung gegenüber Eingriffe in die Einkommensstruktur zu dulden.

Ebenfalls zeigt die jeweilige Verortung innerhalb des Gesellschaftsgefüges einen Einfluss auf die Bewertung der Einkommensungleichheit. Die jeweiligen Verhältnisse zeigen, dass mit einer höheren Verortung innerhalb der Gesellschaft die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass die Einkommensungleichheit kritisch bewertet und diese abgelehnt wird. Dies zeigt sich vor allem in Großbritannien. Aber auch in den übrigen Ländern (mit Ausnahme von Österreich) zeigt sich ein ähnlicher Trend, auch wenn nicht alle Ausprägungskategorien signifikante Ergebnisse liefern. Der Einfluss von Bildung, Einkommen und subjektiver Verortung innerhalb der Gesellschaft deckt sich mit den Ergebnissen von Valdimarsdóttir, Bernburg und Ólafsdóttir (2011). Somit zeigen sich Parallelen zu den Ergebnissen zu Island mit den hier analysierten Ländern (mit Ausnahme von Österreich).

Für Österreich lässt sich zeigen, dass alleine die Variable „Einkommen“ ein signifikantes Ergebnis liefert: Hier kann lediglich für die Ausprägung des monatlichen Einkommens bis unter EUR 4.000,00 zeigen, dass sich diese Personen signifikant von jenen Personen unterscheiden, welche über ein monatliches Einkommen von bis zu EUR 900,00 verfügen.

Auch nach Einfügung der Kontrollvariable zeigt sich, dass der Anteil der erklärten Varianz einzig für Schweden einen annähernd annehmbaren Wert an (ca. 27 %). Bei den anderen Ländern bewegt sich der Wert zwischen 11 % und 16 %. Dies zeigt, dass offensichtlich noch weitere Variablen einen wichtigen Einfluss auf die Bewertung haben, welche in diesen Modellen nicht berücksichtigt wurden.

## 8 Conclusio

Diese Arbeit hatte als erster Ziel herauszufinden, welche Erklärungskraft soziale Mobilität, und die Erfahrung dieses Prozesses, besitzt in Bezug auf die Bewertung der jeweiligen Einkommensungleichheit. Als zweites Ziel verfolgt hierbei jene Intention, welche die Länderunterschiede thematisiert.

Die Betrachtung der sozialen Mobilität als erklärende Variable der Beurteilung der Einkommensungleichheit (H1) konnten nur relativ schwache Werte erzielt werden. Diese bewegen sich – je nach Land – zwischen 0,2 % und 2,2 %. Die Hypothese, dass die soziale Mobilität einer Person einen Einfluss auf die Bewertung hat, konnte nur teilweise bestätigt werden.

Ein Effekt jener Personen (inklusive der Kontrollvariablen im selben Modell), welche sich selbst als abwärtsmobil bezeichnen (und sich somit „niedriger“ oder „viel niedriger“ einstufen) konnte in Tschechien und Großbritannien berechnet werden. In diesen Ländern sind Personen mit einer abwärtsmobilen Mobilitätserfahrung einer höheren Wahrscheinlichkeit ausgesetzt, die Einkommensungleichheit im eigenen Land kritisch zu betrachten als nicht-mobile Personen. Ein anderes Ergebnis liefert hingegen Schweden, welches zeigt, dass sich Personen der Kategorie „viel niedriger“ signifikant von jener Gruppe der nicht-mobilen unterscheidet, aber dennoch nicht – analog mit den anderen analysierten Ländern mit einem signifikanten Ergebnis – einer höheren Wahrscheinlichkeit unterliegen sondern im Gegenteil sogar einer niedrigeren: Personen der Kategorie „viel niedriger“ bewerten die Einkommensungleichheit in Schweden unkritischer als nicht-mobile Personen.

Der Effekt der aufwärtsmobilen Personen (und sich somit „höher“ oder „viel höher“ einstufen) konnte in dieser Analyse nach Hinzunahme der Kontrollvariablen nicht erkannt werden. Demnach unterscheiden sich die aufwärtsmobilen Personen nicht signifikant von den nicht-mobilen Personen.

Auch die Betrachtung verschiedener Einstellungsvariablen zum jeweiligen Vorankommen innerhalb der Gesellschaft zeigt eher uneindeutige Ergebnisse: Eine spezifische „Ausstattung“ der Familie (H1.1) wird zwar im Ländervergleich unterschiedlich wichtig erachtet (vgl. Abbildung 8), aber dennoch zeigt sich lediglich in Tschechien ein Unterschied zu dieser Frage bei Betrachtung der sozialen Mobilität. Demnach wird in den übrigen Ländern zwar unterschiedlich zugestimmt bzw. abgelehnt, dass es für das Vorankommen wichtig ist, ob die Fa-

milie, aus welcher man entstammt, gebildet oder/und wohlhabend ist – jedoch ist der Unterschied zwischen den jeweiligen Mobilitätsgraden in dieser Untersuchung nicht nachzuweisen.

Ebenso zeigt sich bei Betrachtung des zweiten Index, welcher die Wichtigkeit bzw. den Anteil der eigenen Leistung am Vorankommen innerhalb der Gesellschaft misst (H1.2), im Ländervergleich unterschiedliche Ergebnisse an: Während in Tschechien die eigene Leistung insgesamt weniger stark bewertet wird, zeigt vor allem Großbritannien eine höhere Zustimmung an. Betrachtet nach dem Index nach dem jeweiligen Mobilitätsgrad getrennt, zeigen Tschechien, Schweden und Großbritannien, dass aufwärtsmobile Personen den Anteil der eigenen Leistung am Vorankommen in der jeweiligen Gesellschaft als wichtiger bewerten als Personen, welche sich im Vergleich zum eigenen Vater als nicht-mobil bezeichnen.

Alleine in Österreich ist ein Unterschied zwischen nicht-mobilen und absteigenden Personen erkennbar: Hierbei zeigt sich, dass jene Personen mit einer absteigenden sozialen Mobilität die eigenen Leistung am Vorankommen als wichtiger erachten als nicht-mobile Personen.

Gesamt betrachtet zeigt sich, dass die Frage nach der Einkommensungleichheitsbewertung mit alleiniger Betrachtung der Mobilitätsvariable als Erklärung für die jeweilige Streuung pro Land zwar wenig Erklärungskraft liefert, jedoch die teilweise signifikanten Ergebnisse eine gewisse Richtung vorgeben – wenn auch nicht in allen analysierten Ländern: Mit den hier verwendeten Daten und auch durch die zusätzliche Hinzunahme der Kontrollvariablen zeigt sich, dass dennoch vereinzelt abwärtsmobile Personen einer höheren Wahrscheinlichkeit ausgesetzt sind, dass diese die Einkommensungleichheit kritischer beurteilen als Personen mit einer „positiven“ Mobilitätserfahrung. Dies trifft jedoch nicht für Schweden zu: Hierbei – wie vorhin bereits erwähnt – zeigte die Analyse, dass Personen, welche sich im Vergleich zum eigenen Vater als „viel niedriger“ einstufen, sogar zu einer geringeren Wahrscheinlichkeit die Einkommensungleichheit im eigenen Land kritischer bewerten als nicht-mobile Personen. Dies kann jedoch auch darauf hinweisen, dass der Effekt einer kritischen bzw. negativ-eingestellten Bewertung der Einkommensungleichheit durch die generelle niedrigere kritische Einkommensungleichheitsbewertung einhergeht (vgl. hierzu Abbildung 10).

Die Zusammenführung der einzelnen Ergebnisse zeigt nun auf Länderebene abschließend folgendes Bild (H2):

Für *Österreich* zeigt sich, dass der Einfluss der sozialen Mobilität auf die Bewertung der Einkommensungleichheit sehr gering ist, und sich – mit Hinblick auf die Ergebnisse der logistischen Regression – die einzelnen Gruppen nach der vorliegenden Analyse nicht voneinander unterscheiden. Allerdings ist ein Unterschied zwischen den Mobilitätsgraden zwischen bei der Frage nach der eigenen Leistung erkennbar: Offenbar bewerten abwärtsmobile Personen die eigene Leistung als signifikant wichtiger als nicht-mobile Personen. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich dieser Bewusstseinsmachungsprozess durch die Erfahrung der negativen sozialen Mobilität zur Referenz des Vaters zeigt und sich den anderen beiden Gruppen („nicht-mobil“ und „aufwärtsmobil“) nicht im gleichen Maße zeigt. In Bezug auf das konservative Wohlfahrtsregime zeigt sich, dass dem familiären Hintergrund eine, in Relation zu den anderen herangezogenen Ländern, große Rolle zugesprochen wird – dieses unterscheidet sich nicht nach dem Grad der sozialen Mobilität.

Für *Tschechien* konnten in Bezug auf die Frage nach dem Einfluss der subjektiven sozialen Mobilität gezeigt werden, dass sich stark-abwärtsmobile Personen signifikant von nicht-mobilen Personen unterscheiden. Ebenso zeigt sich, dass es einen Unterschied in Bezug auf die Einstellungsvariablen gibt: Der positive soziale Mobilitätsprozess wirkt sich demnach insofern auf die Beurteilung des familiären Hintergrundes für das jeweilige Vorankommen innerhalb der Gesellschaft aus, als dass dieser signifikant unwichtiger eingeschätzt wird. So wird der familiäre Hintergrund für das Vorankommen von aufwärtsmobilen Personen als weniger wichtig erachtet als bei Personen, welche nicht-mobil bzw. abwärtsmobil sind. Auch zeigt sich, dass aufwärtsmobile Personen die eigene Leistung wichtiger einstufen als nicht-mobile Personen. So wird mit Aufwärtsmobilität die eigene Leistung zwar betont, aber es lässt sich kein Unterschied in Bezug auf die Einkommensungleichheitsbewertung finden (in Bezug zur Referenzgruppe der nicht-mobilen Personen). Abwärtsmobile Personen hingegen bewerten die Einkommensungleichheit kritischer und sind ebenso eher davon überzeugt (im Vergleich zu aufwärtsmobilen Personen), dass der familiäre Hintergrund eine Rolle für das Vorankommen spielt. Vor dem Hintergrund des postsozialistischen Regimes zeichnen sich diese Ergebnisse als äußerst interessant aus: Obwohl die Familie als zentraler Punkt für die Wohlfahrt und die soziale Strukturierung als sehr hoch bezeichnet wird, werden insgesamt der familiäre Hintergrund und die eigene Leistung für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft als vergleichsweise weniger wichtig betrachtet.

*Italien* nimmt in dieser Analyse einen besonderen Stellenwert ein, da bei der Analyse mit den vorliegenden Daten des ISSP von 2009 keine Unterschiede zwischen den einzelnen Mobilitätsgruppen erkannt werden konnte. Sowohl die Analyse der logistischen Regression in der

Berechnung der Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung bzw. Ablehnung der Einkommensungleichheit als auch in Bezug auf die Einstellungsvariablen: Keine der errechneten Modelle lieferte ein signifikantes Ergebnis. So liegt die Schlussfolgerung nahe, dass der Grad der sozialen Mobilität keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Einkommensungleichheit bzw. auf das Vorankommen hat. Andere Variablen haben hier einen gewichtigeren Einfluss auf die Bewertung (zum Beispiel die politische Positionierung). Jedoch zeigt sich bei Betrachtung von Italien als Vertreter des mediterranen Wohlfahrtsregimes, dass vor allem hierbei – analog zur Annahme Regimetheorie – das familiäre System einen vergleichsweise hohen Stellenwert einnimmt und sich dieser nicht zwischen den einzelnen Mobilitätsgruppen unterscheidet. Die schwache Umverteilung – wie in Kapitel 2.2.1 angeführt – wird von den befragten Personen vergleichsweise stark kritisiert: Von den in dieser Arbeit herangezogenen Ländern, zeichnet sich Italien als jenes Land aus, welches die jeweilige Einkommensungleichheit am stärksten kritisiert.

Als interessant – weil konträr zur Hypothese, dass mit absteigender Mobilität sich die Bewertung der Einkommensungleichheit als kritischer zeigt – erweisen sich die Ergebnisse zu *Schweden*: In Schweden konnte – nach Hinzunahme der Kontrollvariablen – errechnet werden, dass sich die Variablenausprägung „viel niedriger“ signifikant zur Ausprägung „nicht-mobil“ unterscheidet. Hierbei zeigt sich allerdings, dass diese Personen die Einkommensungleichheit allerdings weniger negativ gegenüber stehen als jene Personen der Referenzgruppe. Die Betrachtung der Einstellungsvariablen zur Bewertung der eigenen Leistung für das jeweilige Vorankommen innerhalb der Gesellschaft zeigt, dass sich aufwärtsmobile dadurch von nicht-mobilen Personen unterscheiden, dass diese den Anteil der eigenen Leistung am Vorankommen als höher bewerten. Das Postulat der Gleichheitspolitik und eine starke Umverteilung schlagen sich in der allgemeinen Bewertung der Einkommensungleichheit nieder. Der Familie wird weniger Einflussnahme auf das Vorankommen zugesprochen – auch ist insgesamt gesehen die eigene Leistung für das Vorankommen (vor allem im Vergleich zu Großbritannien) nicht besonders wichtig.

Zuletzt zeigt *Großbritannien*, dass hier – wie auch in Tschechien und Schweden – der Index der eigenen Leistung für das Vorankommen innerhalb der Gesellschaft signifikant mehr unterstützt wird als von nicht-mobilen Personen. Auch die Frage nach der Bewertung der Einkommensungleichheit zeigt, dass sich abwärtsmobile Personen eher kritisch gegenüber der jeweiligen Einkommensungleichheit positionieren als nicht-mobile Personen. In der Analyse konnte gezeigt werden, dass die Eigenversorgungsannahme als ideologisches Element in Bezug auf die Bewertung der Einkommensungleichheit erkennbar ist: Die Einkommensun-

gleichheit wird – obwohl es diese verhältnismäßig hoch ist – mitunter sehr unkritisch betrachtet. Hingegen wird die eigene Leistung insgesamt als vergleichsweise sehr wichtig angesehen.

Die Analyse zeigte zwar vereinzelt Effekte der sozialen Mobilität auf die Bewertung der Einkommensungleichheit bzw. die Einschätzung der Faktoren für das jeweilige Vorankommen, allerdings sind sich diese Effekte als nicht besonders stark (vgl. hierzu Tabelle 38). Andere Variablen – welche als Kontrollvariablen in den Gesamtmodellen zu finden sind – zeigen, dass etwaige Effekte durch die alleinige Betrachtung der Mobilitätsvariable verschwinden (bzw. wie im Falle von Schweden stark verändern), wenn Kontrollvariablen hinzugenommen werden.

Für nachfolgende Forschung zum Thema des Einflusses der sozialen Mobilität auf die Bewertung der Einkommensungleichheit wäre es demnach nötig, weite Variablen hinzuzunehmen, die den verbleibenden Effekt der Mobilität weiter prüfen, welche allerdings gesondert erhoben werden müssten und nicht auf Daten eines bestehenden Datensatzes zurückgreift. Ebenso zeigt sich, dass die Effekte nicht bei allen in dieser Arbeit herangezogenen Ländern gleichermaßen gefunden wurden.

Zur Forschung, welche sich mit dem Thema der Beurteilung der Einkommensungleichheit generell auseinandersetzt, zeigt sich, dass andere Variablen, wie zum Beispiel der jeweilige Bildungsabschluss oder auch die politische Positionierung einen wesentlich eindeutigeren Einfluss zeigen konnte. Demzufolge könnte der Schluss gezogen werden, dass die Bewertung der Einkommensungleichheit im jeweiligen Land mehr von den gegenwärtigen Umständen beeinflusst wird, als von Mobilitätsprozessen.

## Literatur

Abercrombie, N., S. Hill und B. S. Turner (1980): *The Dominant Ideology Thesis*. London: Allen & Unwin.

Abramson, Paul/Books, John (1971): *Social Mobility and Political Attitudes: A Study of Intergenerational Mobility among Young British Men*. In: *Comparative Politics*. Volume 3 Issue 3. S. 403-428

Alber, Florian (2006): *Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich in elf Länder*. Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung. Nr. 25, Mai 2006

Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf (2011) *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Springer Verlag: Berlin Heidelberg

Blau, P. M., and J. E. Schwartz. (1984): *Crosscutting Social Circles: Testing a Macro- structural Theory of Intergroup Relations*. Orlando, Fla.: Academic Pres

Blome, Agnes/Keck, Wolfgang/Alber, Jens (2008): *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS-Verlag

Bonoli, Guiliano (1997): *Classifying Welfare States. A Two-Dimension Approach*. *Journal of Social Policy* 26 (3): S. 251-372

Breen, Richard/Lujikx, Ruud (2004): *Social Mobility in Europe between 1970 and 2000*. 37-76. In: Breen, Richard (Hrsg.): *Social Mobility in Europe*. Oxford: Oxford University Press

Clark, Andrew/D'Angelo, Emanuela (2009): *Upward Social Mobility, Well-being and Political Preferences: Evidence from the BHPS*.

Clifford, P./Heath, A. (1993): *The Political Consequences of Social Mobility*. In: *Journal of the Royal Statistical Society. Series A (Statistics in Society)*. Volume 156 Issue 1. S. 51-61

Corneo G, Grüner HP (2002): Individual preferences for political redistribution. *J Public Econ* 83, S. 83–107

Dallinger, Ursula (2008): Sozialstaatliche Umverteilung und ihre Akzeptanz im internationalen Vergleich: Eine Mehrebenenanalyse. In: *Zeitschrift für Soziologie*. Jg. 37 (2), S. 137-157

De Graaf, Nan Dirk/Nieuwbeerta, Paul/Heath Anthony (1995): Class Mobility and Political Preferences: Individuals and Contextual Effects. In: *American Journal of Sociology*. Volume 100 (4), S. 997-1027

Douglas, M. (1982): „Cultural Bias“. S. 183-254 in M. Douglas, *In the Active Voice*. London: Routledge & Kegan Paul.

Douglas, M. (1996): *Thought Styles*. London: Sage.

Downs, A. (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.

Erikson, R./Goldthorpe, J (1992): *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford. Clarendon Press

Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton University Press

Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus : zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (1998): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus: der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt/Main: Campus Verlag

Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford University Press, Oxford.

Ebert, Thomas (2010): *Soziale Gerechtigkeit. Ideen, Geschichte, Kontroversen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Ferrera, Maurizio (1993): *Modelli di solidarietà*. Bologna: Il Mulino

Ferrera, Maurizio (1996): The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. In: *Journal of European Social Policy* 6, S. 17 – 37

Ferrera, Maurizio (1998): The Four 'Social Europes': Between Universalism and Selectivity, Rhodes, Martin und Mény, Yves, *The Future of European Welfare. A New Social Contract?* Seite 79-96, Macmillan, St. Martin's Press, London; New York

Fromm, Sabine (2005): *Binäre logistische Regressionsanalyse. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Window* In: Schulze, Gerhard/Akremiti, Leila: *Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung*. Nummer 11/2005. Universität Bamberg

Goldthorpe, J. H. (1987): *Social Mobility and Class Structure in Great Britain*. Oxford: Clarendon Press

Groß, Martin (2008): *Klassen, Schichte, Mobilität. Eine Einführung*. VS Verlag: Wiesbaden

Haller, Max (1989): *Die Klassenstruktur im sozialen Bewusstsein. Ergebnisse vergleichender Umfrageforschung zu Ungleichheitsvorstellungen*. In: Max Haller/Hans-Jürgen Hoffmann-Nowotny/Wolfgang Zapf (Hg.), *Kultur und Gesellschaft*. Frankfurt, New York, S. 447-483

Haller, Max/Mach, Bogdan/Zwicky, Heinrich (1995): *Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleichs*. In: Müller, Hans-Peter/Wegener Bernd (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*. Leske + Budrich: Opladen

Hayek, Friedrich (1969): *Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze*. Tübingen: J. C. B. Mohr

Hayek, Friedrich (1971): *Die Verfassung der Freiheit*. Mohr: Tübingen

Heath, A. F., R. Jowell, and J. Curtice. (1985): *How Britain Votes*. Oxford: Pergamo

Homans, Georg (1972): Theorie der sozialen Gruppe. Opladen

Ishida, Hiroshi/Müller, Walter/Ridge, John (1995): Class Origin, Class Destination, and Education. A Cross-National Study of Ten Industrial Nations. In: American Journal of Sociology 101, S. 145-193

Janssen, Jürgen; Laatz, Wilfried (2010): Statistische Datenanalyse mit SPSS. Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests. Springer Verlag: Heidelberg

Kelley, S M C/Kelley C G E (2009): Subjective Social Mobility: Data from 30 Nations. In: Haller, Max/ Jowell, Roger/Smith, Tom: *Charting the Globe: The International Social Survey Programme 1984-2009*. edited by. London: Routledge

Kluegel, J. R. (1989): Perceptions of Justice in the U. S.: Split Consciousness among the American Public. Conference on Perception of Social Justice in East and West. Manuscript. Dubrovnik.

Kohl, Jürgen (1993): Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive – Anmerkungen zu Esping-Andersen's „The Three Worlds of Welfare Capitalism“; Zeitschrift für Sozialreform

Kreckel, Reinhard (1997): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/ Main – New York: Campus

Kuhn, Andreas (2010): Demand for redistribution, support for the welfare state, and party identification in Austria. In: *Empirica – Journal of European Economics*, No. 10663 (37), S. 215–236

Laslett, Barbara (1971): Mobility and Work Satisfaction: A Discussion of the Use and Interpretation of Mobility Models. In: American Journal of Sociology, Vol. 77 (1), S. 19-35

Lessenich, Stephan (1994): "Three Worlds of Welfare Capitalism"- oder vier? Strukturwandel arbeits- und sozialpolitischer Regulierungsmuster in Spanien, Politische Vierteljahresschrift 35, S. 224-244

Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Theorie und Gesellschaft, Band 40. Frankfurt/New York: Campus

Leibfried, Stephan (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community, Ferge, Zsuzsa und Kolberg, Jon Eivind, Social Policy in a Changing Europe S. 245-279

Liebig, Stefan/Wegener, Bernd (1995): Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und USA. In: Müller, Hans-Peter/Wegener Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich: Opladen

Linos, Katherina/West, Martina (2003): Self-interest, Social Beliefs, and Attitudes to Redistribution. Re-addressing the Issue of Cross-Naional Variation. In: European Sociological Journal. 19 (4), S. 393-409

Lippl, Bodo (1997): Jedem das Seine? Die Wahrnehmung und Beurteilung von Einkommensgerechtigkeit im Ländervergleich. Diplomarbeit, Universität München. Arbeitsbericht Nr. 36. Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland

Lippl, Bodo (2000): "Welten der Gerechtigkeit" in „Welten wohlfahrtsstaatlicher Regimes“. Welche Einkommensungerechtigkeit nehmen Menschen in Europa wahr und welche Gerechtigkeitsordnung wollen sie? Arbeitsbericht Nr. 59 Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland

Lippl, Bodo (2003): Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Analysen in postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern. Dissertation. Humboldt-Universität Berlin.

Lipset S M, Bendix R. (1959): Social Mobility in Industrial Society, Berkeley, Calif.: Univesity of California Press

Lipset, S. M. (1960): Political Man: The Social Bases of Politics. London: Heinemann Educational Books

Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas. UTB Verlag: Konstanz

Mau, Steffen (1997): Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten: ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, Veröffentlichungen der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Forschungsschwerpunktes Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Diplomarbeit

Marshall, Gordon/Firth, David (1999): Social mobility and personal satisfaction:evidence from ten countries. In: Brit. Jnl. of Sociology Volume No. 50 (1)

Meinefeld, Werner (1977): Einstellungen und soziales Handeln, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg

Merkel, Wolfgang (2001): Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Berliner Journal für Soziologie. Volume 11 (2), S. 135-157

Merkel, Wolfgang (2007a): Soziale Gerechtigkeit: Theorie und Wirklichkeit. FES Online Akademie. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06078.pdf> (Abgerufen: 15. August 2013)

Merkel, Wolfgang (2007b): Soziale Gerechtigkeit im OECD Vergleich, in: Empter/Varenkamp: Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme

Methodenberatung (oJ): Kruskal-Wallis-Test. (Universität Zürich) URL: <http://www.methodenberatung.uzh.ch/datenanalyse/unterschiede/zentral/kruskal.html> (Abgerufen am 19. Oktober 2013)

Miebach, Bernhard (2006): Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung. VS Verlag: Wiesbaden

Müller, Hans-Peter (1995): Soziale Differenzierung und soziale Gerechtigkeit. Ein Vergleich von Max Weber und Michael Walzer. In: Müller, Hans-Peter/Wegener Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich: Opladen

Nozick, Robert (2006): Anarchie, Staat, Utopia, München; Originaltext: Anarchy, State, and Utopia, Oxford 1974

Nieuwbeerta, Paul/De Graaf Nan Dirk/Ultee, Wout (2000): The Effects of Class Mobility on Class Voting in Post-War Western Industrialized Countries. In: European Sociological Review. 16 (4), S. 327-348

Offe, Claus (1993): Zur Typologie von sozialpolitischen "Regimes", in: Zeitschrift für Sozialreform 39, S. 83-86

Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2007): Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reforms in the Post-Communist New Member States. Discussion paper SP IV No. 2007-306. Berlin: WZB

Parkin F. (1971): Class Inequality and Political Order, New York: Praeger

Paterson, Lindsay (2008): Political attitudes, social participation and social mobility: a longitudinal analysis. In: The British Journal of Sociology. Volume 59 (9), S. 414-434

Philips, D. L. (1983): The normative Standing of economic inequalities. In: Soziologische Gids, S. 318-350

Pickel, Gert/Müller, Olaf (2006): Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas. In: Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2.

Rothstein, Bo (1998): Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State, Cambridge University Press, Cambridge

Rawls, John (1971): A Theory of Justice. Cambridge, MA: Harvard University Press

Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.; Originaltext: A Theory of Justice, Cambridge (Mass.) 1971

Rawls, John (1992): Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989. Suhrkamp: Frankfurt/Main

Rössel, Jörg (2009): Sozialstrukturanalyse. Eine kompakte Einführung. VS Verlag: Wiesbaden

Rückert, Kerstin (2008): Einstellung zur sozialen Ungleichheit und Gerechtigkeit im internationalen Vergleich. In: Burzan, Nicole: Quantitative Forschung in der Sozialstrukturanalyse. VS Verlag: Wiesbaden. S. 105-135

Schmid, Michael (1995): Soziale Ordnung und distributive Gerechtigkeit. Bemerkungen zu Friedrich Hayeks Sozialtheorie. In: Müller, Hans-Peter/Wegener Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich: Opladen

Schmid, Josef (2011): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Schmidt, Alexander (2010): The Experience of Social Mobility and the Formation of Attitudes Towards Income Redistribution. Paper prepared for the "Joint NordWel Re-Asses International Summer School 2010" in Odense.

Sen, Amartya (1999): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Carl Hanser Verlag. Ulm

Sobel, Michael (1985): Social Mobility and Fertility Revisited: Some New Models for the Analysis of the Mobility Effects Hypothesis. In: American Sociological Review, Vol. 50 (5), S. 699-712

Statistik Austria (2012): S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis. Statistik Austria Metainformation.

Stein, Petra (2006): Lebensstile im Kontext von Mobilitätsprozessen. Entwicklung eines Modells zur Analyse von Effekten sozialer Mobilität und Anwendung in der Lebensstilforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden

Streidinger, Angelika (2012): Gerechtigkeitseinstellungen in Österreich vor dem Hintergrund zunehmender Ungleichheit zwischen 1987 und 2009. Diplomarbeit: Universität Wien

Svallfors, S. (1993): Policy Regimes and Attitudes to Inequality: A Comparison of Three European Nations. In: T. P. Boje, S. E. Olsson Hort (eds.), Scandinavia in a New Europe. Oslo: Scandinavian University Press, S. 87-133

Titmuss, Richard (1958): Essays on the Welfare State London: Allen and Unwin

Titmuss, Richard (1974): Social Policy. London: Allen and Unwin

Treibel, Annette (1993): Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, Leske + Budrich, Opladen

Ullrich, Carsten G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Anmerkungen zum Forschungsstand. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäischer Sozialforschung.

Valdimarsdóttir, M., J. G. Bernburg, Ólafsdóttir, S. (2011): Social mobility and attitudes toward the welfare state. University of Reykjavik

Walzer, Michael (1983): Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality. Cambridge, MA: Harvard University Press

Walzer, Michael (1993): Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik, Frankfurt a.M.; Originaltext: Interpretation and Social Criticism, Cambridge 1987

Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 21 (4), S. 269-283

Wegener, Bernd (1995): Auf dem Weg zur Interdisziplinarität in der sozialen Gerechtigkeitsforschung? Anmerkungen zu Scherer, Elster, Rawls und Walzer. ISJP Arbeitsbericht Nr. 35, Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland

Wegener, Bernd (1995): Gerechtigkeitstheorie und empirische Gerechtigkeitsforschung. In: Müller, Hans-Peter/Wegener Bernd (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Leske + Budrich: Opladen

Weakliem, David L. (1992): Does Social Mobility Affect Political Behaviour? *European Sociological Review*, Jg. 8, S. 153–165.

Wegener, Bernd, (1991): Relative deprivation and social mobility. Structural constraints on distributive justice judgements. *European Sociological Review*, S. 7: 3-18.

Wegener, Bernd (1998): Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit. Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung. Arbeitsbericht Nr. 56, ISJP

Wegener, Bernd (2000): Ist soziale Gerechtigkeit das, was die Leute dafür halten? Zum Verhältnis von normativer und empirischer Gerechtigkeitsforschung. Arbeitsbericht Nr. 68, ISJP

Wegener, Bernd (2001): Anmerkungen zum Verhältnis von normativer und empirischer Gerechtigkeitsforschung, Allmendinger, Jutta, Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Teil B, S. 879-904

WKO (2008): BIP. URL: <http://wko.at/statistik/eu/europa-BIPjeEinwohner.pdf>

## Kurzzusammenfassung

**Titel:** Bewertung der Einkommensungleichheit im Kontext von intergenerationalen Mobilitätsprozessen in ausgewählten europäischen Wohlfahrtsstaaten. Eine multivariate Sekundärdatenanalyse anhand der Daten des International Social Survey Program (ISSP) von 2009.

**Typ:** Masterarbeit – Institut für Soziologie, Universität Wien

**Autor:** Markus Picek

**Betreuung:** Ao. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Hildegard Weiss

**Jahr:** 2013

**Stichwörter:** Soziale Mobilität; Einkommensungleichheit; Einkommensverteilung; Einkommensumverteilung; Sozialstruktur; Wohlfahrtsstaat; Gerechtigkeitsforschung; ISSP

**Inhalt:** Diese Arbeit geht der Frage nach, welche Erklärungskraft die subjektive soziale Mobilität auf die Bewertung der Einkommensungleichheit besitzt. Dafür wurden die Daten des ISSP aus dem Jahr 2009 für eine Sekundärdatenanalyse herangezogen und fünf Länder nach dem regimetheoretischen Ansatz für diese Analyse ausgewählt (Österreich, Tschechien, Italien, Schweden und Großbritannien). Konzeptionell stützt sich diese Arbeit auf Ansätze der empirischen Gerechtigkeitsforschung, Wohlfahrtsstaatsforschung sowie der Forschung zur sozialen Mobilität.

Durch die Analyse der Daten mittels logistischer Regression und diverser Gruppenvergleiche konnte zu dem Schluss gekommen werden, dass bei alleiniger Analyse des Einflusses des Mobilitätsgrades nur wenig der Varianz der Variable „Einkommensungleichheit“ (Index aus zwei verschiedenen Variablen) erklärt werden konnte. Durch Hinzunahme verschiedener Kontrollvariablen konnte zwar der Erklärungswert ungleich verbessert werden – jedoch verschwand teilweise der Mobilitätseffekt in Bezug auf die abhängige Variable. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass die soziale Mobilität der Personen keinen großen Einfluss auf die Bewertung der Einkommensungleichheit hat. Dennoch konnten für Tschechien, Schweden und Großbritannien geringe Effekte berechnet werden. Für Österreich und Italien konnte nach Hinzunahme der Kontrollvariablen kein Effekt der sozialen Mobilität auf die Bewertung der Einkommensungleichheit berechnet werden.

## **Abstract**

**Title:** Attitudes towards income inequality in the context of intergenerational mobility process within selected European welfare states. A multivariate secondary data analysis using data from the International Social Survey Program (ISSP) of 2009.

**Type:** Master's Thesis – Institute of Sociology; University of Vienna

**Author:** Markus Picek

**Person in charge:** Ao. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Hildegard Weiss

**Year:** 2013

**Keywords:** social mobility; income inequality; distribution of income; social structure; welfare state; justice research; ISSP

**Contents:** This thesis follows the question which explanation strength owns the subjective social mobility on the assessment of income inequality. For this question the data of the ISSP from 2009 were used for a secondary data analysis and five countries were selected after the regime-theoretical approach for this analysis (Austria, Czech Republic, Italy, Sweden and Great Britain). Conceptual this work rests on attempts of the empiric justice research, welfare state research as well as the research of social mobility.

By the analysis of the data using binary logistic regression and various group comparisons I concluded, that the single analysis of the influence of the mobility degree explains only a little of the variance of the variable "income inequality" (index from two different variables). Though the explanation value could be improved by adding of different controlling variables incomparably – however, the mobility effect partially disappeared concerning the dependent variable. In this respect it must be assumed from the fact that the social mobility of the people has no big influence on the attitude towards the income inequality. Still an influence could be calculated for Czech Republic, Sweden and Great Britain low effect. For Austria and Italy no effect of the social mobility could be calculated after adding control variables.

## Syntax

\*Länder aufteilen.

\*\*nicht erneut aktivieren.

`SORT CASES BY V4.`

`SPLIT FILE SEPARATE BY V4.`

\*\*\*ABHÄNGIGE VARIABLE -- INDEXBILDUNG UND DICHOTOMISIERUNG.

\*Reliabilitätsanalyse für Indexbildung mit vier Variablen.

RELIABILITY

`/VARIABLES=V32 V33 V34 V35`

`/SCALE('ALL VARIABLES') ALL`

`/MODEL=ALPHA`

`/STATISTICS=DESCRIPTIVE SCALE CORR COV`

`/SUMMARY=TOTAL MEANS VARIANCE COV CORR.`

\*Reliabilitätsanalyse für Indexbildung mit drei Variablen.

RELIABILITY

`/VARIABLES=V32 V33 V34`

`/SCALE('ALL VARIABLES') ALL`

`/MODEL=ALPHA`

`/STATISTICS=DESCRIPTIVE SCALE CORR COV`

`/SUMMARY=TOTAL MEANS VARIANCE COV CORR.`

\*Reliabilitätsanalyse für Indexbildung mit zwei Variablen.

RELIABILITY

`/VARIABLES=V32 V33`

`/SCALE('ALL VARIABLES') ALL`

`/MODEL=ALPHA`

`/STATISTICS=DESCRIPTIVE SCALE CORR COV`

`/SUMMARY=TOTAL MEANS VARIANCE COV CORR.`

\*Kreuztabelle zwischen v32 und v33.

## CROSSTABS

```
/TABLES=V32 BY V33  
/FORMAT=AVALUE TABLES  
/CELLS=COUNT  
/COUNT ROUND CELL.
```

\*Korrelation zwischen v32 und v33.

## CORRELATIONS

```
/VARIABLES=V32 V33  
/PRINT=TWOTAIL NOSIG  
/MISSING=PAIRWISE.
```

## NONPAR CORR

```
/VARIABLES=V32 V33  
/PRINT=SPEARMAN TWOTAIL NOSIG  
/MISSING=PAIRWISE.
```

\*Indexbildung abhvar\_index.

```
COMPUTE abhvar_index=V32 + V33.  
EXECUTE.
```

\*Erstellung abh Var.

```
recode v32 (1 2=1) (3 4 5=0) into v32_rec.  
VALUE LABELS v32_rec 1'zustimmung' 2'keine zustimmung'.  
EXECUTE.
```

```
recode v33 (1 2= 1) (3 4 5=0) into v33_rec.  
VALUE LABELS v33_rec 1'zustimmung' 2'keine zustimmung'.  
EXECUTE.
```

```
if (v32_rec = 1) AND (v33_rec = 1) abhvar = 1.  
if (v32_rec = 1) AND (v33_rec = 0) abhvar = 2.  
if (v32_rec = 0) AND (v33_rec = 1) abhvar = 3.  
if (v32_rec = 0) AND (v33_rec = 0) abhvar = 4.  
EXECUTE.
```

```
recode abhvar (1 = 1) (2 3 4 = 0) into abhvar_bi.  
VALUE LABELS abhvar_bi 1'zustimmung' 0'keine zustimmung'.  
EXECUTE.
```

```
fre abhvar_bi.
```

```
***EINSTELLUNGSVARIABLE.
```

```
**Indexbildung - sozialer Hintergrund und Wichtigkeit der eigenen Leistung.
```

```
*Häufigkeitenauszählung für Variablen "getting ahead".
```

```
fre v6 to v10.
```

```
*Indexerstellung - Index Wichtigkeit des soziale Hintergrundes.
```

```
RELIABILITY
```

```
  /VARIABLES=V6 V7
```

```
  /SCALE('ALL VARIABLES') ALL
```

```
  /MODEL=ALPHA
```

```
  /STATISTICS=DESCRIPTIVE SCALE CORR COV
```

```
  /SUMMARY=TOTAL MEANS VARIANCE COV CORR.
```

```
COMPUTE index_soz_hintergrund=V6 + V7.
```

```
EXECUTE.
```

```
*Indexerstellung - Index Wichtigung der eigenen Eigenschaften.
```

```
RELIABILITY
```

```
  /VARIABLES=V8 V9 V10
```

```
  /SCALE('ALL VARIABLES') ALL
```

```
  /MODEL=ALPHA
```

```
  /STATISTICS=DESCRIPTIVE SCALE CORR COV
```

```
  /SUMMARY=TOTAL MEANS VARIANCE COV CORR.
```

```
COMPUTE index_leistung=V8 + V9 + V10.
```

```
EXECUTE.
```

\*Variable umkodieren - Rekodierung von SM-Variable.

```
recode v46 (1 2=1) (3=2) (4 5=3) (ELSE=SYSMIS) into sm_rec.  
VALUE LABELS sm_rec 1'aufstieg' 2'gleichbleibend' 3'absteig'.  
EXECUTE.
```

\*\*Einstellungsvariablen und Frage nach Unterscheidung zwischen der jeweiligen Mobilität.

\*H-Test mit reduzierter SM (nur drei kategorien).

NPART TESTS

```
/K-W=index_soz_hintergrund BY sm_rec(1 3)  
/STATISTICS DESCRIPTIVES  
/MISSING ANALYSIS.
```

NPART TESTS

```
/K-W=index_leistung BY sm_rec(1 3)  
/STATISTICS DESCRIPTIVES  
/MISSING ANALYSIS.
```

\*U Test bei Index sozialer Hintergrund.

NPART TESTS

```
/M-W= index_soz_hintergrund BY sm_rec(1 2)  
/STATISTICS=DESCRIPTIVES QUANTILES  
/MISSING ANALYSIS.
```

NPART TESTS

```
/M-W= index_soz_hintergrund BY sm_rec(1 3)  
/STATISTICS=DESCRIPTIVES QUANTILES  
/MISSING ANALYSIS.
```

NPART TESTS

```
/M-W= index_soz_hintergrund BY sm_rec(2 3)  
/STATISTICS=DESCRIPTIVES QUANTILES  
/MISSING ANALYSIS.
```

\*U Tests bei Leistungsindex.

#### NPART TESTS

```
/M-W= index_leistung BY sm_rec(1 2)  
/STATISTICS=DESCRIPTIVES QUANTILES  
/MISSING ANALYSIS.
```

#### NPART TESTS

```
/M-W= index_leistung BY sm_rec(1 3)  
/STATISTICS=DESCRIPTIVES QUANTILES  
/MISSING ANALYSIS.
```

#### NPART TESTS

```
/M-W= index_leistung BY sm_rec(2 3)  
/STATISTICS=DESCRIPTIVES QUANTILES  
/MISSING ANALYSIS.
```

\*Korrelation zwische index\_soz\_hintergrund und index\_leistung.

#### CORRELATIONS

```
/VARIABLES=index_soz_hintergrund index_leistung  
/PRINT=TWOTAIL NOSIG  
/MISSING=PAIRWISE.
```

#### NONPAR CORR

```
/VARIABLES=index_soz_hintergrund index_leistung  
/PRINT=BOTH TWOTAIL NOSIG  
/MISSING=PAIRWISE.
```

\*Häufigkeitsaufzählung der verwendeten Variablen. XXX hier fehlen noch einige Variablen  
XXX.

```
FREQUENCIES VARIABLES=V6 V7 V8 V9 V10 V32 V33 V46 gerechtigkeitsindex abhvar
```

```
/NTILES=4
```

```
/NTILES=10
```

```
/STATISTICS=STDDEV VARIANCE RANGE MINIMUM MAXIMUM SEMEAN
```

```
MEAN MEDIAN MODE SUM
```

```
/HISTOGRAM NORMAL
```

```
/ORDER=ANALYSIS.
```

\*Dummyvariablenbildung - soziale Mobilität mit "keine Mobilität" als Referenz.

recode v46 (1=1) (else=0) into vielhoeher.

VALUE LABELS vielhoeher 1'Dummyvariable starke Aufwärtsmobilität'.

EXECUTE.

recode v46 (2=1) (else=0) into hoeher.

VALUE LABELS hoeher 1'Dummyvariable geringere Aufwärtsmobilität'.

EXECUTE.

recode v46 (4=1) (else=0) into niedriger.

VALUE LABELS niedriger 1'Dummyvariable geringe Abwärtsmobilität'.

EXECUTE.

recode v46 (5=1) (else=0) into vielniedriger.

VALUE LABELS vielniedriger 1'Dummyvariable starke Abwärtsmobilität'.

EXECUTE.

\*Dummyvariable - Geschlecht mit Männer als Referenz.

recode sex (2=1) (else=0) into frauen.

VALUE LABELS frauen 1'Dummyvariable Frauen'.

EXECUTE.

\*Dummyvariable - Alter mit 21-30 als referenz.

RECODE AGE (SYSMIS=SYSMIS) (MISSING=SYSMIS) (21 thru 30=1) (31 thru 45=2)  
(46 thru 55=3) (56 thru

65=4) (66 thru Highest=5) (15 thru 20=SYSMIS) INTO age\_rec.

VARIABLE LABELS age\_rec 'age\_rec'.

EXECUTE.

fre age\_rec.

recode age\_rec (2=1) (else=0) into age31to45.

VALUE LABELS age31to45 1'Dummyvariable 31bis45'.

EXECUTE.

recode age\_rec (3=1) (else=0) into age46to55.

VALUE LABELS age46to55 1'Dummyvariable 46to55'.

EXECUTE.

recode age\_rec (4=1) (else=0) into age56to65.

VALUE LABELS age56to65 1'Dummyvariable 56to65'.

EXECUTE.

recode age\_rec (5=1) (else=0) into age66plus.

VALUE LABELS age66plus 1'Dummyvariable 66plus'.

EXECUTE.

\*Dummyvariable Bildung mit gering-qualifizierung als referenz.

RECODE DEGREE (2=2) (3=3) (4=4) (5=5) (SYSMIS=SYSMIS) (0 thru 1=1) INTO degree\_rec.

EXECUTE.

recode degree\_rec (2=1) (else=0) into mehralspflichtausbildung.

VALUE LABELS mehralspflichtausbildung 1'Dummyvar mehr als pflichtausbildung'.

EXECUTE.

recode degree\_rec (3=1) (else=0) into secondary.

VALUE LABELS secondary 1'Dummyvar secondary'.

EXECUTE.

recode degree\_rec (4=1) (else=0) into secondaryplus.

VALUE LABELS secondaryplus 1'Dummyvar secondaryplus'.

EXECUTE.

recode degree\_rec (5=1) (else=0) into uni.

VALUE LABELS uni 1'Dummyvar uni'.

EXECUTE.

\*Dummyvariable Berufliche Stellung - Vollzeit als Referenz.

fre WRKST.

```
RECODE WRKST (1=1) (4 8 9 10=3) (5=4) (6=5) (7=6) (SYSMIS=SYSMIS) (2 thru 3=2)
INTO
```

```
    berufstellung.
```

```
EXECUTE.
```

```
recode berufstellung (2=1) (else=0) into teilzeit.
```

```
VALUE LABELS teilzeit 1'Dummy teilzeit'.
```

```
EXECUTE.
```

```
recode berufstellung (3=1) (else=0) into nichtamarbeitsmarkt.
```

```
VALUE LABELS nichtamarbeitsmarkt 1'dummy nicht am arbeitsmarkt'.
```

```
EXECUTE.
```

```
recode berufstellung (4=1) (else=0) into arbeitslos.
```

```
VALUE LABELS arbeitslos 1'dummy arbeitslos'.
```

```
EXECUTE.
```

```
recode berufstellung (5=1) (else=0) into ausbildung.
```

```
VALUE LABELS ausbildung 1'dummy ausbildung'.
```

```
EXECUTE.
```

```
recode berufstellung (6=1) (else=0) into rente.
```

```
VALUE LABELS rente 1'dummy rente'.
```

```
EXECUTE.
```

```
CORRELATIONS age v46.
```

```
CORRELATIONS v46 abhvar_index.
```

```
CORRELATIONS abhvar_index age.
```

```
***Einkommen umkodieren.
```

\*Österreich mit Kat1 als Referenzkategorie.

```
recode at_rinc (0 thru 750=1) (1050 thru 1650=2) (1950 thru 2250=3) (2750 thru 3500=4)
(4000=5) (else=SYSMIS) into at_income.
```

EXECUTE.

```
recode at_income (2=1) (else=0) into at_income_2.
```

EXECUTE.

```
recode at_income (3=1) (else=0) into at_income_3.
```

EXECUTE.

```
recode at_income (4=1) (else=0) into at_income_4.
```

EXECUTE.

```
recode at_income (5=1) (else=0) into at_income_5.
```

EXECUTE.

\*Tschechien mit Kat1 als Referenzkategorie.

```
recode cz_rinc (0 thru 9000=1) (11000 thru 19000=2) (21000 thru 37500=3) (45000 thru
60000=4) (77500=5) (else=SYSMIS) into cz_income.
```

EXECUTE.

```
recode cz_income (2=1) (else=0) into cz_income_2.
```

EXECUTE.

```
recode cz_income (3=1) (else=0) into cz_income_3.
```

EXECUTE.

```
recode cz_income (4=1) (else=0) into cz_income_4.
```

EXECUTE.

```
recode cz_income (5=1) (else=0) into cz_income_5.
```

EXECUTE.

\*Italien mit Kat1 als Referenzkategorie.

```
recode it_rinc (0 thru 700=1) (950 thru 1600=2) (1850 thru 2300=3) (3000 thru 3700=4)
(5000=5) (else=SYSMIS) into it_income.
```

EXECUTE.

```
recode it_income (2=1) (else=0) into it_income_2.
```

EXECUTE.

```
recode it_income (3=1) (else=0) into it_income_3.
```

EXECUTE.

```
recode it_income (4=1) (else=0) into it_income_4.
```

EXECUTE.

```
recode it_income (5=1) (else=0) into it_income_5.
```

EXECUTE.

\*Schweden mit Kat1 als Referenzkategorie.

```
recode se_rinc (0 thru 10000=1) (10050 thru 18000=2) (18100 thru 25000=3) (25200 thru
39000=4) (40000 thru 200000=5) (else=SYSMIS) into se_income.
```

EXECUTE.

```
recode se_income (2=1) (else=0) into se_income_2.
```

EXECUTE.

```
recode se_income (3=1) (else=0) into se_income_3.
```

EXECUTE.

```
recode se_income (4=1) (else=0) into se_income_4.
```

EXECUTE.

```
recode se_income (5=1) (else=0) into se_income_5.
```

EXECUTE.

\*Politische Positionierung - Kat1 (links) als Ref.

recode party\_lr (1 2=1) (else=0) into links.

EXECUTE.

recode party\_lr (3=1) (else=0) into mitte.

EXECUTE.

recode party\_lr (4 5=1) (else=0) into rechts.

EXECUTE.

\*Großbritannien mit Kat1 als Referenzkategorie.

recode gb\_rinc (0 thru 9000=1) (11000 thru 16500=2) (19000 thru 24500=3) (27500 thru 53000=4) (59000=5) (else=SYSMIS) into gb\_income.

EXECUTE.

recode gb\_income (2=1) (else=0) into gb\_income\_2.

EXECUTE.

recode gb\_income (3=1) (else=0) into gb\_income\_3.

EXECUTE.

recode gb\_income (4=1) (else=0) into gb\_income\_4.

EXECUTE.

recode gb\_income (5=1) (else=0) into gb\_income\_5.

EXECUTE.

\*Dummybildung V44 in fünf Kategorien (Referenz: ++).

recode v44 (1 2=1) (3 4=2) (5 6=3) (7 8=4) (9 10=5) (SYSMIS=SYSMIS) INTO gesstellung.

EXECUTE.

```
recode gesstellung (2=1) (else=0) into gesstellung_unten.  
VALUE LABELS gesstellung_unten 1'dummy unten'.  
EXECUTE.
```

```
recode gesstellung (3=1) (else=0) into gesstellung_mitte.  
VALUE LABELS gesstellung_mitte 1'dummy mitte'.  
EXECUTE.
```

```
recode gesstellung (4=1) (else=0) into gesstellung_oben.  
VALUE LABELS gesstellung_oben 1'dummy oben'.  
EXECUTE.
```

```
recode gesstellung (5=1) (else=0) into gesstellung_weitoben.  
VALUE LABELS gesstellung_weitoben 1'dummy weit oben'.  
EXECUTE.
```

```
*Logistische Regression - nur mit Mobilitätsvariable.  
LOGISTIC REGRESSION VARIABLES abhvar_bi  
  /METHOD=ENTER vielhoeher hoeher niedriger vielniedriger  
  /CRITERIA=PIN(.05) POUT(.10) ITERATE(20) CUT(.5).
```

```
*Log Reg mit Mob und allen Kontrollvariablen AT.  
USE ALL.  
COMPUTE filter_$=(v5 = 40).  
VARIABLE LABELS filter_$ 'v5 = 40 (FILTER)'.  
VALUE LABELS filter_$ 0 'Not Selected' 1 'Selected'.  
FORMATS filter_$ (f1.0).  
FILTER BY filter_$.  
EXECUTE.
```

```
LOGISTIC REGRESSION VARIABLES abhvar_bi
```

```

/METHOD=ENTER vielhoeher hoeher niedriger vielniedriger frauen age31to45 age46to55
age56to65
age66plus mehralspflichtausbildung secondary secondaryplus uni teilzeit nichtamarbeits-
markt
arbeitslos ausbildung rente gesstellung_unten gesstellung_mitte gesstellung_oben gesstel-
lung_weitoben at_income_2 at_income_3 at_income_4 at_income_5 mitte rechts
/CRITERIA=PIN(.05) POUT(.10) ITERATE(20) CUT(.5).

```

\*Log Reg mit Mob und allen Kontrollvariablen CZ.

```

USE ALL.
COMPUTE filter_$=(v5 = 203).
VARIABLE LABELS filter_$ 'v5 = 203 (FILTER)'.
VALUE LABELS filter_$ 0 'Not Selected' 1 'Selected'.
FORMATS filter_$ (f1.0).
FILTER BY filter_$.
EXECUTE.

```

LOGISTIC REGRESSION VARIABLES abhvar\_bi

```

/METHOD=ENTER vielhoeher hoeher niedriger vielniedriger frauen age31to45 age46to55
age56to65
age66plus mehralspflichtausbildung secondary secondaryplus uni teilzeit nichtamarbeits-
markt
arbeitslos ausbildung rente gesstellung_unten gesstellung_mitte gesstellung_oben gesstel-
lung_weitoben cz_income_2 cz_income_3 cz_income_4 cz_income_5 mitte rechts
/CRITERIA=PIN(.05) POUT(.10) ITERATE(20) CUT(.5).

```

\*Log Reg mit Mob und allen Kontrollvariablen IT.

```

USE ALL.
COMPUTE filter_$=(v5 = 380).
VARIABLE LABELS filter_$ 'v5 = 380 (FILTER)'.
VALUE LABELS filter_$ 0 'Not Selected' 1 'Selected'.
FORMATS filter_$ (f1.0).
FILTER BY filter_$.
EXECUTE.

```

LOGISTIC REGRESSION VARIABLES abhvar\_bi

/METHOD=ENTER vielhoeher hoeher niedriger vielniedriger frauen age31to45 age46to55  
age56to65

age66plus mehralspflichtausbildung secondary secondaryplus uni teilzeit nichtamarbeits-  
markt

arbeitslos ausbildung rente gesstellung\_unten gesstellung\_mitte gesstellung\_oben gesstel-  
lung\_weitoben it\_income\_2 it\_income\_3 it\_income\_4 it\_income\_5 mitte rechts

/CRITERIA=PIN(.05) POUT(.10) ITERATE(20) CUT(.5).

\*Log Reg mit Mob und allen Kontrollvariablen SE.

USE ALL.

COMPUTE filter\_\$=(v5 = 752).

VARIABLE LABELS filter\_\$ 'v5 = 752 (FILTER)'.  
VALUE LABELS filter\_\$ 0 'Not Selected' 1 'Selected'.  
FORMATS filter\_\$ (f1.0).  
FILTER BY filter\_\$.  
EXECUTE.

LOGISTIC REGRESSION VARIABLES abhvar\_bi

/METHOD=ENTER vielhoeher hoeher niedriger vielniedriger frauen age31to45 age46to55  
age56to65

age66plus mehralspflichtausbildung secondary secondaryplus uni teilzeit nichtamarbeits-  
markt

arbeitslos ausbildung rente gesstellung\_unten gesstellung\_mitte gesstellung\_oben gesstel-  
lung\_weitoben se\_income\_2 se\_income\_3 se\_income\_4 se\_income\_5 mitte rechts

/CRITERIA=PIN(.05) POUT(.10) ITERATE(20) CUT(.5).

\*Log Reg mit Mob und allen Kontrollvariablen GB.

USE ALL.

COMPUTE filter\_\$=(v5 = 826).

VARIABLE LABELS filter\_\$ 'v5 = 826 (FILTER)'.  
VALUE LABELS filter\_\$ 0 'Not Selected' 1 'Selected'.  
FORMATS filter\_\$ (f1.0).

FILTER BY filter\_\$.  
EXECUTE.

LOGISTIC REGRESSION VARIABLES abhvar\_bi

/METHOD=ENTER vielhoeher hoeher niedriger vielniedriger frauen age31to45 age46to55  
age56to65

age66plus mehralspflichtausbildung secondary secondaryplus uni teilzeit nichtamarbeits-  
markt

arbeitslos ausbildung rente gesstellung\_unten gesstellung\_mitte gesstellung\_oben gesstel-  
lung\_weitoben gb\_income\_2 gb\_income\_3 gb\_income\_4 gb\_income\_5 mitte rechts

/CRITERIA=PIN(.05) POUT(.10) ITERATE(20) CUT(.5).

FILTER OFF.  
USE ALL.  
EXECUTE.

SORT CASES BY V4.

SPLIT FILE SEPARATE BY V4.

\*\*Häufigkeitsauszählung der verwendeten Variablen.

\*abhängige Variable.

FREQUENCIES VARIABLES=abhvar\_bi abhvar\_index index\_soz\_hintergrund in-  
dex\_leistung

/NTILES=4

/STATISTICS=STDDEV VARIANCE RANGE MINIMUM MAXIMUM SEMEAN  
MEAN MEDIAN SKEWNESS SESKEW KURTOSIS

SEKURT

/ORDER=ANALYSIS.

\*unabhängige Variable.

FREQUENCIES VARIABLES=V46 SEX age\_rec degree\_rec berufstellung gesstellung  
at\_income cz\_income it\_income se\_income gb\_income party\_lr

/NTILES=4

```
/STATISTICS=STDDEV VARIANCE RANGE MINIMUM MAXIMUM SEMEAN  
MEAN MEDIAN SKEWNESS SESKEW KURTOSIS  
SEKURT  
/ORDER=ANALYSIS.
```

\*\*\*Aufteilung nach Ländern aufgehoben.

```
SPLIT FILE OFF.
```

\*Gruppenvergleich nach Indizes ohne Ländersplit für Interpretationskapitel.

```
NPAR TESTS
```

```
/K-W=index_soz_hintergrund index_leistung abhvar_index BY V4(1 1000)
```

```
/STATISTICS DESCRIPTIVES QUANTILES
```

```
/MISSING ANALYSIS.
```

# Vollständige Tabellen der logistischen Regression („Variablen in der Gleichung“)

## 1 Österreich (zu Kapitel 6.2.1)

### Variablen in der Gleichung

	RegressionskoeffizientB	Standardfehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
vielhoeher	,232	,244	,907	1	,341	1,261
hoeher	-,005	,190	,001	1	,977	,995
niedriger	-,144	,239	,361	1	,548	,866
vielniedriger	,389	,419	,862	1	,353	1,475
frauen	,209	,160	1,722	1	,189	1,233
age31to45	,028	,233	,014	1	,904	1,028
age46to55	-,263	,243	1,174	1	,279	,769
age56to65	,308	,372	,684	1	,408	1,360
age66plus	,071	,438	,026	1	,871	1,074
mehrspflichtausbildung	,267	,232	1,321	1	,250	1,306
secondary	-,336	,259	1,687	1	,194	,714
uni	-,201	,292	,475	1	,491	,818
teilzeit	,223	,287	,604	1	,437	1,250
nichtamarbeitsmarkt	,407	,469	,751	1	,386	1,502
arbeitslos	-,061	,373	,026	1	,871	,941
ausbildung	,002	,334	,000	1	,996	1,002
rente	,283	,356	,634	1	,426	1,327
gesstellung_unten	-,327	,830	,155	1	,694	,721
gesstellung_mitte	-,365	,815	,200	1	,654	,694
gesstellung_oben	-1,155	,820	1,982	1	,159	,315
gesstellung_weitoben	-,644	1,037	,386	1	,534	,525
at_income_2	-,034	,192	,032	1	,859	,967
at_income_3	-,196	,272	,518	1	,472	,822
at_income_4	-,701	,378	3,449	1	,063	,496
at_income_5	,137	,805	,029	1	,865	1,147
rechts	-,229	,164	1,962	1	,161	,795
Konstante	1,412	,840	2,828	1	,093	4,104

a. In Schritt 1 eingegebene Variablen: vielhoeher, hoeher, niedriger, vielniedriger, frauen, age31to45, age46to55, age56to65, age66plus, mehrspflichtausbildung, secondary, uni, teilzeit, nichtamarbeitsmarkt, arbeitslos, ausbildung, rente, gesstellung\_unten, gesstellung\_mitte, gesstellung\_oben, gesstellung\_weitoben, at\_income\_2, at\_income\_3, at\_income\_4, at\_income\_5, rechts.

## 2 Tschechien (zu Kapitel 6.2.2)

### Variablen in der Gleichung

	RegressionskoeffizientB	Standardfehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
vielhoeher	,181	,280	,419	1	,518	1,198
hoeher	-,144	,163	,775	1	,379	,866
niedriger	-,113	,192	,345	1	,557	,893
vielniedriger	,890	,340	6,845	1	,009	2,435
frauen	,194	,138	1,968	1	,161	1,214
age31to45	-,004	,212	,000	1	,987	,996
age46to55	,123	,229	,287	1	,592	1,131
age56to65	-,063	,262	,057	1	,811	,939

age66plus	,260	,332	,612	1	,434	,771
mehralspflichtausbildung	,216	,229	,893	1	,345	,806
secondary	,387	,230	2,837	1	,092	,679
secondaryplus	,781	,433	3,255	1	,071	,458
uni	,976	,297	10,840	1	,001	,377
teilzeit	,404	,353	1,307	1	,253	,668
nichtamarbeitsmarkt	,131	,237	,307	1	,580	,877
arbeitslos	,090	,307	,086	1	,769	1,094
ausbildung	,605	,318	3,618	1	,057	,546
rente	,476	,271	3,086	1	,079	1,609
gesstellung_unten	,356	,310	1,320	1	,251	,700
gesstellung_mitte	,537	,308	3,044	1	,081	,585
gesstellung_oben	1,269	,351	13,058	1	,000	,281
gesstellung_weitoben	,411	,855	,232	1	,630	,663
cz_income_2	,157	,152	1,067	1	,302	,855
cz_income_3	,118	,232	,260	1	,610	1,126
cz_income_4	,771	,635	1,471	1	,225	,463
cz_income_5	,169	1,531	,012	1	,912	,844
mitte	,788	,245	10,368	1	,001	,455
rechts	,745	,172	18,818	1	,000	,475
Konstante	1,450	,383	14,307	1	,000	4,265

a. In Schritt 1 eingegebene Variablen: vielhoeher, hoeher, niedriger, vielniedriger, frauen, age31to45, age46to55, age56to65, age66plus, mehralspflichtausbildung, secondary, secondaryplus, uni, teilzeit, nichtamarbeitsmarkt, arbeitslos, ausbildung, rente, gesstellung\_unten, gesstellung\_mitte, gesstellung\_oben, gesstellung\_weitoben, cz\_income\_2, cz\_income\_3, cz\_income\_4, cz\_income\_5, mitte, rechts.

### Italien (zu Kapitel 6.2.3)

#### Variablen in der Gleichung

	RegressionskoeffizientB	Standardfehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
vielhoeher	,444	,311	2,037	1	,153	,642
hoeher	,055	,238	,053	1	,818	,947
niedriger	,088	,318	,076	1	,783	1,092
vielniedriger	,886	,644	1,892	1	,169	2,426
frauen	,113	,207	,300	1	,584	,893
age31to45	,304	,358	,721	1	,396	,738
age46to55	,105	,389	,074	1	,786	,900
age56to65	,529	,432	1,499	1	,221	1,698
age66plus	,312	,489	,408	1	,523	1,366
mehralspflichtausbildung	,890	,416	4,576	1	,032	2,435
secondary	,505	,417	1,464	1	,226	1,657
secondaryplus	,288	,632	,207	1	,649	,750
uni	,269	,445	,365	1	,546	1,309
teilzeit	,165	,313	,276	1	,600	1,179
nichtamarbeitsmarkt	,293	,360	,660	1	,417	1,340
arbeitslos	1,188	,768	2,397	1	,122	3,282
ausbildung	,145	,469	,096	1	,757	,865
rente	,045	,382	,014	1	,905	1,046
gesstellung_unten	,552	,392	1,981	1	,159	,576
gesstellung_mitte	,570	,386	2,177	1	,140	,566
gesstellung_oben	,934	,442	4,466	1	,035	,393
gesstellung_weitoben	,690	1,196	,333	1	,564	1,994
it_income_2	,538	,268	4,016	1	,045	1,712
it_income_3	,234	,329	,506	1	,477	,791
it_income_4	,267	,450	,352	1	,553	,766

it_income_5	,841	,655	1,648	1	,199	,431
mitte	-1,096	,273	16,106	1	,000	,334
rechts	-1,301	,209	38,543	1	,000	,272
Konstante	2,239	,573	15,281	1	,000	9,386

a. In Schritt 1 eingegebene Variablen: vielhoeher, hoeher, niedriger, vielniedriger, frauen, age31to45, age46to55, age56to65, age66plus, mehralspflichtausbildung, secondary, secondaryplus, uni, teilzeit, nichtamarbeitsmarkt, arbeitslos, ausbildung, rente, gesstellung\_unten, gesstellung\_mitte, gesstellung\_oben, gesstellung\_weitoben, it\_income\_2, it\_income\_3, it\_income\_4, it\_income\_5, mitte, rechts.

## Schweden(zu Kapitel 6.2.4)

### Variablen in der Gleichung

	RegressionskoeffizientB	Standardfehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
vielhoeher	,325	,267	1,482	1	,223	,723
hoeher	,232	,171	1,841	1	,175	,793
niedriger	,268	,212	1,604	1	,205	,765
vielniedriger	,589	,348	2,869	1	,090	,555
frauen	,371	,148	6,265	1	,012	1,449
age31to45	,361	,241	2,244	1	,134	1,434
age46to55	,205	,265	,602	1	,438	1,228
age56to65	,291	,265	1,209	1	,272	1,338
age66plus	,517	,396	1,703	1	,192	1,677
mehralspflichtausbildung	,468	,221	4,491	1	,034	,626
secondary	,564	,251	5,039	1	,025	,569
secondaryplus	,545	,297	3,364	1	,067	,580
uni	,531	,241	4,859	1	,027	,588
teilzeit	,003	,231	,000	1	,990	1,003
nichtamarbeitsmarkt	,058	,469	,015	1	,902	1,059
arbeitslos	,000	,416	,000	1	1,000	1,000
ausbildung	,501	,346	2,101	1	,147	,606
rente	,522	,352	2,200	1	,138	,593
gesstellung_unten	,226	,521	,189	1	,664	,797
gesstellung_mitte	,859	,485	3,138	1	,076	,424
gesstellung_oben	-1,456	,493	8,730	1	,003	,233
gesstellung_weitoben	-1,100	,663	2,750	1	,097	,333
se_income_2	,483	,241	4,021	1	,045	1,620
se_income_3	,316	,230	1,896	1	,169	1,372
se_income_4	,269	,262	1,055	1	,304	,764
se_income_5	,924	,381	5,886	1	,015	,397
mitte	,859	,203	17,976	1	,000	,424
rechts	-1,232	,165	55,877	1	,000	,292
Konstante	1,721	,550	9,777	1	,002	5,589

a. In Schritt 1 eingegebene Variablen: vielhoeher, hoeher, niedriger, vielniedriger, frauen, age31to45, age46to55, age56to65, age66plus, mehralspflichtausbildung, secondary, secondaryplus, uni, teilzeit, nichtamarbeitsmarkt, arbeitslos, ausbildung, rente, gesstellung\_unten, gesstellung\_mitte, gesstellung\_oben, gesstellung\_weitoben, se\_income\_2, se\_income\_3, se\_income\_4, se\_income\_5, mitte, rechts.

## Großbritannien (zu Kapitel 6.2.5)

### Variablen in der Gleichung

	RegressionskoeffizientB	Standardfehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
vielhoeher	,247	,244	1,028	1	,311	1,280
hoeher	,129	,181	,507	1	,477	1,137
niedriger	,568	,213	7,088	1	,008	1,765
vielniedriger	-,029	,286	,010	1	,920	,972
frauen	-,233	,151	2,382	1	,123	,792
age31to45	,401	,227	3,135	1	,077	1,494
age46to55	,327	,250	1,710	1	,191	1,386
age56to65	,218	,266	,674	1	,412	1,244
age66plus	,182	,359	,258	1	,612	1,200
mehralspflichtausbildung	-,462	,215	4,610	1	,032	,630
secondary	-,488	,225	4,711	1	,030	,614
secondaryplus	-,505	,259	3,820	1	,051	,603
uni	,080	,232	,120	1	,729	1,084
teilzeit	-,161	,246	,430	1	,512	,851
nichtamarbeitsmarkt	-,198	,328	,367	1	,545	,820
arbeitslos	-,185	,390	,225	1	,636	,831
ausbildung	,743	,606	1,499	1	,221	2,101
rente	,346	,362	,911	1	,340	1,413
gesstellung_unten	-,565	,317	3,181	1	,075	,568
gesstellung_mitte	-,718	,303	5,603	1	,018	,488
gesstellung_oben	-1,096	,346	10,015	1	,002	,334
gesstellung_weitoben	-1,478	,590	6,268	1	,012	,228
gb_income_2	-,018	,292	,004	1	,950	,982
gb_income_3	,248	,319	,606	1	,436	1,282
gb_income_4	-,263	,313	,704	1	,402	,769
gb_income_5	-1,366	,562	5,908	1	,015	,255
mitte	-,066	,225	,086	1	,769	,936
rechts	-,570	,157	13,134	1	,000	,565
Konstante	1,079	,432	6,237	1	,013	2,940

a. In Schritt 1 eingegebene Variablen: vielhoeher, hoeher, niedriger, vielniedriger, frauen, age31to45, age46to55, age56to65, age66plus, mehralspflichtausbildung, secondary, secondaryplus, uni, teilzeit, nichtamarbeitsmarkt, arbeitslos, ausbildung, rente, gesstellung\_unten, gesstellung\_mitte, gesstellung\_oben, gesstellung\_weitoben, gb\_income\_2, gb\_income\_3, gb\_income\_4, gb\_income\_5, mitte, rechts.

# Lebenslauf

Name Markus Picek  
Wohnort 2514 Traiskirchen  
Kontaktmöglichkeit [mpicek@gmx.net](mailto:mpicek@gmx.net)

Geburtsdatum 22. Mai 1986  
Geburtsort Baden  
Staatsangehörigkeit Österreich  
Familienstand ledig

## Akademische Ausbildung

---

09/2012– **Fachhochschule Burgenland, 7000 Eisenstadt**  
Human Resource Management und Arbeitsrecht MOEL  
Abschluss: Master of Arts in Business (MA)

03/2012– **Universität Wien, 1010 Wien**  
Soziologie  
Abschluss: Master of Arts (MA)  
Schwerpunkte: Organisations- und Sozialstrukturforschung

10/2009–02/2012 **Universität Wien, 1010 Wien**  
Soziologie  
Abschluss: Bachelor of Arts (BA) mit ausgezeichnetem Erfolg  
Schwerpunkte: Kommunikations-, Medien- und  
Organisationsforschung  
Demographisches Wahlmodul, Gender Studies

## Sonstiges

---

Sprachen: Deutsch (Muttersprache)  
Englisch (B2)  
Russisch (A1)

Stipendien: Leistungsstipendium der Universität Wien (2010, 2011, 2012)